

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXI. Jahrgang, Nr. 5

Abgeschlossen am 26. Mai 1948

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Währungsreform

*Zunehmende Wirksamkeit des Preismechanismus — Übergang von der direkten zur indirekten Lenkung der Wirtschaft — Wirtschaftslenkung mit oder ohne Preismechanismus — Notwendigkeit der Währungssicherung
Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten — Ernährung — Landwirtschaft —
Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel*

Produktionskostengestaltung und Preispolitik im österreichischen Braunkohlenbergbau

Starke Unterschiede in den Gesteinskosten der einzelnen Braunkohlenbergbaue — Vereinheitlichung der Kohlenpreise durch zwischenbetriebliche Erlösausgleiche — Die technischen Schwierigkeiten des Preisausgleiches — Die wirtschaftliche Problematik der Preispolitik

Das internationale Wechselkursproblem

Beseitigung von Zahlungsbilanzstörungen durch Wechselkursänderungen — Die allgemeinen Auswirkungen einer Abwertung — Problematischer Erfolg einer Währungsabwertung unter den gegenwärtigen Verhältnissen — Alternative Lösungen bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten

Österreichische Wirtschaftszahlen

(Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Währungsreform

Zunehmende Wirksamkeit des Preismechanismus

Die durch die Geldverknappung ausgelösten Reaktionen im gesamten Wirtschaftsleben¹⁾ drängen zu einer gründlichen Überprüfung der bisherigen Wirtschaftspolitik. Solange einer stark überhöhten Geldmenge nur ein kleines Güterangebot gegenüberstand, mochte die direkte Lenkung des Wirtschaftsablaufes durch verschiedene administrative Maßnahmen, wie Bewirtschaftung, Preis- und Lohnkontrolle, Arbeitspflichtgesetz, totale Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Ein- und Ausfuhrgenehmigung usw. zur Verhütung eines unmittelbaren Wirtschaftschaos unvermeidlich gewesen sein. Seitdem jedoch das Geld knapp geworden ist und die zunehmend steigende Produktion das Warenangebot bedeutend erhöht hat, ist eine völlig neue Situation entstanden. Ungeachtet

aller bestehenden formalen wirtschaftlichen Bindungen und Beschränkungen übernimmt in immer größeren Bereichen der Marktpreis wieder die Funktion des Wirtschaftsregulators. Abgesehen von Lebensmitteln, ist selbst bei Gütern des dringlichen Bedarfes der Abstand zwischen den Höchstpreisen und den freien Marktpreisen vielfach bereits unbedeutend geworden. In zahlreichen Fällen hat der Marktpreis den Höchstpreis sogar schon unterschritten.

Was bisher durch behördliche Eingriffe nicht möglich gewesen war, beginnt nun der Marktmechanismus nach seinen eigenen Gesetzen zu bewirken: die Umlenkung der Warenströme auf die legalen Märkte, die Konzentration der Nachfrage auf lebenswichtige Güter und im Zusammenhang damit eine allmähliche Einschränkung der Produktion entbehrlicher Güter, die bisher einen übermäßig großen Teil der knappen Produktionsfaktoren beansprucht hat. Die Geldverknappung zwingt die Betriebe zur Rationalisierung und Kostenein-

¹⁾ Siehe hiezu: „Nachhaltige Auswirkungen der sinkenden Preistendenz auf das gesamte Wirtschaftsgefüge“ in: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Heft Nr. 4, 21 Jg., 1948.

sparung und schaltet minder leistungsfähige Betriebe aus dem Wettbewerb aus. Die Erweiterung der Kaufmöglichkeiten und die Gefahr einer drohenden Arbeitslosigkeit wirken sich sichtbar in einer Steigerung der Arbeitsleistungen aus.

Es ist verständlich, daß sich dieser Umschichtungsprozeß angesichts der geringen Übereinstimmung zwischen Produktionsstruktur und wirksamer Nachfrage nicht reibungslos vollzieht, und es mag zweifelhaft sein, ob es grundsätzlich der beste Weg war, die notwendigen strukturellen Anpassungen dem selbsttätigen Wirken des Marktmechanismus zu überlassen. Vielleicht wäre es zweckmäßiger gewesen, gleichzeitig mit der Währungsreform das stark verzerrte Preis-Lohn-Gefüge wenigstens in seinen wichtigsten Relationen neu zu konstruieren und die erforderliche Umschichtung der Produktion und Nachfrage behutsam und allmählich zu lenken (Ein so weitgehender autoritativer Eingriff war unter den in Österreich gegebenen Verhältnissen praktisch nicht möglich.) Welchen Weg man aber auch gewählt hätte, beide Methoden, die planwirtschaftliche und die marktwirtschaftliche, mußten auf eine Ausschaltung der auf die Dauer lebensunfähigen Betriebe und auf eine Steigerung der Produktion und der Produktivität abzielen. Daß indessen das Wiederaufleben des Marktmechanismus eine solche Entwicklung anbahnte und daß Produktion und Produktivität von Woche zu Woche tatsächlich steigen, wird durch die vorliegenden Produktionsergebnisse hinreichend erhärtet.

Jedenfalls ist es nicht zutreffend, gegenwärtig bereits von einer lähmenden Deflationskrise der gesamten Wirtschaft zu sprechen, weil einzelne Betriebe und Zweige augenblicklich unter Liquiditätsschwierigkeiten leiden und zu Arbeiterentlassungen schreiten — Erscheinungen, die zu beheben eine besondere Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist — und weil eine größere Zahl heute lebensunfähiger Betriebe, die ihre Existenz ausschließlich der vergangenen inflationistischen Entwicklung verdanken, nunmehr ausgeschaltet werden. Gerade auf dieses Ergebnis zielte die Währungsreform ab.

Übergang von der direkten zur indirekten Lenkung der Wirtschaft¹⁾

Es hätte unter den gegebenen politischen, wirtschaftlichen und administrativen Voraussetzungen wenig Sinn, auf der These zu beharren, daß eine

¹⁾ Im Rahmen einer *direkt* gelenkten Planwirtschaft werden sowohl die Unternehmer als auch die Konsumenten durch eine Fülle von einzelnen Anordnungen und Befehlen gezwungen, gegebenenfalls gegen ihre Produzenten- bzw

straff gelenkte und bis ins Detail direkt eingreifende Planwirtschaft geeigneter sei, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zu überwinden, als eine mehr freie Gestaltung der Wirtschaft. Tatsache ist, daß die direkten Lenkungsmethoden, die die österreichische Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit anwandte, sowohl in ihrer Konzeption als auch in ihrer Durchführung so unvollständig waren, daß sie die Wiederbelebung der österreichischen Wirtschaft mehr hemmten als förderten. Es ist kaum übertrieben, wenn behauptet wird, daß die in den ersten Nachkriegsjahren durchgeführte Art der Wirtschaftslenkung fast nur die Nachteile beider Systeme — sowohl die der freien als auch die der geplanten Wirtschaft — in sich vereinigte. Dies gilt vor allem für das Kernproblem der Nachkriegswirtschaft, für die Produktionsplanung. Hier ist eine Art negative Auslese unverkennbar. Eine Bewirtschaftung, die zwischen den einzelnen Teilbereichen äußerst mangelhaft koordiniert ist, nicht die Gesamtproduktion erfaßt und die bewirtschafteten Rohstoffe und Produktionsmittel nach dem Existenzerhaltungsprinzip der Betriebe verteilt, gleichgültig ob diese wirtschaftlich arbeiten oder nicht, kann nicht befriedigend funktionieren. Dazu kommt eine ebenfalls äußerst lückenhafte Preiskontrolle, die im wesentlichen auf den individuellen Selbstkosten der einzelnen Betriebe aufbaut und daher jeden Anreiz zu einer rationellen Betriebsführung lähmt. Das Ergebnis der unvollkommenen direkten Lenkungsmethode ist eine Verzerrung der Produktionsstruktur zugunsten der lebensunwichtigen Erzeugnisse und eine Bevorzugung der unwirtschaftlich arbeitenden Betriebe auf Kosten der leistungsfähigen, eine zunehmende Demoralisierung und eine Verkrampfung der Wirtschaft in Fiktionen, die jeden Zusammenhang mit der Wirklichkeit verloren haben.

Wie bereits erwähnt, hat die Währungsreform, zumindest bis jetzt die Gefahr einer Inflation gebannt und die steigende Produktion die spezifische Knappheit einzelner Güter so weit beseitigt, daß nunmehr für einen größeren Bereich der Wirtschaft auch *indirekte* Methoden im Rahmen einer Marktwirtschaft genügen dürften, eine relativ gleichmäßigere Einkommensverteilung zu verwirk-

Konsumenteninteressen, die sich auf Grund der Preise und Kosten für einzelne Waren und Leistungen ergeben, zu handeln. *Indirekte* Lenkungsmethoden dagegen zielen darauf ab, mit Hilfe der Steuer-, Subventions- und Zollpolitik die Bedingungen der grundsätzlich freien Marktpreisbildung so zu beeinflussen, daß sowohl Unternehmer als auch Konsumenten auf Grund ihres Eigeninteresses so handeln, wie es die Wirtschaftspolitik für wünschenswert hält.

lichen. Es besteht daher auch aus sozialen Erwägungen kein entscheidender Grund mehr, in bisherigem Umfang an einem System festzuhalten, das mit einem kostspieligen Verwaltungsapparat belastet ist und nur äußerst unvollkommen und unter großen Reibungen funktioniert. Dazu kommt, daß sich die neue Entwicklung bereits über alle Vorschriften und Hemmungen hinweg mit elementarer Gewalt und Folgerichtigkeit durchsetzt, so daß der Wirtschaftspolitik praktisch nur noch die Wahl bleibt, sich entweder an hoffnungslose Fiktionen zu klammern und dabei das Gesetz des Handelns zu verlieren oder zu versuchen, durch geeignete system- und stilgerechte Maßnahmen den Strom des Wirtschaftsgeschehens in die gewünschten Bahnen zu lenken.

Die Aufrechterhaltung von direkten Lenkungsmethoden, die mit den derzeitigen wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht mehr übereinstimmen, ist heute vielfach bereits ein ernstes Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung, nicht nur weil diese Methoden nur sehr unvollkommen funktionieren, sondern vor allem deshalb, weil sie sich nicht störungsfrei in den von marktwirtschaftlichen Kräften geleiteten Anpassungsprozeß einfügen, der durch die Währungsreform ausgelöst wurde. Wirtschaftspolitische Maßnahmen aber, die verschiedenen Wirtschaftsordnungsprinzipien zugehören, stören und lähmen, wenn sie *willkürlich* miteinander vermischt werden, zwangsläufig den Wirtschaftsprozeß.

Ein Beispiel für die Unvereinbarkeit direkter Lenkungsmethoden mit der gegenwärtigen Tendenz im Wirtschaftsleben bildet die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung für jene gewerblichen Erzeugnisse, deren Höchstpreise von den natürlichen Gleichgewichtspreisen schon erreicht oder gar unterschritten wurden. In allen diesen Fällen — es gibt deren bereits eine große Zahl — zeigen sich beträchtliche Absatzstockungen, weil entweder die Bezugscheinausgabe hinter dem Güterangebot nachhinkt oder, was häufiger zutrifft, weil Bezugscheine zwar ausgegeben wurden, die Bezugscheinempfänger jedoch finanziell nicht in der Lage sind, die betreffenden Waren zu kaufen. Gewiß ist die Bemerkung richtig, daß das momentane Überangebot an Waren nicht darauf zurückzuführen ist, daß der *Bedarf* der Konsumenten bereits befriedigt sei. Für die Wirtschaftspolitik aber kann von vornherein nicht der Bedarf, der praktisch immer und heute, mit Rücksicht auf die seit Jahren aufgestauten Konsumwünsche, mit verstärkter Intensität unersättlich ist, maßgebend sein, sondern nur die kaufkräftige Nachfrage sowie die Überlegung, auf

welche zweckmäßige Weise die Produktion am besten angeregt und das Güterangebot am sichersten erhöht werden könne. Dabei wird sich ergeben, daß unsere Wirtschaft, die durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen einen bedeutenden Teil ihrer Vermögenssubstanz und ihrer Leistungsfähigkeit eingebüßt hat, auch bei optimaler Ausnutzung der Kräfte noch längere Zeit nicht in der Lage sein wird, einen „friedensmäßigen“ Lebensstandard zu gewährleisten.

Die Wirtschaftspolitik aber muß sich darüber im klaren sein, daß in dem Augenblick, wo das Angebot zu den geltenden Preisen ausreicht, die kaufkräftige Nachfrage zu befriedigen, es nicht mehr möglich oder zumindest nicht mehr sinnvoll ist, die Waren nach den gleichen Gesichtspunkten zu verteilen, wie sie eine planwirtschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft aufstellt. Die reibungslose Durchsetzung von Bewirtschaftungsprinzipien setzt einen gewissen Geldüberhang sowohl bei den Betrieben als auch bei den Konsumenten voraus, da nur dann die Waren entsprechend den gewählten Verteilungsschlüsseln verteilt werden können, wenn jeder Bezugsberechtigte auch finanziell in der Lage ist, die ihm zugedachten Warenmengen zu beziehen. Fehlt diese Elastizität der Geldmenge, so sind schwere Störungen im Wirtschaftsablauf unvermeidlich. Eine direkte Zuteilung scheitert dann an den gegebenen Preis- und Einkommensrelationen, während die Verteilung durch den Preismechanismus infolge der Bezugscheinpflcht nicht wirksam werden kann. Diese Widersprüche zwischen der behördlichen und der auf Grund der Preis- und Einkommensrelationen möglichen Verteilung treten nicht nur bei der Warenbewirtschaftung, sondern bei allen Formen der direkten Lenkung, wie bei der Außenhandelslenkung (Waren, die nicht ausgeführt werden sollen, könnten auf Grund der Weltmarktpreise exportiert werden, und solche, die planmäßig exportiert werden sollen, können aus preislichen Gründen nicht ausgeführt werden), der Produktionsplanung und der Arbeitskräfte lenkung auf.

Wirtschaftslenkung mit oder ohne Preismechanismus

Die Wirtschaftspolitik muß sich nunmehr entscheiden, ob sie den mit der Währungsreform beschrittenen Weg konsequent weiter verfolgen will oder ob sie, zumindest theoretisch, in bisherigem Umfang an einer ins Detail gehenden Lenkung mit direkten Methoden festhalten soll. Im ersten Fall müssen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen

so gewählt werden, daß sie mit den Grundsätzen einer durch Preise gesteuerten Marktwirtschaft übereinstimmen. Das würde bedeuten, daß in zunehmendem Maße die Preise als wirtschaftliches Ordnungsprinzip anerkannt werden und die nach wie vor notwendigen wirtschaftspolitischen Eingriffe sich soweit als möglich darauf beschränken, die Bedingungen des Preismechanismus so zu modifizieren, daß eine bestimmte, als wünschenswert anerkannte Entwicklung über dem Umweg der Preise erreicht wird. Im anderen Fall, wenn man glaubt, auf eine direkte Lenkung des Wirtschaftsgeschehens nicht verzichten zu können, müßte aus der inneren Logik dieses Systems ein gewisser Geldüberhang geschaffen werden, der notwendig ist, diesen Verteilungsprinzipien zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Wirtschaftspolitik steht dabei keineswegs vor der Alternative „Planwirtschaft oder freie Wirtschaft“, sondern vor der Frage, ob sie die Wirtschaft unter zielbewußter Ausnutzung des Preismechanismus oder unter seiner Mißachtung lenken soll. Die Rückkehr des Preises als Regulator des Wirtschaftsgeschehens bedeutet nicht, daß innerhalb kurzer Zeit, oder überhaupt, eine „liberale“ Wirtschaftsordnung wiedereingeführt werden müßte. Wahrscheinlich wird noch für eine längere Übergangszeit auf eine direkte Lenkung bestimmter Teile der Wirtschaft nicht verzichtet werden können. Dies gilt vor allem für den Lebensmittel- und Devisenmarkt sowie für einige lebenswichtige gewerbliche Bedarfsgegenstände, wo noch für längere Zeit eine spezifische Knappheit herrschen wird, zu deren Bekämpfung indirekte wirtschaftspolitische Methoden nicht ausreichen würden. Aber auch hier wäre zu erwägen, ob nicht durch ein elastisches System, etwa mit Hilfe eines freien zweiten Marktes, der Gesamtwirtschaft besser gedient wäre als mit einem starren Festhalten an fiktiven Maßnahmen, zu deren Durchsetzung sowohl die wirtschaftlichen als auch die moralischen Voraussetzungen fehlen.

Eine *Legalisierung des Grauen Marktes* ist gegenwärtig allerdings nur dann vertretbar, wenn die Gewähr dafür besteht, daß der für die Bewirtschaftung bestimmte Teil der lebenswichtigen landwirtschaftlichen und gewerblichen Güter tatsächlich erfaßt und an die Versorgungsberechtigten zu den amtlichen Höchstpreisen verteilt wird. Solange die Wirtschaft noch nicht genügend gekräftigt und gesichert ist, wäre es verfrüht, die Bewirtschaftung überhaupt — so unzulänglich und unbefriedigend sie bisher auch funktioniert haben mag — abzuschaffen. Es wäre jedoch anzustreben, daß das Bewirtschaftungssystem, das für die gewerbliche Wirt-

schaft gegenwärtig in Durchführung des Warenverkehrsgesetzes reorganisiert wird, je nach der gegebenen Versorgungslage elastisch gehandhabt wird (z. B. durch befristete Aufhebung der Bewirtschaftung für bestimmte Warengruppen, nötigenfalls durch deren Wiedereinbeziehung in die Bewirtschaftung).

Für die Einführung eines freien zweiten Marktes, und zwar für seine konsequente Einführung auf allen Gebieten, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der gewerblichen Wirtschaft und im Devisenverkehr, spricht nicht nur der Umstand, daß sich auf diese Weise der weiterhin gebunden bleibende erste Markt, der mit Hilfe der Kontingentierung und Rationierung die Befriedigung der lebensnotwendigsten Bedürfnisse sicherzustellen hätte, widerspruchsfrei in den allgemeinen Marktmechanismus einfügen würde, sondern nicht zuletzt auch *budgetäre* Erwägungen. Bekanntlich entzieht sich ein immer größerer Teil der Warenumsätze und Einkommen, die aus dem Grauen und dem Schwarzen Markt fließen, der Besteuerung. Mit der Einführung eines freien zweiten Marktes würden mit einem Schlage der Graue und der Schwarze Markt beseitigt werden, eine Fülle wirtschaftshemmender und produktionsmindernder Fiktionen wegfallen, der legale Wirtschaftsverkehr, insbesondere der legale Handel, belebt und dem Staate ein erhebliches Mehr an Steuergeldern zugeführt werden.

Auch in einer durch die Preise gesteuerten Wirtschaft wird das Wirtschaftsgeschehen sich nicht selbst überlassen bleiben. Der Unterschied zwischen einer Wirtschaftsplanung, die sich zur Durchsetzung ihrer Ziele des Marktmechanismus bedient, und einer direkt gelenkten totalen Planwirtschaft, besteht lediglich darin, daß erstere mit Hilfe der Preise, letztere aber vielfach gegen die Preise plant¹⁾. Auch bei der indirekten Wirtschaftslenkung ist eine Art *Wirtschaftsplan*, der realistisch auf den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten aufbaut, unerlässlich. Ein derartiges realistisches Konzept fehlt zur Zeit noch für die österreichische Wirtschaft, da die bisher bekannt gewordenen Wirtschaftspläne meist nur Teilausschnitte aus der Gesamtwirtschaft umfassen und Ziele verfolgen, die auf Grund der zu erwartenden ausländischen Hilfe und der möglichen Mobilisierung der inländi-

¹⁾ Die Methodik einer Planwirtschaft mit Hilfe des Preismechanismus wurde in den letzten Jahren vor allem von englischen und amerikanischen sozialistischen Autoren entwickelt. Die von ihnen vertretene Richtung wird vielfach als „*konkurrenzwirtschaftlicher*“ Sozialismus, im Gegensatz zum „*autoritären*“ Sozialismus bezeichnet.

schen Produktivkräfte teilweise als utopisch angesehen werden müssen. Das Problem der österreichischen Wirtschaftslenkung besteht daher nicht sosehr in der alternativen Mehr- oder Wenigerplanung als in der Aufstellung eines koordinierten, alle Teilbereiche der Wirtschaft umfassenden wirtschaftspolitischen Konzeptes, das mit sinnvoll und widerspruchsfrei aufeinander abgestimmten Methoden verwirklicht wird. Art und Höhe der Staatseinnahmen sowie der Staatsausgaben, die Subventionspolitik der öffentlichen Körperschaften, die Verteilung der Marshall-Plan-Hilfe und des daraus sich ergebenden Sperrfonds, die Außenhandelspolitik, die Kreditpolitik und nicht zuletzt die Produktionspolitik der verstaatlichten Betriebe bieten so viele Eingriffsmöglichkeiten in das Wirtschaftsleben, daß mit ihrer Hilfe nahezu jede gewünschte Beeinflussung des Wirtschaftsablaufes durchgesetzt werden kann.

Notwendigkeit der Währungssicherung

Voraussetzung für ein befriedigendes Funktionieren einer mittels des Preismechanismus gesteuerten Wirtschaft ist eine relativ stabile Währung. Angesichts der in jüngster Zeit zutage tretenden Bestrebungen — man spricht da und dort von der Notwendigkeit einer „Reinflation“ — erscheint es notwendig, nochmals ernste Bedenken gegen eine zu großzügige Geld- und Subventionspolitik geltend zu machen.

Die bisherige Entwicklung trägt durchaus nicht die Züge eines typischen Deflationsprozesses. Entscheidende Preissenkungen sind bisher nur auf dem Schwarzen Markt und, mit Abstand, auf dem Grauen Markt erfolgt, während die offiziellen Preise nur geringfügig zurückgegangen sind. Die Produktion hat in den wichtigsten Industriezweigen in den letzten Monaten bedeutend zugenommen — der Produktionsindex der Grundstoffindustrien ist von 75,9% im November 1947 auf 90,2% im März 1948 (1937 = 100) gestiegen — und auch auf dem Arbeitsmarkt ist trotz einiger, angesichts der bisherigen Überbeschäftigung günstig zu beurteilenden Anpassungserscheinungen an die veränderte Geldsituation bisher keine größere Arbeitslosigkeit eingetreten. Daß im Zuge dieser Entwicklung unwirtschaftlich arbeitende Betriebe, die sich bisher nur dank der inflationistischen Entwicklung und der unzulänglichen direkten Lenkungsmethoden halten konnten, ausgeschaltet werden, ist eine im Interesse der Hebung der allgemeinen Produktivität notwendige und durchaus wünschenswerte Begleiterscheinung des Umgruppierungsprozesses.

Selbstverständlich kann nicht die Rede davon sein, der Wirtschaft unter dem Vorwand der „Währungssicherung“ die zur Ausschöpfung ihrer produktiven Möglichkeiten notwendigen Mittel vorzuenthalten. Die Belebung und gesunde Entwicklung der Wirtschaft muß das wichtigste Ziel der Geldpolitik sein. Es wäre sicherlich nicht zweckmäßig, etwa den aus den ausländischen Hilfsfonds angesammelten Fonds dauernd zu blockieren. Es ist vielmehr die Aufgabe der Kreditpolitik, leistungsfähige Betriebe wichtiger Wirtschaftszweige durch Bankkredite oder durch Vorschüsse aus den Hilfsfonds die zur Ausweitung ihrer Produktion und Abwicklung ihrer Geschäfte dringend benötigten flüssigen Mittel zu verschaffen. Dabei aber wird wohl zu beachten sein, daß die Kredite in größerem Umfange als bisher zur Finanzierung der Konsumgüterproduktion und relativ kurzer Produktionsumwege, die ziemlich bald einen höheren Ertrag an Konsumgütern erwarten lassen, eingesetzt werden. So sehr der Umbau der österreichischen Wirtschaft im großen Umfange langfristige Investitionen benötigt und so sicher viele dieser Anlagen, auf Sicht gesehen, höchst produktiv sein mögen, die gegenwärtige geringe Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft erlaubt nur ein langsames Vorwärtsschreiten. Die Erfahrungen, die andere, wirtschaftlich ungleich leistungsfähigere Staaten als Österreich, wie z. B. Großbritannien und Frankreich, in den vergangenen Jahren mit ihren übermäßig großen Investitionsvorhaben gemacht haben, legen gerade Österreich eine vorsichtige Investitionspolitik nahe.

Unter diesem Gesichtswinkel ist es sehr bedenklich, daß in letzter Zeit gerade für langfristige Investitionen und teilweise für nicht unmittelbar produktive Zwecke gewaltige Geldmittel beansprucht wurden, die insgesamt bei weitem die Leistungsfähigkeit des zur Verfügung stehenden Hilfsfonds übersteigen. So versucht der Staat, einer am Ende doch unvermeidlichen Verwaltungsreform zunächst dadurch auszuweichen, daß er sein Defizit durch die Ausgabe von Schatzscheinen (600 Mill. S) als Vorschuß auf den Hilfsfonds deckt. Den verstaatlichten Betrieben wurde ein Kredit von 300 Mill. zugesichert und der Landwirtschaft eine Milchsubvention in Höhe von voraussichtlich 200 Mill. S gewährt (ohne daß mit dieser Zuwendung das Agrarpreisproblem gelöst würde). Für den Wohnungswiederaufbau wird der Bund für das Baujahr 1948/49 vorläufig einen Betrag von 500 Mill. S als zinsenlosen Kredit zur Verfügung stellen. Auch durch das Freiwerden der zeitlich

gesperrten Konten bei den Kreditinstituten in den Monaten Juni und September wird zumindest die potentielle Nachfrage vergrößert werden. Berücksichtigt man weiters, daß die Ansprüche der alliierten Mächte auf Besatzungskosten für 1948 rund 597,4 Mill. S betragen und, in weiterer Sicht, dem Staat voraussichtlich aus dem Staatsvertrag und aus der Aufstellung und Erhaltung eines österreichischen Heeres gewaltige zusätzliche Ausgaben erwachsen werden, ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß sich in Zukunft, selbst bei einer steigenden Produktion und bei einem zunehmenden Zirkulationsbedarf der Wirtschaft, neue Auftriebstendenzen durchsetzen. Gerade die Befürworter einer freieren Wirtschaftsgestaltung mögen bedenken, daß

eine übermäßige Geldflüssigkeit die Wirtschaft entweder in die Inflation drängen oder zwingen würde, sich neuerdings rigoroseren Formen der Wirtschaftslenkung (Bewirtschaftung, Preiskontrolle usw.) zu unterwerfen.

So verlockend es auch für ein verarmtes Land sein mag, für seinen Wiederaufbau ein umfangreiches Investitionsprogramm ins Auge zu fassen, so wird doch abzuwägen sein, ob die erstrebte Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung besser und sicherer mit Hilfe einer stabilen Währung und einer funktionierenden Marktwirtschaft oder auf dem Wege einer das volkswirtschaftliche Sparvolumen übersteigenden Investitionstätigkeit erreicht werden kann.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 186

Die Zunahme des *Notenumlaufes* hielt auch im April an und betrug 143 Mill. S gegen 120 Mill. S im März und 187 Mill. S im Februar d. J. Die Erwartungen, daß die Abhebungen bei der Nationalbank nach einer kurzen Übergangsperiode rasch abebben werden, haben sich somit nicht erfüllt. Die Kreditinstitute allein haben im April von freien Girokonten 206 Mill. S, die öffentlichen Stellen 90 Mill. S abgehoben.

Dieser starke Rückgang der *freien Giroverbindlichkeiten* ist zum Teil eine Folge der schwierigen finanziellen Lage des Staates, der infolge des schleppenden Eingangs der Steuern Kassaresserven angreifen mußte und darüber hinaus gezwungen ist, das Kassadefizit durch Ausgabe von Schatzscheinen zu decken¹⁾. Zum Teil ist er eine Folge der Kreditausweitung der Kreditinstitute, über die zwar bisher keine Zahlen bekanntgegeben wurden, deren Ausmaß jedoch ungefähr aus der gleichzeitigen Zunahme des Notenumlaufes und der Einlagen der Kreditinstitute (die Scheckeinlagen sind im März um 423 Mill. S und die Spareinlagen um 92 Mill. S gestiegen) geschätzt werden kann. Die Abnahme der freien Giroverbindlichkeiten der Nationalbank um insgesamt 296 Mill. S überstieg im April selbst die Eingänge von Erlösen aus alliierten Hilfslieferungen, die die zeitlich gesperrten Konten um 157 Mill. S erhöhten, bedeutend. Daraus geht hervor, daß die von der Stilllegung der Einnahmen aus Hilfslieferungen ausgehenden deflatorischen Wirkungen bisher durch expansive Strömungen über-

kompensiert wurden. Die bisherige Hauptquelle der Umlaufvermehrung, die Ausweitung des Kreditvolumens der Kreditinstitute, wird allerdings binnen kurzem infolge der sich zunehmend verschlechternden Liquidität der Institute (die freien Giroreserven der Kreditinstitute betragen zur Zeit nur noch 540 Mill. S, d. s. rund 10% des gesamten Einlagestandes) bald versiegen, sofern nicht die Nationalbank, die allmählich wieder die Kontrolle über die Kreditpolitik in die Hand bekommt, sich durch umfangreiche Rediskontierungen einschaltet. Auf der anderen Seite entspringen jedoch aus dem Budgetdefizit, der Zahlung von Besatzungskosten, den Kreditgewährungen an verstaatlichte Unternehmungen sowie aus den verschiedenen Ansprüchen, die bisher an den Hilfsfonds gestellt wurden, eine Reihe weiterer wirksamer Auftriebstendenzen, so daß auch in Zukunft mit einer allmählichen Ausweitung des Geldvolumens zu rechnen ist.

Auf dem Kapitalmarkt hält die Tendenz sinkender Aktienkurse unvermindert an. Der Index von 23 Industrieaktien stand Mitte März auf 361,5, Mitte April auf 333,0 und Mitte Mai auf 275,6 (1938=100). Er liegt damit bereits um 18,7% niedriger als bei Aufnahme der vertraulichen Aussprachen an der Wiener Börse im Jahre 1946 (August 1946=339,1). Die stärkeren Kurssenkungen im Mai dürften jedoch nicht allein auf die Geldverknappung, sondern zumindest zum Teil auch auf das Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen zurückzuführen sein.

Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 187-188.

Die *Nettotariflöhne* blieben im April unverändert, während die bei den *Verdiensten* beobachtete

¹⁾ Der Nationalrat ermächtigte den Finanzminister, Schatzscheine im Werte von 600 Mill. S als Vorgriff auf die Erlöse aus der Marshall-Plan-Hilfe auszugeben.

Tendenz des Ansteigens — wenn auch abgeschwächt (2% Steigerung) — weiter anhält. Es ist jedoch anzunehmen, daß der Zunahme der legalen Nettoverdienste eine Verdienstabnahme durch den Rückgang von unbefugter Arbeit, von Naturalzuwendungen und anderen illegalen Verdiensten gegenübersteht, die statistisch nicht erfassbar sind.

Auf dem Gebiete der Preise waren in der Berichtszeit weitere Rückgänge zu beobachten, besonders auf dem Schwarzen Markt für Nahrungsmittel. Die Preise für Zucker und Mehl sanken beträchtlich; aber auch Butter, Schmalz und Fleisch wurden billiger. Die Preise für Zigaretten und Tee blieben im April unverändert, bei Kaffee dagegen trat ein geringer und bei Wein ein etwas größerer Preisrückgang ein.

Trotz der im April und auch noch bis Mitte Mai anhaltenden Preissenkungstendenz hat es den Anschein, als sei zumindest auf dem Schwarzen Markt eine Verlangsamung eingetreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Schwarzmarktpreise, zumindest vorläufig, ihren Tiefpunkt bereits erreicht haben, da die Dringlichkeit der Nahrungsbedürfnisse die Konsumenten nach dem Aufzehren ihrer Vorräte sehr bald zum Aufgeben ihrer abwartenden Haltung zwingt.

Die „schwarzen“ Devisenkurse und die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum behielten im April ihre sinkende Tendenz bei; aber auch hier liegen in der ersten Maihälfte — allerdings nur bei den Preisen für Pretiosen — Anzeichen einer

Versteifung vor, die ein zumindest vorübergehendes Wiederaufleben der Kauflust vermuten lassen.

Auch die „grauen“ Preise sanken im Berichtsmonat ständig. Auf diesem Gebiet ist vorerst wohl kaum mit einer Verlangsamung oder gar Stabilisierung zu rechnen. Gegenstände des elastischen Bedarfes, von denen noch immer relativ zu viel produziert wird, erleiden die schärfsten Preiseinbußen.

Die Preisentwicklung auf den freien und „schwarzen“ Märkten¹⁾

Monatsmitte	Schwarzmarktpreise Nahrungsmittel	Genußmittel	Aktienkurse	Versteigerungen	schwarze Devisenkurse
1947					
November	42,1	14,4	77	15,2	33,5
1948					
Jänner	30,0	14,2	50	9,4	13,7
Februar	23,5	9,9	46	9,3	11,0
März	23,8	10,2	36	8,3	10,2
April	18,4	9,4	33	7,3	7,1
Mai	14,0	7,5	28	6,2	

¹⁾ Offizielle Preise vor dem März 1938 (1 alter S gleich 1 neuer S) = 1.

Die Rückgänge der offiziellen Höchstpreise waren bisher — trotz aller bisherigen Bemühungen — nur unbedeutend und erstreckten sich in den seltensten Fällen auf Güter des Massenkonsums. Bisher haben vor allem die Baustoffindustrie, die Holz-, Papier- und Papierwarenindustrie, die Elektroindustrie sowie zum Teil die Maschinenindustrie ihre Preise herabgesetzt. Die Preiseinbußen bewegen sich zwischen 2% und 30% (durchschnittlich 10%).

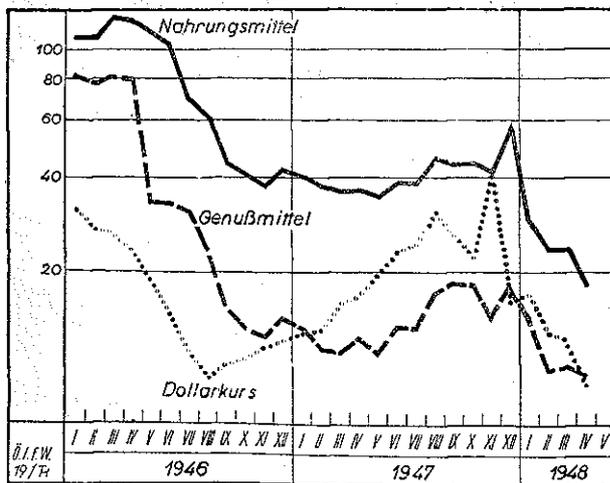
Die Lebenshaltungskosten nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema wurden durch die bisherigen Senkungen offizieller Preise nicht entscheidend beeinflusst. Der Index ist zwar von Mitte April bis Mitte Mai um 24 Punkte auf 361,9 (April 1945) zurückgegangen, liegt jedoch noch immer um 4,9 Punkte über dem Stand von Mitte Dezember 1947.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 189—190

In der 40. Versorgungsperiode (26. IV. bis 23. V. 1948) ist infolge der geringeren Eigenaufbringung von Brotgetreide, Fleisch und Fett der Grad der Auslandsabhängigkeit weiter gestiegen. Während im März 51% des gesamten Kalorienbedarfes der Nichtselbstversorger aus ausländischen Lieferungen gedeckt wurden, waren es im April schon 60%, im Mai sogar 68% des relativ gleichbleibenden Kalorienbedarfes. Die ausländischen

Abb. 1. Die Preisentwicklung auf dem Schwarzen Markt in Wien (Log. Maßstab; März 1938 = 100)



Die Preise auf dem Schwarzen Markt sind seit dem Währungsschutzgesetz stark zurückgegangen. Mitte Mai lagen die Preise für Nahrungsmittel bereits um 67% und die für Genußmittel um 48% niedriger als Anfang November 1947.

Lieferungen wurden zum größten Teil aus der USA-Hilfe bestritten (rund 96%), während rund 1% auf die Kanada-Hilfe und rund 3% auf kommerzielle Einfuhren (Kartoffel aus der Schweiz) entfielen. Obwohl die Fleischrationen zum Teil durch kanadische Fischkonserven ersetzt wurden, wies zu Beginn der Zuteilungsperiode die Versorgungsbilanz ein Fleischdefizit von mehr als einem Viertel des Gesamtbedarfes auf. Daraus ergibt sich für die Kalorienbilanz ein ungedecktes Soll von 1%. Es sollte allerdings möglich sein, die Fehlmengen bis zum Ende der Versorgungsperiode auszugleichen, sofern weitere Konservenlieferungen aus der Kanada-Hilfe bzw. Fischsendungen aus Kompensationsgeschäften rechtzeitig eintreffen.

Die Ablieferung von *Brotgetreide* ging im April weiter zurück (während im März noch rund 2000 t aufgebracht wurden, waren es im April nur rund 1.400 t). Der Rückstand gegenüber dem Vorjahr erhöht sich dadurch auf rund 26 000 t. Die im Burgenland den Selbstversorgern gewährte Vermahlungserleichterung, verbunden mit einer gleichzeitigen 30%igen Ablieferung der zur Vermahlung abgegebenen Getreidemenge, hat gute Erfolge gezeigt, so daß es vielleicht zweckmäßig wäre, diese Aktion auch auf andere Bundesländer zu erstrecken. Die Aufbringung der restlichen, Ende April auf das Kontingent noch fehlenden Menge von rund 85.000 t erscheint jedoch ausgeschlossen. Selbst die vom Ernährungsdirektorium als Mindestablieferung festgesetzte Menge von 81% des Kontingentes (194 000 t) dürfte kaum erreicht werden, da hierzu noch rund 39.000 t aufgebracht werden müßten.

Die im März als Folge der Gewährung von Naturalprämien festgestellte Besserung der *Kartoffelaufbringung* dauerte im April nicht mehr an. Während im März 9.000 t abgeliefert wurden, waren es im April nur wenig mehr als 4 000 t.

Die Minderablieferung gegenüber dem Vorjahr entspricht sowohl bei Brotgetreide als auch bei Kartoffeln ungefähr dem Rückgang der Ernte. Während die Brotgetreideernte 1947 um 18% geringer war als 1946, ist bis Ende April 1948 um 14% weniger als bis zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres abgeliefert worden. Bei Kartoffeln beträgt der Ernterückgang etwa 26%, der Ablieferungsrückstand 25%. Bei Gerste, Hafer und Mais stehen dagegen Mehrablieferungen von 8 bis 82% Ernterückgängen von 8 bis 29% gegenüber.

Die *Milchaufbringung* blieb im März um etwa 7 bis 8% gegenüber den Leistungen des Vormonates bzw. des gleichen Monats des Vorjahres zurück. Im April dürften jedoch als Folge der Subventio-

nierung des Erzeugerpreises die Ablieferungen gestiegen sein. Ein Anzeichen dafür kann in der erhöhten Belieferung Wiens seit Ende April erblickt werden.

Die *Gemüseaufbringung* ist gegenüber dem Vorjahr stark gestiegen. So erhöhte sich die Belieferung Wiens im April im Vergleich zum Vorjahr um etwa das Vierfache. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die statistisch ausgewiesenen Zufuhren zweifellos zum Teil dadurch bedingt sind, daß durch die Aufhebung der Bewirtschaftung eine Verlagerung des Gemüsebezuges vom Schwarzen Markt und von Hamsterfahrten zugunsten der normalen Marktbelieferung stattgefunden hat. Der Vorteil einer besseren Marktbelieferung wird allerdings durch relativ hohe Preise erkauft.

Landwirtschaft

Der Frühjahrsanbau wurde durch das Wetter begünstigt. Der Saatenstand ist durchschnittlich noch gut. Da jedoch die geringen Niederschläge¹⁾ von örtlich begrenzter Wirkung blieben, ist der Wachstumsstand uneinheitlich. Besonders im March- und Steinfeld und im Waldviertel herrscht gebietsweise große Trockenheit, die das Wachstum des Futters, des Feldgemüses und des Sommergetreides hemmt. Die Ertragsaussichten beim Wintergetreide sind jedoch gut, da der Boden dank der frühzeitigen Beschattung vor dem Austrocknen geschützt war. Der Fruchtansatz bei Obst ist teilweise reichlich, nur Marillen sind abgefioren. Der Wein entwickelt sich auch heuer vielversprechend.

Gegenüber dem Vorjahr wurde die Zuckerrübenanbaufläche durch Beistellung von Saatgut und Kunstdünger und die in Aussicht gestellten höheren Zuckerprämien bedeutend erweitert. Der milde Winter und die trockene Witterung in den Monaten April und Mai begünstigten jedoch ein massenhaftes Auftreten von Schädlingen (Rüsselkäfer, Erdflöhe, Drahtwürmer), die die auflaufende Rübensaat vernichteten oder so schwer schädigten, daß — soweit das vorhandene Saatgut ausreichte — neu angesät werden mußte. Der Zuckerrübenbau wird daher sowohl flächenmäßig als auch mengenmäßig bedeutend hinter den Erwartungen zurückbleiben²⁾.

¹⁾ Im April 1948 erreichten die Niederschläge durchschnittlich nur rund 50% der Normalmengen. Besonders trocken war es gebietsweise im Wiener Becken, im Wein- und Waldviertel und in Teilen des Innviertels.

²⁾ Mit den vorhandenen und den importierten Mengen an Zuckerrübensaatgut hätten heuer bei einmaliger Feldbestellung rund 30.000 ha bebaut werden können. Demgegenüber betrug die Zuckerrübenanbaufläche im Jahre 1947 21 000 ha und im Durchschnitt 1926/35 37 000 ha.

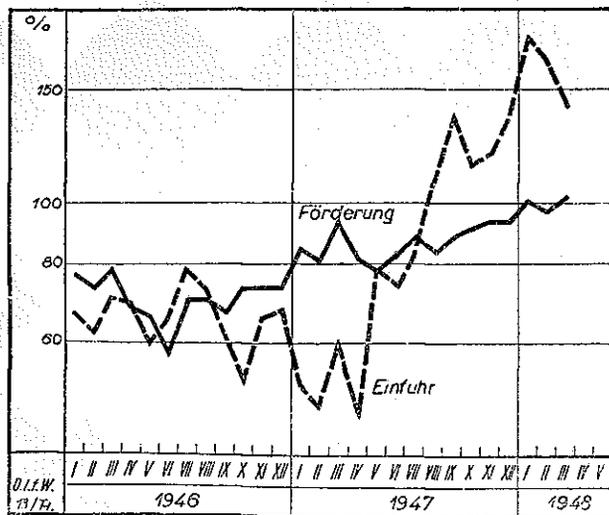
Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten 5. 191—192.

Die Kohlenversorgung der österreichischen Wirtschaft entwickelt sich weiter außerordentlich günstig, sodaß die industrielle Produktion von dieser Seite her keine nennenswerten Störungen mehr erfährt. Die Belieferung der Industrie ist ausreichend und liegt zum Teil sogar weit über dem Stand von 1937. Einige Schwierigkeiten bereitet noch die Sortenfrage, da den Betrieben oft Sorten zugeteilt werden, die für ihre Feuerungsanlagen nicht ganz geeignet sind und daher nicht ökonomisch ausgenutzt werden. Aber auch diese Unzukömmlichkeiten sind auf ein erträgliches Maß gesunken, seit überhaupt ausreichende Kohlenmengen verteilt werden können.

Von allen Hauptverbrauchergruppen wird nur noch der Hausbrand mit geringeren Kohlenmengen beliefert als vor dem Kriege. Die Spanne zwischen dem angemeldeten Bedarf und der tatsächlichen Belieferung ist hier besonders groß. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Bedarfsziffern stark überhöht sind. (Sie liegen etwa 3 bis 4mal höher als der tatsächliche Verbrauch vor dem Kriege.) Angesichts des Rückgangs der Kaufkraft dürfte wahrscheinlich bereits eine Kohlenlieferung in Höhe des Vorkriegsverbrauches ausreichen, die kaufkräftige Nachfrage nach Hausbrandkohle zu befriedigen.

Abb. 2. Kohlenförderung und Kohleneinfuhr
(Log. Maßstab; ϕ 1937 = 100)



Die inländische Kohlenförderung hat in den letzten Monaten weiter zugenommen und bereits das Leistungsniveau von 1937 überschritten. Die Kohleneinfuhr ist seit dem Höchststand vom Jänner 1948 (182% von 1937) wohl stärker zurückgegangen, liegt aber noch immer bedeutend über dem Vorkriegsstand.

Die inländische Braunkohlenförderung hat seit Jahresbeginn die Vorkriegshöhe etwas überschritten, während die Steinkohlenförderung erst 75 bis 80% von 1937 erreicht. Diese im Vergleich zu anderen Industriezweigen günstigen Ergebnisse wurden in erster Linie durch Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte erreicht. Die durchschnittliche Schichtleistung je Arbeiter beträgt derzeit erst 50 bis 55% von 1937. Dieser Leistungsrückgang ist aber nur zum Teil auf das Sinken der physischen Arbeitsleistung zurückzuführen, sondern beruht vorwiegend auf der noch immer unzureichenden Ausstattung vieler Gruben mit Maschinen und Betriebsmitteln. Außerdem wird die durchschnittliche Gesamtproduktivität durch zahlreiche neueröffnete kleine Bergbaue herabgedrückt, in denen die Bringung nur mit großen Arbeitsaufwand möglich ist. In diesen Betrieben ist die Schichtleistung außerordentlich gering. Während z. B. die Kopfleistung je Schicht in den besten Gruben bis zu 2400 kg beträgt, erreicht sie in einigen kleinen Bergbauen nicht einmal 100 kg.

Förderung im Kohlenbergbau

	Steinkohle	Braunkohle in Tonnen	Insgesamt ¹⁾
ϕ 1937	19 185	270 147	154 259
1948 Februar	14 455	271 513	150 212
März	15 802	281 166	156 385
März 1948 in % des ϕ 1937	82 37	104 08	101 38

¹⁾ Auf Steinkohlenbasis

Die Kohleneinfuhren sind auch im April wieder etwas zurückgegangen, waren aber noch um 30% höher als im Jahre 1937. Die Lieferungen aus dem Ruhrgebiet halten sich ungefähr auf der bisherigen Höhe und betragen derzeit rund 50% der gesamten Steinkohleneinfuhr. Der Rest kommt zu vier Fünfteln aus Polen und zu einem Fünftel aus der Tschechoslowakei. Die Einfuhr aus den USA, die im Jänner noch 80.000 Tonnen betragen hat, ist bis April auf rund 3.000 Tonnen gesunken.

Auch bei der Braunkohleneinfuhr ist das Kontingent aus Deutschland ziemlich konstant, während die Lieferungen der übrigen Länder (CSR, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien) von Monat zu Monat stark schwanken. Die Kokseinfuhr ist verhältnismäßig gering (im April nur 42% von 1937), da der größte Teil des Bedarfes von der Kokerei Linz und den Gaswerken gedeckt wird.

Die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke ist auch im April gestiegen. Der Betrieb der kalorigen Kraftwerke wurde daher weiter eingeschränkt. Insgesamt wurden im April 12 Mill. kWh

Strom mehr erzeugt als im März. Da der Verbrauch im Inland seit März nicht mehr eingeschränkt ist und bis April saisongemäß etwas zurückging, konnte der Export um 8 Mill. kWh gesteigert und die Einfuhr um 7 Mill. kWh verringert werden

Stromerzeugung und -verbrauch (Mill. kWh)

	Laufwasser-	Speicher-	Dampf-	Verbrauch
		werke		
1946 April . . .	1617	636	86	1807
1947 „ . . .	1800	702	108	2232
1948 „ . . .	2038	735	221	2669

Gewerbliche Produktion

Dasu statistische Übersichten S. 193—195

Die gewerbliche Produktion hat im März in fast allen Zweigen weitere Fortschritte gemacht. Auch im April sind nach den bisher vorliegenden Ergebnissen weitere Produktionssteigerungen zu verzeichnen. Die allgemeine Geldknappheit und die Tendenz sinkender Preise hatten zumindest bisher keine ungünstigen Rückwirkungen auf die allgemeine Produktionsentwicklung, abgesehen vielleicht von einigen Produktionszweigen, die ihre Lebensfähigkeit nur der inflationistischen Tendenzen vor der Währungsreform und dem außerordentlichen Mangel an lebenswichtigen Bedarfsgegenständen verdanken. Auch die Baustoffindustrie hat kaum über Absatzschwierigkeiten zu klagen, obwohl die Bauwirtschaft gegenwärtig stagniert. Lediglich bei den bewirtschafteten Baumaterialien ergeben sich Absatzstockungen, die aber überwiegend auf die bürokratischen Verzögerungen bei der Ausstellung von Bezugsberechtigungen zurückzuführen sind.

Der *Produktionsindex* der Grundstoffindustrien ist von Februar bis März um 7 Punkte gestiegen und hat mit 90% von 1937 den höchsten Stand seit Kriegsende erreicht. Gleichzeitig wird aus vielen Zweigen der Industrie gemeldet, daß die Arbeitsleistung in der letzten Zeit merklich gestiegen ist, so daß für die nächsten Monate auch mit einem Steigen der Produktivität zu rechnen ist. Die Erhöhung der menschlichen Arbeitsleistung wird jedoch nur dann zu einer Steigerung der Produktion führen, wenn komplementäre Produktionsmittel, vor allem Rohstoffe, in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Fehlen diese Voraussetzungen, so ist auch in wichtigen Industriezweigen mit einer Freisetzung von Arbeitskräften zu rechnen. Dies gilt vor allem für die Konsumgüterindustrien, die zum Teil noch unter einem würgenden Rohstoffmangel leiden. Hier wird erst durch die im Marshall-Plan vorgesehenen Lieferungen eine Besserung eintreten

Im *Bergbau* haben fast alle Zweige ihre Förderung im März bedeutend erhöht. Die *Eisenerzförderung* erreichte mit 108 000 Tonnen rund 69% von 1937 und damit den höchsten Stand seit Kriegsende. Diese Menge würde allerdings bei weitem nicht ausreichen, die in Betrieb stehenden vier Kokshochöfen mit Erz zu versorgen, wenn nicht größere Mengen Erz aus Italien und Schweden eingeführt würden

Förderleistungen im Bergbau

	Eisenerz	Blei-Zinkerz in Tonnen	Kupfererz	Kaolin
Ø 1937	157.058	9.396	602	.
1948 Februar . . .	86.715	6.758	1.673	7.123
März	108.089	6.820	3.526	8.698

In der *Schwerindustrie* erreichte die *Roheisenerzeugung* 142%, die *Rohstahlerzeugung* 92% und die *Walzwarenerzeugung* 88% von 1937.

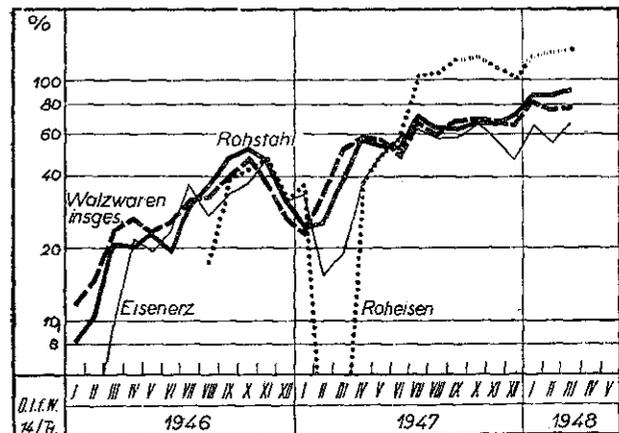
Die *Bleierzeugung* ist von Februar bis März von 62% auf 74% von 1937 gestiegen und auch die *Aluminiumgewinnung*, die in Ranshofen erst im März angelaufen ist, erreichte bereits 87% von 1937.

Die *Magnesitindustrie* erzielte im März besonders große Fortschritte. Sogar die *Rohmagnesitförderung*, die bisher erst 50 bis 60% von 1937 betragen hatte, stieg von 21.000 auf 33.000 Tonnen (101% von 1937).

Erzeugung der Magnesitindustrie

	Rohmagnesit	Sintermagnesit in Tonnen	kaust. gebr. Magn.	Magn. Steine
Ø 1937	33.155	9.128	3.930	5.042
1948 Februar . . .	21.160	7.410	4.750	6.863
März	33.446	8.458	5.169	7.212
März 1948 in % des Ø 1937	100,88	92,66	131,27	143,04

Abb 3. Die Produktion der Hüttenindustrie
(Log Maßstab; Ø 1937 = 100)



Die Produktion der Hüttenindustrie ist seit der Energiekrise im Winter 1947 ständig gestiegen und erreichte im März 1948 in der Roheisenerzeugung 138,5%, in der Rohstahlerzeugung 91%, in der Walzwerkserzeugung 77,5% und in der Eisenerzförderung 69% von 1937.

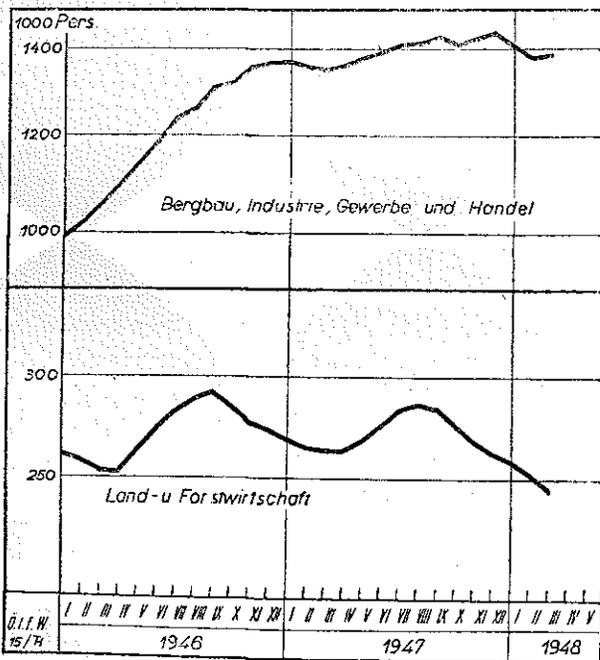
In der *Baustoffindustrie* sind ebenfalls beträchtliche Produktionssteigerungen zu verzeichnen. Die *Ziegeleien* haben heuer bereits im März die Erzeugung von Mai 1947 erreicht und damit einen beachtlichen Vorsprung gewonnen. Die *Zement*erzeugung erreichte mit 40 000 Tonnen (113% von 1937) einen Höchststand, ebenso die *Bauglas*-erzeugung, die sogar 327% von 1937 betrug. Auch die Erzeugung bei allen übrigen Baustoffen ist bedeutend höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S 196—197

Geldknappheit und Absatzschwierigkeiten auf den Warenmärkten beeinflussen auch die Arbeitslage. Der starke saisonmäßige Aufschwung in der *Beschäftigung*, der normalerweise im März einsetzt, ist heuer ausgeblieben. Der Mitgliederstand der krankenversicherten Arbeiter bei der Wiener Gebietskrankenkasse ging im März von 327.900 auf 327.300 zurück. Diese rückläufige Bewegung dürfte gegenwärtig noch anhalten.

Abb. 4. Stand der Krankenversicherten in der gewerblichen Wirtschaft und in der Landwirtschaft



Der Stand der Krankenversicherten in der gewerblichen Wirtschaft ist durch die Währungsreform bisher noch wenig beeinflusst worden; die Abnahme der Versicherten in den Monaten Dezember und Jänner dürfte überwiegend saisonbedingt gewesen sein.

In der Land- und Forstwirtschaft dagegen hält der Abstrom der Arbeitskräfte seit Mitte vorigen Jahres über das saisonbedingte Ausmaß an; die Zahl der versicherten Land- und Forstarbeiter liegt bereits unter dem Niveau der beiden Vorjahre.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* ist im März gegenüber Februar etwas zurückgegangen, war aber noch immer um mehr als 6 000 größer als im Dezember, obwohl sie saisonbedingt niedriger liegen sollte. Dabei ist zu beachten, daß seit dem Wegfall der Arbeitsplatzwechselverordnung im Dezember kein Zwang mehr besteht, Arbeitsvermittlungen über das Arbeitsamt vorzunehmen. Es ist daher anzunehmen, daß sich Entlassene überhaupt nicht beim Arbeitsamt melden, sondern durch Annoncen oder private Empfehlungen einen Arbeitsplatz zu finden hoffen. Die Postenbesetzung ohne Zuhilfenahme des Arbeitsamtes spielt noch immer eine große Rolle, was daraus ersichtlich ist, daß in den Monaten Jänner bis September 1947, also zu einer Zeit großer Arbeiterknappheit, 35,3% der Arbeitsplätze (ausgenommen kurzfristige Vermittlungen) auf Grund namentlicher Anforderungen besetzt wurden, d. h. der Arbeitgeber ersuchte das Arbeitsamt nur um Zustimmung zur Einstellung eines bereits ausgewählten Arbeitnehmers. Bei manchen Berufen war dieser Prozentsatz noch höher: Ingenieure und Techniker 71,6%; Bürokräfte 63,2%; Papierindustrie 64,4%; Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie 77,1%; Bühne und Film 79,5%. Die statistisch erfaßte Zahl der Stellensuchenden dürfte daher niedriger sein als die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen.

Immerhin ist bemerkenswert, daß bisher keine nennenswerte Arbeitslosigkeit entstanden ist. Die bisherige Entwicklung entspricht vielmehr einer Normalisierung des Arbeitsmarktes, der bisher durch den Zustand der Überbeschäftigung und einen Nachfrageüberschuß gekennzeichnet war. Damit sind freilich auch Härten verbunden. Da die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgeht, wird es für unqualifizierte und insbesondere für ältere Stellensuchende immer schwieriger, eine Beschäftigung zu finden. Eine Erhebung des Landesarbeitsamtes Wien am 31. August 1947 ergab, daß von den damals gemeldeten 7 680 verfügbaren Arbeitslosen 49,6% über 40 Jahre und 23,4% über 50 Jahre waren. Die Wiederbeschäftigung der älteren Jahrgänge wirft besondere Probleme auf, da diese Personen meist nur schwer zu einer örtlichen Veränderung des Arbeitsplatzes zu bewegen und vielfach für eine Berufsumschulung nicht mehr geeignet sind. So waren von den 1 247 Kursteilnehmern, die im Jahre 1947 im Bereiche des Landesarbeitsamtes Wien nach- oder umgeschult wurden, nur 15,7% über 40 Jahre und nur 4,2% über 50 Jahre. Es ist daher zu befürchten, daß der

Rückgang des Nachfrageüberschusses auf dem Arbeitsmarkt nebst den Jüngsten, die unter dem Lehrstellenmangel leiden, vor allem die älteren Arbeiter und Angestellten treffen wird.

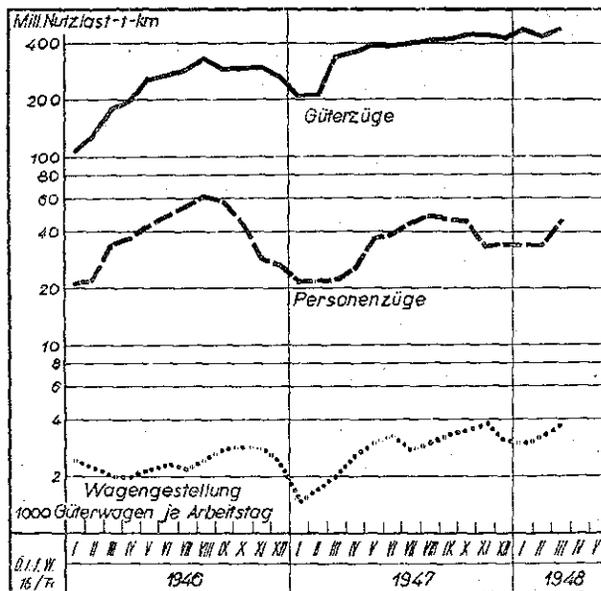
Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 198

Die günstige Kohlenversorgung der Österreichischen Bundesbahnen — die Zuweisungen betragen fast das Doppelte gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres — ermöglichte eine allmähliche Lockerung der Verkehrsbeschränkungen im Reiseverkehr noch vor Inkrafttreten des Sommerfahrplanes 1948. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Zugsdichte sind auch die Verkehrsleistungen gestiegen. Die Nutzlasttonnenkilometer-Leistungen im Reiseverkehr erhöhten sich im März um 23% und die Verkehrseinnahmen um 35%.

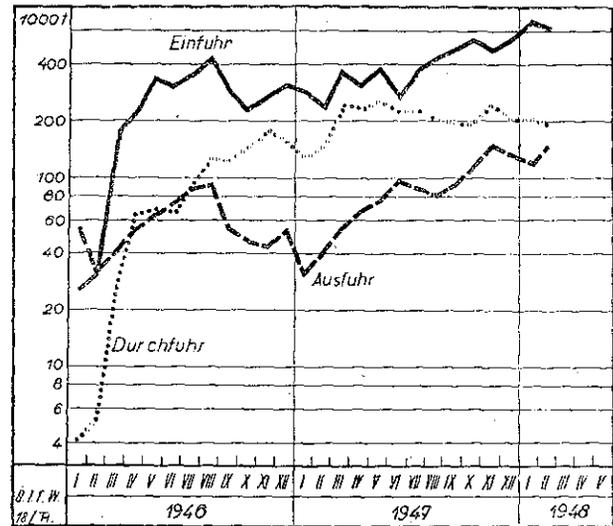
Diese Zunahme ist zum Teil saisonbedingt, zum Teil geht sie auf eine Rückwanderung des Personenverkehrs von der Straße zur Schiene zurück. Dieser Entwicklung wurde von privaten Autobusunternehmungen durch eine Vermehrung der

Abb. 5 Leistungen der Österreichischen Bundesbahnen in den Jahren 1946 und 1947 in Nutzlasttonnenkilometer
(Log Maßstab; Mill. Nutzlasttonnenkilometer bzw. 1000 Güterwagen je Arbeitstag)



Die im Jahre 1947 bei verhältnismäßig geringer Wagen-gestellung (50% von 1937) erzielten Transportleistungen (im Güterzugverkehr 107%, im Reisezugverkehr 96,5% von 1937) würden ein günstiges Gesamtergebnis erwarten lassen. Tatsächlich schloß die Betriebsrechnung der ÖBB mit einem Defizit von 348 Mill. S. Die erzielten Nutzlast-Tonnen-Kilometer resultierten weniger aus einer Verlängerung der Transportwege (insbes. infolge Dezentralisierung der industriellen Standorte)

Abb. 6 Ein-, Aus- und Durchfuhrverkehr der Österreichischen Bundesbahnen in den Jahren 1946 und 1947
(Log. Maßstab; Mengen in 1000 t)



Der zunehmende Ein- und Ausfuhrverkehr spiegelt die allmähliche Belebung des österreichischen Außenhandels wider. Dagegen stagniert der Transitverkehr, teilweise infolge der Tarifpolitik der Nachbarstaaten, seit März 1947

Beförderungsmöglichkeiten sowie durch Fahrpreiser-mäßigung begegnet. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Abwanderung auf Parallelstrecken mit der Einführung des Sommerfahrplanes der Eisenbahnen (ab 9. V. 1948, Stufe II) und der damit verbundenen erhöhten Bequemlichkeit im Zugverkehr weiter anhalten wird, sofern sich nicht die Tarifspanne zwischen Autobus und Bahn bedeutend verkleinert

Auch im Reiseverkehr der Eisenbahnen dürfte sich die allgemeine Geldknappheit bald auswirken, so daß abgesehen von einer saisonbedingten Erhöhung der Frequenz in den Sommermonaten eher mit einem Rückgang der Beförderungsnachfrage zu rechnen ist. Diese Tendenz wird noch dadurch verstärkt, daß die Hamsterfahrten, die in den ersten beiden Nachkriegsjahren einen bedeutenden Teil des Reiseverkehrs ausmachten, mehr und mehr zurückgehen. Es ist daher zu erwarten, daß mit der Erhöhung der Zugsdichte die bisherige Überfüllung einer normalen Frequenz Platz machen wird. Damit fällt aber für viele Reisende der Hauptgrund für eine Benutzung der Polsterklasse weg, zumal da die Fahrpreise dieser Klassen bedeutend überhöht sind. Die Österreichischen Bundesbahnen beabsichtigen daher eine Tarifsenkung für die I und II. Wagenklasse ab 1. Juli 1948. Wichtiger als die Tarifsenkungen für Polsterklassen, die die gesamte Beförderungsnachfrage kaum beeinflussen dürften, sind die beabsichtigten Fahrpreiser-mäßigungen für

das Wiener Ausflugsgebiet (40 km-Grenze) und die Verbilligung der Touristenreisen über 300 km um 25%. Es entfallen allerdings durchschnittlich nur 2 bis 3% des österreichischen Reiseverkehrs auf die Zone über 300 km, wogegen 92% innerhalb der 100-km-Zone und rund 83% innerhalb der 50-km-Zone liegen. Eine Erhöhung der Einnahmen der Bundesbahnen, die bei gleichbleibender Frequenz mit einem Minderertrag von 15 Mill. S rechnen, wird daher in erster Linie davon abhängen, ob die Verbilligung des Nahverkehrs zu einer entsprechenden Erhöhung des Reiseverkehrs innerhalb der 40-km-Zone führt.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S 199--200.

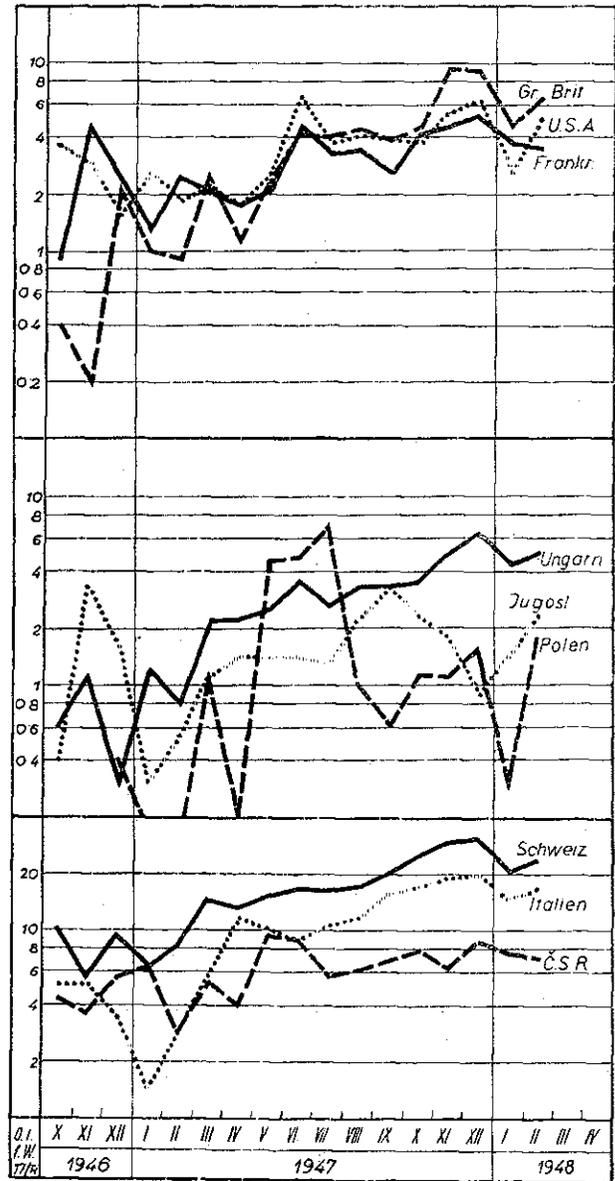
Der Rückschlag der *Ausfuhr* im Jänner wurde bereits im Februar durch eine Erhöhung des Ausfuhrwertes auf 106,9 Mill. S zum Teil wettgemacht. Im März erreichte die Ausfuhr mit 141,9 Mill. S einen neuen Höchststand. Die Zunahme der Ausfuhr im Februar um 19,6 Mill. S konzentrierte sich hauptsächlich auf Fertigwaren, deren Ausfuhrwert um 17,9 Mill. S stieg. Insbesondere bei Textilien (+ 6,1 Mill. S), Eisenwaren (+ 2,6 Mill. S) und Glaswaren (+ 2,7 Mill. S) war eine stärkere Zunahme der Ausfuhr zu verzeichnen.

Die wertmäßige *Einfuhr* setzte ihren steten Anstieg auch im Februar fort und erreichte mit 169,5 Mill. S einen neuen Höhepunkt. Die Brennstoffeinfuhren spielten weiterhin eine führende Rolle (44% der Gesamteinfuhr). Infolge der hohen Kohleneinfuhren wurden im Verkehr mit Deutschland und Jugoslawien neue Einfuhrhöchstsummen erreicht.

Der Außenhandel dürfte in der nächsten Zeit durch Ausgestaltung der Handelsbeziehungen einen neuen Auftrieb erfahren. Die Handelsbeziehungen mit Frankreich und Ungarn wurden erweitert, Handelsvertragsverhandlungen mit Großbritannien, Jugoslawien, der Türkei und der Tschechoslowakei laufen bzw sollen bis Mitte des Jahres begonnen werden. Auch die bevorstehende Errichtung neuer Außenhandelsstellen in Bulgarien, Rumänien, der Türkei und Griechenland könnte zur Ausweitung des Außenhandels beitragen.

Abb. 7: Entwicklung der österreichischen Ausfuhr nach den wichtigsten Ländern

(Log Maßstab; absolute Werte in Mill. S)



Die österreichische Ausfuhr nach den einzelnen Ländern entwickelte sich bisher sehr ungleichmäßig. Während die Ausfuhr nach der Schweiz und nach Italien, in geringerem Maße auch nach Ungarn, ziemlich stetig zunahm, unterlag die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei, den Vereinigten Staaten und insbesondere nach Polen und Jugoslawien starken zufälligen Schwankungen. Die Ausfuhr nach Großbritannien ist erst im letzten halben Jahr sprunghaft gestiegen.

Produktionskostengestaltung und Preispolitik im österreichischen Braunkohlenbergbau

Die absolute Unentbehrlichkeit der Kohle sowie der Mangel an Devisen und Kompensationsgütern für ausländische Kohle haben in der ersten Nachkriegszeit dazu geführt, daß inländische Braunkohle „um jeden Preis“ gefördert wurde. So lange es darauf ankam, den infolge Kohlenmangels ständig drohenden Zusammenbruch des Wirtschaftslebens zu verhindern, waren solche außerordentliche Anstrengungen zweifellos berechtigt. Die im Inland geförderte Kohle konnte gar nicht so teuer sein, als daß sich ihre Förderung gesamtwirtschaftlich nicht doch gelohnt hätte.

In der österreichischen Wirtschaft hat indessen eine neue Phase begonnen. Voraussichtlich dürfte die Wiederkehr einer Energiekrise für absehbare Zeit gebannt sein. Die inländische Braunkohlenförderung hat bedeutende Fortschritte erzielt und im ersten Quartal 1948 wurde bereits die Friedensleistung erreicht. Auch die Kohleneinfuhren liegen seit Mitte 1947 ständig über den Importen im Jahre 1937. Da auch im Rahmen des Europäischen Wiederaufbauplanes (ERP) namhafte Beträge für den Kauf von Kohle vorgesehen sind und die europäische Kohlenlage ganz allgemein bereits entspannt ist, wird die künftige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft kaum mehr durch eine unzureichende Kohlenversorgung entscheidend gehemmt sein.

Unter diesen Aspekten ist es naheliegend, daß die Wirtschaftspolitik ihre bisherige Produktions- und Preispolitik auch im Bergbau neu überprüft und aus der Tatsache, daß sie ihre Dispositionen nunmehr wiederum in erhöhtem Maße auf lange Sicht treffen kann, entsprechende Konsequenzen zieht.

Der vorliegende Aufsatz stellt sich nicht die Aufgabe, die Gesamtproblematik des österreichischen Braunkohlenbergbaus zu untersuchen, sondern beschränkt sich darauf, die Probleme der Produktionskostengestaltung und der Preispolitik näher zu beleuchten. Es wird sich dabei zeigen, daß die Kosten- und Preisproblematik im Braun-

kohlenbergbau nur ein Sonderfall und ein charakteristisches Beispiel der allgemeinen Produktivitäts- und Preisproblematik der österreichischen Wirtschaft bildet.

Starke Unterschiede in den Gesteigungskosten der einzelnen Braunkohlenbergbaue

Die inländische Braunkohlenförderung verteilt sich auf eine Vielzahl von Gruben. Neben starken Unterschieden in der Größe der einzelnen Betriebe und in der Qualität der abgebauten Kohle (neben Glanzkohle mit einem Heizwert von 5.500 Kalorien werden die verschiedensten Kohlensorten, z. B. Lignite mit einem Heizwert von nur 2.500 Kalorien gefördert) weisen die einzelnen Gruben vor allem äußerst verschiedene Bringungsmöglichkeiten auf. Die Unterschiede in den Gesteigungskosten sind von Grube zu Grube beträchtlich. So ergab eine Untersuchung der Selbstkosten von 26 Gruben für das vierte Quartal 1947 Differenzen zwischen S 36.16 und S 216.47 pro Gewichtstonne geförderter Kohle¹⁾.

Die Selbstkosten pro Gewichtstonne geförderter Kohle sind allerdings infolge der verschiedenen Qualität der Kohle nicht unmittelbar vergleichbar. Um dennoch einen Vergleich zu ermöglichen, wird nachstehend die in den einzelnen Gruben geförderte Kohle auf eine einheitliche Heizwertbasis umgerechnet²⁾. Die Annahme, daß der Heizwert ein zutreffender Wertmesser für die unterschiedliche Qualität der Kohle sei, trifft zwar nicht ganz zu, da der Nutzeffekt der Kohle auch noch von anderen Faktoren, wie z. B. von der Beschaffenheit der

¹⁾ Das Ziffernmaterial für den vorliegenden Aufsatz stammt aus Unterlagen des *Österreichischen Kohlen-syndikates*, die auf Grund von Kostenberechnungen von 26 Gruben zusammengestellt wurden.

²⁾ Ein Heizwert von 6.000 Kalorien wurde als Basis angenommen. Für jede Grube wurde aus dem Verhältnis des Kalorienwertes der geförderten Kohle zu der angenommenen Basiszahl ein Faktor ermittelt und mit dessen Hilfe wurden sämtliche Produktionszahlen und Gesteigungskosten auf einen einheitlichen Kalorienwert umgerechnet.

Feuerungsanlagen, abhängt und innerhalb gewisser Grenzen über oder unter dem Gehalt an Wärmeinheiten schwankt. Trotz dieser Fehlerquellen dürfte die gewählte Methode praktische ausreichende und vermutlich bessere Anhaltspunkte über die verschiedene Wertigkeit der einzelnen Kohlenarten liefern als irgendein anderer Umrechnungsschlüssel¹⁾.

Produktionskosten und Produktion im österreichischen Braunkohlenbergbau¹⁾

Grube	Produktionskosten im IV. Quartal 1947 in S je t	in % ²⁾	Produktion im IV. Quartal 1947 in t	in % ³⁾	Gestehungskostensteigerung ⁴⁾ in %	Produktionsentwicklung ⁵⁾ in %
1	70.32	100.00	41.016	8.16	66.7	+33.3
2	88.24	125.48	9.771	1.94	54.6	+51.2
3	97.38	138.49	89.575	17.83	92.6	+31.7
4	100.48	142.89	6.613	1.32	71.6	-
5	109.99	156.41	8.564	1.70	108.7	-
6	111.33	158.32	20.573	4.09	171.9	+0.7
7	117.12	166.55	923	0.18	76.1	-
8	127.67	181.57	86.218	17.16	82.0	-1.4
9	133.38	189.68	21.193	4.22	109.2	+8.7
10	136.03	193.44	50.638	10.08	97.7	+60.4
11	139.86	198.89	2.639	0.53	85.4	+23.9
12	142.34	202.42	15.568	3.10	100.5	-
13	145.41	206.78	270	0.05	81.6	+11.4
14	152.12	216.33	4.796	0.95	86.3	-35.8
15	163.46	232.45	238	0.05	183.5	+1.6
16	169.03	240.57	69.469	13.83	157.4	+17.7
17	169.31	240.77	37.121	7.39	164.2	-3.9
18	170.42	242.35	248	0.05	80.9	+26.0
19	176.38	250.82	22	0.004	165.2	-
20	182.03	258.86	18.202	3.62	146.7	+40.2
21	186.88	265.76	1.015	0.20	70.2	+26.4
22	197.37	280.67	1.476	0.29	278.1	+1.1
23	213.32	303.36	7.364	1.47	71.7	+41.4
24	217.38	309.12	1.499	0.30	85.5	+25.2
25	229.60	326.50	7.233	1.44	74.2	+49.6
26	274.94	390.98	220	0.04	-	+14.6
Ø bzw. Σ aller Gruben	131.50	187.00	502.464	100.00	-	-

1) Auf der Basis eines Heizwertes von 6.000 Kalorien; die einzelnen Bergbaue wurden nach der Höhe der Gestehungskosten geordnet

2) Niedrigste Gestehungskosten = 100

3) Insgesamt = 100.

4) Steigerung der Gestehungskosten im IV. Quartal 1947 gegenüber Jänner 1947.

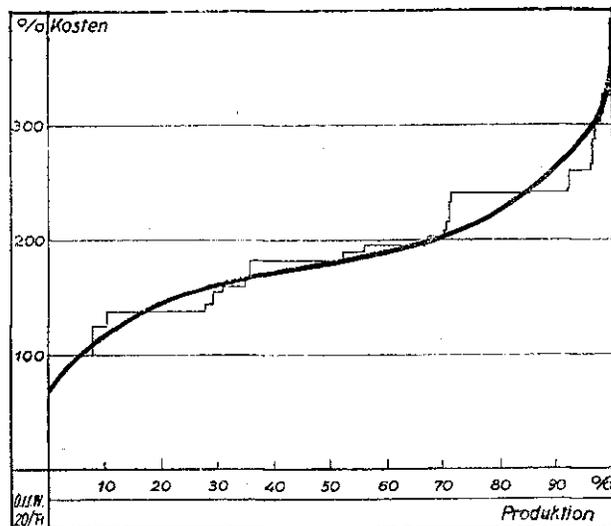
5) Zu- bzw. Abnahme der Produktion im Dezember 1947 gegenüber Jänner 1947.

Obige Übersicht sowie das nebenstehende Schaubild der Kostenstruktur stellen die Leistungsfähigkeit der 26 untersuchten Braunkohlenbergbaue nach der gewählten Umrechnungsmethode (Heizwert-Basis 6.000 Kalorien) dar. Die einzelnen Bergbaue wurden nach der Höhe ihrer Gestehungskosten (Durchschnittskosten je Grube im vierten Quartal 1947, bezogen auf den einheitlichen Kalorienwert) gereiht und gleichzeitig wurde ein Index der Gestehungskosten errechnet, wobei die niedrigsten Kosten gleich 100 gesetzt wurden. In gleicher Weise wurde die Fördermenge der einzelnen Berg-

baue auf den einheitlichen Kalorienwert bezogen und der Anteil jeder Grube an der gesamten Förderung errechnet.

Abb. 8. Die Kostenstruktur im österreichischen Braunkohlenbergbau im vierten Quartal 1947

(Normaler Maßstab; gesamte Produktion bzw. niedrigste Produktionskosten im IV. Quartal 1947 = 100%)



Die Gestehungskosten der Gesamtförderung werden durch die Einbeziehung unwirtschaftlicher Gruben stark verteuert. Während die Kosten des Grenzbetriebes bei 50% der Gesamtförderung nur rund 130 S je Tonne (umgerechnet auf einen Heizwert von 6000 Kalorien) betragen, steigen sie bei 75% der Förderung bereits auf rund 165 S und erreichen bei 100% (Förderung im vierten Quartal 1947) mit 275 S fast das Vierfache der Kosten des wirtschaftlichsten Betriebes.

Wie man daraus sieht, sind die Unterschiede in den Gestehungskosten der einzelnen Gruben auch nach der Umrechnung auf einheitliche Heizwerte noch außerordentlich hoch. Während die am billigsten produzierende Grube Kosten von S 70.32 je Einheit aufweist, betragen die Kosten der teuersten Grube S 274.94 je Einheit, d. h. fast das Vierfache²⁾. Zwischen diesen beiden Extremen liegt eine Vielfalt von verschiedenen Kostenbedingungen. Dabei ist festzustellen, daß die großen Betriebe im allgemeinen rationeller produzieren als die kleinen. Von der Förderung unter den Durchschnittskosten (S 131.50 pro Einheit) entfallen 47.2% auf Betriebe mit einer Produktion von mehr als 20.000 Einheiten pro Quartal, dagegen beträgt der Anteil der großen Gruben an der Produktion zu überdurchschnittlichen Kosten nur 35.5%. Die Korrelation ist allerdings keine sehr strenge, da

2) Die Standardabweichung der individuellen Kosten der einzelnen Gruben von den Durchschnittskosten der Gesamtförderung beträgt ± 27%.

1) Siehe auch: Österreichisches Kuratorium für Wirtschaftlichkeit: „Die österreichische Kohle“, Wien, 1934, S. 47

auch einzelne Großbetriebe außerordentlich hohe Kosten aufweisen. Nur die letzten 4% der Förderung entfallen eindeutig auf kleinere Betriebe.

Im Schaubild wurden waagrecht, geordnet nach der Höhe der Gesteinskosten, die Produktionsmengen der einzelnen Gruben (in Prozenten der Gesamtförderung) und senkrecht die Gesteinskosten pro Einheit aufgetragen. Die Kurve¹⁾ stellt die *Grenzkosten* der Gesamtförderung im vierten Quartal 1947 dar. Sie gibt an, wie hoch die Kosten pro Einheit der letzten Grube sind, die zur Erreichung einer bestimmten Produktionsmenge noch herangezogen werden muß (Grenzbetrieb). Unter der Voraussetzung eines einheitlichen, nicht durch einen Erlösausgleich manipulierten Preises kann die Kostenkurve auch als *Angebotskurve* der Gesamtförderung angesehen werden, da eine bestimmte Menge auf die Dauer nur dann produziert wird, wenn der Grenzbetrieb noch seine Kosten deckt.

Aus der Kostenkurve geht hervor, daß das Angebot mit zunehmender Produktion immer unelastischer wird, d. h., daß eine Mehrförderung nur durch Heranziehung ungünstiger arbeitender Gruben unter stark progressiven Kosten möglich ist. Die Angebots-(Kosten)kurve ist nur bis zu 75% der Produktion elastisch²⁾. Über diesen Punkt hinaus steigt die Kostenkurve progressiv. Eine Erhöhung der Produktion von 96 auf 100%, also um 4,2%, verursacht bereits eine Erhöhung der Grenzkosten von 187 auf 275 S, d. i. um rund 47%!

Diese *starke Kostenprogression* ist einer der wichtigsten Faktoren, die bei der Produktionspolitik im Braunkohlenbergbau zu berücksichtigen sind. Das Problem, ob eine Erweiterung der Produktion angesichts der stark steigenden Kosten wirtschaftlich noch zu rechtfertigen ist, wird dadurch viel rascher akut, als dies bei einer langsam ansteigenden Kostenkurve der Fall wäre. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die empirische Kostenkurve, die auf Grund der historischen Kosten

¹⁾ Die Kostenkurve wurde aus den empirischen Werten nach der Methode der kleinsten Quadrate ermittelt. Ihre Gleichung lautet: $y = 0,000686 x^3 - 0,0971 x^2 + 5,2859 x + 73,7312$.

²⁾ Bei rund 75% der Produktion ist die Elastizität der Kosten-(Angebots-)kurve gleich 1, d. h. eine kleine Erhöhung der Gesamtproduktion verursacht eine prozentuell gleich große Steigerung der Kosten. Bis zu 75% der Produktion nehmen die geförderten Mengen relativ stärker zu als die Kosten (Angebotselastizität größer als 1), über diesen Punkt hinaus bleibt die Zunahme der Produktion hinter der Kostensteigerung zurück (Angebotselastizität kleiner als 1).

und der historischen Produktionsmengen der einzelnen Gruben im vierten Quartal 1947 gebildet wurde, nur kurzfristig als unverändert angenommen werden darf. Auf lange Sicht muß vor allem die Möglichkeit der Kostensenkung durch Neuinvestitionen und Rationalisierung der Gruben sowie die Möglichkeit, die Förderung nur in den wirtschaftlich arbeitenden Gruben auszudehnen, im Auge behalten werden. Die Gestalt der langfristigen Kostenkurve, die der Produktionspolitik als Grundlage dienen muß, wird daher von der kurzfristigen Kostenkurve zum Teil beträchtlich abweichen. Selbst die langfristige Kostenkurve dürfte aber noch immer ziemlich stark progressiv verlaufen, so daß voraussichtlich in Zukunft jede zusätzliche Kohlenförderung unverhältnismäßig teuer zu stehen kommen wird.

Vereinheitlichung der Kohlenpreise durch zwischenbetriebliche Erlösausgleiche

Die Kostenpreise der österreichischen Braunkohle waren auch vor dem Jahre 1938 äußerst unausgeglichen. Seit dem Beginn der großen Wirtschaftskrise im Jahre 1929 litt der Braunkohlenbergbau unter großen Absatzschwierigkeiten. Trotz rückläufiger Preise ging der Absatz ständig zurück, da die zum Teil nicht sehr hochwertige Kohle von den Verbrauchern nur ungern genommen wurde. Auch ein gesetzlich verfügter Beimischungszwang, der alle Verbraucher verpflichtete, einen bestimmten Prozentsatz Inlandskohle zu verwenden, brachte keine wesentliche Erleichterung. Die einzelnen Braunkohlengruben, die untereinander in unvollständiger Konkurrenz standen, versuchten daher, durch scharfe Konkurrenzpreise, die meist weit unter den Selbstkosten lagen, die gefährdeten Absatzmärkte zu halten und die Verluste, zumindest zum Teil, durch eine Monopolpreispolitik in nahegelegenen Absatzgebieten, in denen infolge der hohen Transportkosten eine Konkurrenz anderer Gruben nicht zu befürchten war, auszugleichen. Die Grubenpreise waren daher nicht nur nach Qualitäten und Sorten, sondern auch gebietsweise und nach Abnehmergruppen stark differenziert, ohne daß es dadurch gelungen wäre, den Braunkohlenbergbau auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen.

Die infolge der Absatznot während der Wirtschaftskrise verzerrten Preise wurden im Jahre 1938 unverändert als *Stopppreise* übernommen, ohne daß Ausnahmen bewilligt wurden. Die Erhöhung der Nachfrage während der Rüstungskonjunktur beseitigte zunächst zwar alle Absatzschwierigkeiten.

In der Folge kamen jedoch zahlreiche Betriebe in finanzielle Schwierigkeiten, da nach Festlegung der Stopppreise noch bedeutende Kostenveränderungen eintraten, durch die die bereits vor 1938 bestehende Spanne zwischen Preisen und Kosten weiter vertieft wurde. Zur Vermeidung von Betriebsstilllegungen wurden die Verluste, so weit man sie nach Vorlage einer genauen Betriebsabrechnung bei der Reichswirtschaftshilfe anerkannte, aus Reichsmitteln gedeckt.

Im Jahre 1945 wurden die alten Stopppreise übernommen, die Verlustentschädigungen aber eingestellt. Die sehr bald einsetzenden Kostensteigerungen zwangen die einzelnen Betriebe, um Preiserhöhungen anzusuchen. Durch das *Einzelgenehmigungsverfahren* in Anlehnung an die stark differenzierten individuellen Selbstkosten entstanden jedoch bedeutende, qualitätsmäßig und regional nicht gerechtfertigte Preisunterschiede, die eine verlässliche Kalkulation der nachgeordneten Stufen unmöglich machten. Trotz individueller Preiserhöhungen erlitten die meisten Betriebe, mit Ausnahme der kleinsten, die auf den Schwarzen Markt ausweichen konnten, beträchtliche Verluste, da die Preisgenehmigungen den Kostensteigerungen in der Regel nur langsam folgten. Eine allgemeine Erhöhung der Braunkohlenpreise und eine Angleichung der stark differenzierten Preise einzelner Gruben erschien daher dringend geboten.

Anfang 1947 entschloß man sich, die Kohlenpreise zu erhöhen und gleichzeitig in der Weise zu vereinheitlichen, daß die Preisunterschiede zwischen den einzelnen Gruben annähernd den unterschiedlichen Heizwerten der geförderten Kohle entsprachen. Zu diesem Zweck wurden sämtliche Braunkohlenbetriebe, je nach der Qualität der geförderten Kohle, in *sechs Preisklassen* eingeteilt und für jede Preisklasse einheitliche Preise ab Grube festgelegt. Die Preise wurden dabei so bestimmt, daß sie im Durchschnitt aller Gruben die Gesteungskosten deckten. Gleichzeitig mit der neuen Preisregelung wurde beim österreichischen Kohlensyndikat eine *Ausgleichsstelle* errichtet, der die Aufgabe zufiel, die Unterschiede zwischen den individuellen Gesteungskosten der einzelnen Betriebe und den einheitlichen Verkaufspreisen auszugleichen. Jene Betriebe, deren Verkaufserlöse die Gesteungskosten überstiegen, mußten die Differenz an die Ausgleichsstelle abführen und aus diesem Fonds wurden die Verluste der zu ungünstigen Kostenbedingungen produzierenden Betriebe gedeckt. Auf diese Weise erhielten alle Betriebe kostendeckende Einnahmen

und die Verbraucher genossen den Vorteil einheitlicher, nur nach Heizwerten abgestufter Preise¹⁾

Die technischen Schwierigkeiten des Preisausgleiches

Das Preisausgleichssystem kann nur so lange funktionieren, als der Fonds aus den Übergewinnen der rationell produzierenden Betriebe ausreicht, die Verluste der anderen Betriebe zu decken. Dies ist nur so lange der Fall, als die Preise genau den durchschnittlichen Gesteungskosten der Gesamtförderung entsprechen. Da jedoch die Gesteungskosten der einzelnen Betriebe stark voneinander abweichen, schwanken die durchschnittlichen Gesteungskosten oft schon bei einer kleinen Veränderung des prozentualen Anteils einer Grube an der Gesamtförderung beträchtlich. Bei der außerordentlich schwankenden Förderung ist die Berechnung von durchschnittlichen Gesteungskosten auf längere Sicht auch bei gleichbleibender Kostenstruktur praktisch unmöglich. Die Durchschnitte müßten vielmehr laufend mit der Produktionsentwicklung neu berechnet und entsprechend die Verkaufspreise variiert werden. Neben der Produktionsentwicklung verändert jedoch auch die Kostenentwicklung der einzelnen Gruben, insbesondere in Zeiten einer stärkeren Preisdynamik, laufend den Gesamtdurchschnitt. Die Basis, auf der die Verrechnungspreise ursprünglich festgelegt waren, erwies sich daher im Laufe des Jahres 1947 als nicht mehr zutreffend. Die Kostensteigerungen konnten zunächst durch einen 26%igen Zuschlag (Abgeltung der Lohnerhöhungen im Frühjahr 1947) und in der Folge durch einen weiteren 35%igen Zuschlag anlässlich des Preis- und Lohnabkommens abgegolten werden, so daß im Laufe des Jahres 1947 fast immer ein Überschuß in der Ausgleichskasse verblieb. Gegen Ende des Jahres 1947 zeichnete sich jedoch bereits die Gefahr eines beträchtlichen Defizits ab, das durch die ungleichmäßige Entwicklung der Förderung und der Gesteungskosten der einzelnen Gruben hervorgerufen wurde. Es zeigte sich nämlich (s. Übersicht S. 175), daß vielfach gerade die Betriebe mit hohen Kosten ihre Produktion stärker erhöhten als die mit niedrigen Kosten. So ist die Förderung der zu unterdurchschnittlichen Kosten produzierenden Gruben vom Jänner bis zum vierten Quartal 1947 nur um 18,1%, die Förderung der zu überdurchschnittlichen Kosten produzierenden Gruben jedoch um 25,5% gestiegen.

¹⁾ Die Abstufung der Kohlenpreise entsprechend den Heizwerten wird allerdings durch die hohen, für sämtliche Kohlenarten einheitlichen absoluten Handelsspannen und Transportkosten verzerrt.

Durch diese Verschiebung der Produktion zugunsten der teuer produzierenden Betriebe hätten sich die Kosten der Gesamtproduktion auch dann erhöht, wenn die Kosten der einzelnen Gruben selbst unverändert geblieben wären.

Außerdem stellte sich heraus, daß auch die Gesteungskosten bei den zuschlußbedürftigen Betrieben im allgemeinen bedeutend stärker gestiegen sind als bei den rationell arbeitenden. Dies geht deutlich aus den Gesteungskostenrechnungen der einzelnen Betriebe für das vierte Quartal 1947 hervor. Danach betrug die Kostensteigerung der Gruben mit unterdurchschnittlichen Kosten vom Jänner bis zum vierten Quartal 1947 92,5%, die Kostensteigerung der Betriebe mit überdurchschnittlichen Kosten jedoch 129,4%. Die außerordentlich verschiedenen Kostensteigerungen (die geringste Zunahme betrug 55%, die stärkste 184%) erklären sich zum Teil daraus, daß die einzelnen Kostenelemente ungleich stark erhöht wurden, da der Anteil einzelner Kostenarten an den Gesamtkosten von Betrieb zu Betrieb beträchtlich schwankt.

Anteil einzelner Kostenarten an den Gesamtkosten

Art	untere Grenze in Prozent der Gesteungskosten	obere Grenze
Löhne, Gehälter, soziale Lasten	21	74,6
Abschreibungen	0,4	13,7
Strom und Dampf	0,1	17,8
Grubenholz	0,2	20,9
Instandsetzung und Reparaturen	0,4	12,9
Hauptverwaltung	0,7	6,2
Werksverwaltung	0,4	21,2
Steuern	0,1	2,2
Zinsen	0,2	17,8
Bergschäden	0,0	11,5

Neben der unterschiedlichen Kostenstruktur der einzelnen Gruben dürften allerdings noch andere Faktoren, wie die ungleiche Produktionsentwicklung, Rationalisierungsbestrebungen und organisatorische Veränderungen, entscheidenden Anteil an der verschiedenartigen Entwicklung der Gesteungskosten gehabt haben.

Die Folge all dieser Veränderungen ist, daß bei der gegenwärtigen Kostenstruktur und den gegenwärtigen Produktionsanteilen der einzelnen Gruben die durchschnittlichen Gesteungskosten der Braunkohlenproduktion auf S 131,50 (umgerechnet auf einen Heizwert von 6.000 Kalorien) gestiegen sind, gegenüber einem durchschnittlichen Verkaufspreis von etwa S 115¹⁾. Die Gesteungskosten liegen daher im groben Durchschnitt um 14% über

¹⁾ Der durchschnittliche Verkaufspreis kann nicht genau berechnet werden, da die Verkaufspreise nicht nur nach der Qualität (Heizwert) abgestuft sind, sondern auch

den Verkaufspreisen. Diese Spanne dürfte in Wirklichkeit wahrscheinlich etwas niedriger sein, da anzunehmen ist, daß die Kosten bei einzelnen Unternehmungen nicht allzustreng kalkuliert wurden und vielfach noch Reserven enthalten. Der Unterschied dürfte jedoch kaum so groß sein, daß dadurch der gesamte errechnete Verlust aufgewogen wird.

Die wirtschaftliche Problematik der Preispolitik

Unter diesen Umständen scheint eine Preiserhöhung für inländische Braunkohle in nächster Zeit unvermeidbar zu sein, falls es nicht gelingt, die Preise einzelner Kostenelemente zu senken, oder falls man sich nicht entschließt, die Defizite der Ausgleichsstelle durch Subventionen zu decken. Daß eine Subventionierung des Braunkohlenbergbaues in vieler Hinsicht eine sehr bedenkliche Lösung wäre, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Wie praktisch auf allen anderen Wirtschaftsgebieten sprechen auch im Braunkohlenbergbau gewichtige wirtschaftliche Argumente dafür, das Übel an der Wurzel zu fassen, nämlich an der zu geringen Produktivität und den zu hohen Produktionskosten, und die künftige Preispolitik zielbewußt in den Dienst der Produktivitätssteigerung zu stellen.

Die bisherige Preisregelung mag für den Verbraucher zunächst vorbildhaft erscheinen, da sie ihm einheitliche Kohlenpreise auf dem niedrigsten Niveau sichert, das mit den Gesamtkosten der Kohlenförderung noch vereinbar ist. Auf der anderen Seite hat der Preisausgleich zwischen den einzelnen Gruben entscheidende wirtschaftliche Nachteile. Da jeder, auch der unwirtschaftlichste Betrieb, seine Kosten gedeckt erhält und jede Kosteneinsparung eines Betriebes nicht diesem selbst zugute kommt, sondern an die Ausgleichsstelle abgeführt werden muß, fehlt für die teuer arbeitenden Betriebe der Zwang und für die leistungsfähigeren Betriebe der Anreiz, rationeller zu produzieren. Die normale produktionregelnde Funktion des Preises, wirtschaftlich arbeitende Betriebe zu belohnen und zur Ausdehnung der Produktion anzureizen, unwirtschaftliche Betriebe dagegen zur Stilllegung zu zwingen, wurde durch den Erlösausgleich vollkommen ausgeschaltet. Es ist sicher kein Zufall, sondern zumindest zum Teil eine Folge des Erlösausgleiches, daß im Jahre 1947 die Betriebe mit

nach Körnergrößen (Stück, Nuß, Grieß, Staub), während die Gesteungskosten nur für die Gesamtproduktion erfassbar sind.

überdurchschnittlichen Kosten ihre Förderung stärker erhöhten als die mit unterdurchschnittlichen Kosten. Die bisherige Preispolitik hat also auch im Braunkohlenbergbau — wie auf allen anderen Gebieten — die Produktionsstruktur äußerst nachteilig im Sinne einer Verminderung der Gesamteffizienz beeinflusst, indem sie minder leistungsfähige Betriebe auf Kosten der leistungsfähigen künstlich am Leben erhielt. Selbst wenn man zugute hält, daß es einzelne wirtschaftlich arbeitende Gruben gibt, die auf keinen Fall oder doch nur unter stark steigenden Kosten ihre Produktion hätten ausdehnen können, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß bei einer entsprechenden Preis-, Produktions- und Bewirtschaftungspolitik eine namhafte Mehrförderung der leistungsfähigen Gruben zu erreichen gewesen wäre. Man hätte dann nicht leistungsfähige Gruben stilllegen können, ohne daß die Gesamtproduktion geschmälert worden wäre. Angesichts der starken Progression der Gesamtkostenkurve in ihrem oberen Teil hätten sich durch eine derartige Umschichtung der Förderung zugunsten der leistungsfähigen Betriebe die durchschnittlichen Gestehungskosten bedeutend ermäßigt. Da auf die letzten 5,5% der Gesamtförderung nach der Kostenstruktur im vierten Quartal 1947 11,2% der Gesamtkosten entfallen, hätte z. B. eine Mehrförderung von

5,5% der rationell arbeitenden Gruben eine etwa ebenso hohe Senkung der Durchschnittskosten der Gesamtproduktion ermöglicht. Die bisherige Preispolitik erweist sich damit mehr und mehr als eine der Hauptursachen dafür, daß eine bestimmte Produktionsmenge nicht zu den unter den gegebenen Bedingungen niedrigsten Kosten produziert wird.

Diese Schlußfolgerung läßt sich ziehen, ohne daß auf die Produktionspolitik im Braunkohlenbergbau näher eingegangen wird. Ein darüber hinausgehendes Urteil, welche Preisbildungsmethode dem Preisausgleichsfonds vorzuziehen wäre, kann freilich erst nach Klarstellung der Produktionsziele gefällt werden. Erst wenn man sich darüber klar geworden ist, ob und in welchem Umfang man künftig den österreichischen Braunkohlenbergbau ausbauen will, wird es möglich sein, eine optimale Preispolitik zu konzipieren. Die Wirtschaftspolitik wird dabei eine Reihe von Faktoren abzuwägen haben: die voraussichtliche Entwicklung der europäischen Kohlenlage und ausländischen Steinkohlenpreise, die österreichische Zahlungsbilanzsituation, die Erfahrungen im österreichischen Braunkohlenbergbau nach dem ersten Weltkrieg, die Möglichkeit und die Kosten einer umfassenden Rationalisierung der Gruben, um nur einige der wichtigsten Bestimmungsgründe zu nennen.

Das internationale Wechselkursproblem

Beseitigung von Zahlungsbilanzstörungen durch Wechselkursänderungen

Die Devisenlage fast aller westeuropäischen¹⁾ und vieler überseeischer Staaten hat sich seit Kriegsende ständig verschärft. Die Deviseneinnahmen in laufender Rechnung sind völlig unzureichend und können bei weitem nicht den Devisenbedarf für die dringendsten Importe decken. Selbst umfangreiche Auslandsanleihen erleichtern meist nur für kurze Zeit die Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Die einzelnen Staaten werden daher immer mehr ge-

¹⁾ Unter Westeuropa werden hier alle europäischen Staaten mit Ausnahme der Ostblockländer verstanden. Die osteuropäischen Staaten bleiben hier außer Betracht, weil dem Wechselkurs im Rahmen ihrer total geplanten Volkswirtschaften kaum noch praktische Bedeutung zukommt.

zwungen, eigene Währungsreserven zur Finanzierung des lebenswichtigen Importbedarfes einzusetzen. Der rasche Verbrauch der englischen Dollaranleihe, die zunehmende Dollarknappheit in Schweden, das innerhalb eines Jahres seine umfangreichen, während des Krieges angesammelten Dollarguthaben fast ganz aufbrauchte, sowie die vergeblichen Versuche Frankreichs, durch Erfassung der privaten Auslandsguthaben, Aufnahme bedeutender Auslandskredite und diskriminierende Währungsmanipulationen das Zahlungsbilanzdefizit zu decken, sind nur einige der wichtigsten Beispiele für die allgemein wachsenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten der europäischen Länder. Um eine Erschöpfung der eigenen Währungsreserven zu verhindern, sahen sich die einzelnen Staaten gezwungen, die Nachfrage

nach Devisen und vor allem nach „harten“ Währungen künstlich durch eine strenge Devisenbewirtschaftung, durch Einfuhrbeschränkungen, bilaterale Handelsverträge und diskriminierende Währungsmethoden zu drosseln. Dieses aus der Zwangslage der einzelnen Staaten entstandene System restriktiver handelspolitischer Maßnahmen wird aller Voraussicht nach noch für längere Zeit dem europäischen Handel sein charakteristisches Gepräge geben. Die Dollarknappheit der europäischen Staaten wird zwar durch den Marshall-Plan (ERP) gelindert. Die Devisenlage jedoch wird vermutlich noch längere Zeit so gespannt bleiben, daß es den einzelnen Staaten kaum möglich sein wird, auf die Zwangsregulierung der Devisenmärkte und die diskriminierenden handelspolitischen Maßnahmen zu verzichten, es sei denn, die gesamte innere und äußere Wirtschaftspolitik würde von Grund auf geändert werden.

Der Internationale Währungsfonds, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Devisenbeschränkungen nach und nach abzubauen und ein multilaterales Zahlungssystem zu schaffen, scheint damit von einer Verwirklichung seiner Ziele weiter als je entfernt zu sein. Seit der Abfassung der Statuten des Währungsfonds in Bretton Woods sind nun bereits vier Jahre vergangen, ohne daß diese Institution bisher sichtbare Erfolge aufweisen konnte. Es hat vielmehr den Anschein, als ob ein freier multilateraler Handel, wenn überhaupt, so erst nach einer viel längeren Übergangszeit erwartet werden darf, als ursprünglich angenommen wurde¹⁾.

Der Hauptgrund hierfür liegt zweifellos in der noch immer schwierigen Wirtschaftslage der europäischen Staaten. Die veränderte Außenhandelsstruktur — viele westeuropäische Länder haben einen fast unersättlichen Bedarf an Waren aus Dollarländern, setzen aber ihre Exporte überwiegend in Ländern mit „weichen“ Währungen ab —, die noch immer beschränkten Produktionsmöglichkeiten in wichtigen Exportindustrien sowie die spekulative Nachfrage nach Gold und Dollar als Folge der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit sind nahezu unüberbrückbare Hindernisse für die Wiederherstellung freier Handelsbeziehungen.

Sowohl in theoretischen Diskussionen als auch in praktischen wirtschaftspolitischen Vorschlägen taucht jedoch immer wieder der Gedanke auf, ob

¹⁾ Ursprünglich wurde mit einer Übergangszeit von fünf Jahren nach Festlegung der Paritäten, die für die meisten Staaten im Dezember 1946 erfolgte, gerechnet, innerhalb der sich der Übergang zu einem freien Zahlungsverkehr vollziehen sollte.

nicht die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der westeuropäischen Staaten und die dadurch bedingte Zwangsregulierung der Außenhandelsbeziehungen auf unrichtige Währungsparitäten zwischen den einzelnen Ländern, insbesondere zwischen den USA und der übrigen Welt, zurückzuführen sind und ob nicht das internationale Zahlungsbilanzproblem durch eine *Währungsabwertung* einzelner Länder gelöst werden könne. Diese Frage hat in letzter Zeit dadurch erhöhte praktische Bedeutung erlangt, daß der „Nationale Beratungsausschuß“ der USA in einem Bericht an den amerikanischen Kongreß gefordert hat, die USA sollen verschiedene Länder ersuchen, ihre Währungen abzuwerten. Eine derartige Abwertung würde nach Meinung des Ausschusses dann in Frage kommen, wenn der Wechselkurs eines Landes seine Zahlungsbilanz übermäßig belastet. Diese Abwertungen würden zweifellos den Bestimmungen des internationalen Währungsfonds entsprechen, da die Zahlungsbilanzen vieler europäischer Länder grundlegend gestört sind und damit jene Bedingungen vorliegen, unter denen der Währungsfonds eine normale Währungsabwertung für zulässig erklärt.

Der vorliegende Aufsatz versucht nun, das Problem einer Währungsabwertung unter den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen näher zu beleuchten und die Frage zu klären, ob gegenwärtig eine Wechselkursänderung überhaupt Zahlungsbilanzschwierigkeiten lösen und ein freies Gleichgewicht auf dem Devisenmarkt herstellen kann. Die Ausführungen müssen sich zwangsläufig auf einige Hauptgesichtspunkte beschränken, da die Gesamtproblematik weit über das unmittelbare Wechselkursproblem hinausreicht und am Ende in die Frage nach der Zweckmäßigkeit verschiedener wirtschaftlicher Ordnungsprinzipien einmündet, die naturgemäß in diesem Rahmen nicht einmal andeutungsweise behandelt werden kann.

Die allgemeinen Auswirkungen einer Abwertung

Durch eine Abwertung werden die Exportpreise des abwertenden Landes ausgedrückt in Gold oder ausländischen Zahlungsmitteln, gesenkt, die Importpreise dagegen erhöht. Durch diese Preisverschiebungen wird unter normalen Wirtschaftsverhältnissen der Export angeregt und das Angebot an Devisen vergrößert, während gleichzeitig die Nachfrage nach Importgütern und damit die Nachfrage nach Devisen zurückgeht. Mit Hilfe einer Abwertung kann daher im allgemeinen, ebenso wie durch eine Preiserhöhung bei einer Ware, ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf

dem Devisenmarkt beseitigt und ein neuer Gleichgewichtskurs gefunden werden

Dieser Abwertungsmechanismus funktioniert jedoch auch unter normalen Wirtschaftsverhältnissen nur unter bestimmten Voraussetzungen. Zunächst muß entweder die inländische Nachfrage nach Importwaren oder die ausländische Nachfrage nach Exportwaren preiselastisch sein, d. h. eine bestimmte Preisveränderung muß eine relativ größere Veränderung der Nachfrage hervorrufen. Ist die Nachfrage sowohl im Export als auch im Import unelastisch, so wird durch eine Abwertung das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt noch weiter verschärft, ohne daß ein Gleichgewichtszustand gefunden werden kann. Die mengenmäßige Ausfuhr wird dann zwar steigen, die Steigerung wird jedoch nicht ausreichen, den durch die Abwertung verringerten Devisenertrag pro ausgeführte Mengeneinheit auszugleichen. Der gesamte Devisenerlös wird daher geringer sein als vor der Abwertung. Wenn gleichzeitig die Importnachfrage trotz erhöhter Importpreise relativ stabil bleibt, muß die erhoffte ausgleichende Wirkung auf die Zahlungsbilanz ausbleiben.

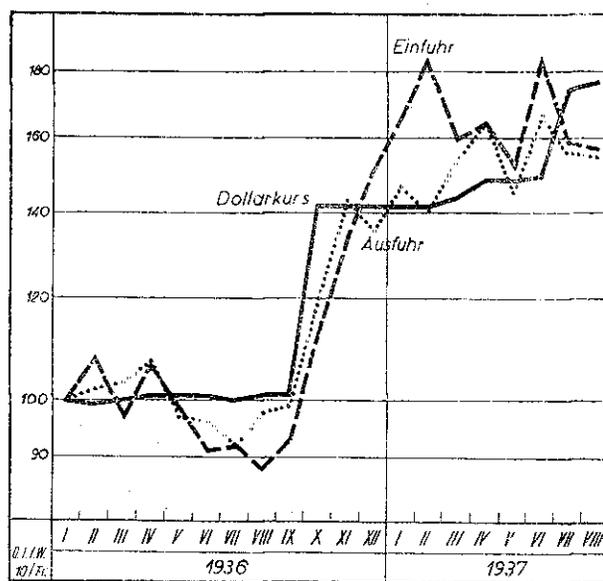
Bei jeder Abwertung besteht weiters die Gefahr, daß die zunächst eintretenden Erfolge einer Abwertung sehr bald durch eine Erhöhung des inländischen Preisniveaus wieder zunichte gemacht werden. Solange sich die Preiserhöhungen im abwertenden Lande auf die importierten Waren und die aus importierten Rohstoffen erzeugten Fertigwaren beschränken, bleiben die durch die Abwertung erkaufte Preisvorteile im Export noch weitgehend bestehen. Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß die hohen Importpreise vor allem dann, wenn Lebensmittel und andere für den Arbeiterhaushalt wichtige Bedarfsgegenstände importiert werden, Lohnerhöhungswellen auslösen, durch die die gesamte inländische Produktion verteuert wird und der Kostenvorsprung gegenüber dem Ausland wieder verloren geht.

Schließlich ist durch eine Abwertung keine Erleichterung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu erwarten, wenn sich als Folge der Abwertung der Beschäftigungsgrad und damit das Volkseinkommen erhöht. Dies trifft vor allem auf Volkswirtschaften zu, die unter größerer Arbeitslosigkeit leiden. Die Produktionsbelebung in den Exportindustrien wird sich dann, wenn die sonstigen Bedingungen für einen Aufschwung gegeben sind, kumulierend über die gesamte Wirtschaft ausbreiten. Die Exporterlöse werden zwar steigen, gleichzeitig erhöht sich aber auch die Nachfrage nach Importgütern infolge

des höheren Volkseinkommens und des gestiegenen Beschäftigungsgrades. Da die Nachfrage nach Importgütern in der Regel parallel mit dem Steigen des Volkseinkommens zunimmt, werden die erhöhten Exporterlöse meist durch eine erhöhte Importnachfrage überkompensiert werden.

Ein gutes Beispiel dafür, daß eine Abwertung selbst unter normalen Wirtschaftsverhältnissen vielfach nicht den gewünschten Erfolg zeitigt, bietet die Abwertung des französischen Franken im August 1936. Trotz einer 30%igen Abwertung konnte der

Abb 9. Der Einfluß der Abwertung des französischen Franken im Jahre 1936 auf die Ein- und Ausfuhr Frankreichs (Log Maßstab: Jänner 1936 = 100)



Die Abwertung des französischen Franken im August 1936 brachte keineswegs den gewünschten Erfolg (die Verminderung des Handelsbilanzpassivums). Die mangelnde Elastizität der Nachfrage nach den Export- und Importgütern brachte mit sich, daß nach der Abwertung die Einfuhr stärker stieg als die Ausfuhr.

Export nur unbedeutend ausgedehnt werden, da die Nachfrage nach französischen Waren in anderen Ländern durch hohe Zollmauern und mengenmäßige Ausfuhrregulierungen weitgehend unelastisch war. Außerdem wurde der Preisvorsprung sehr bald durch die ansteigenden französischen Preise wieder eingeengt. Andererseits erfuhr die Einfuhr aus dem Rohstoffbedarf und dem aus der erhöhten Beschäftigung erwachsenden größeren Konsumbedarf einen Auftrieb, der den zufolge der erhöhten Importpreise erwarteten Nachfragerückgang überkompensierte. So kam es, daß im August 1937, ein Jahr nach der Abwertung, die Ausfuhr gegenüber August 1936 mengenmäßig um 5% und wertmäßig um 59%, die

Einfuhr aber um 15% bzw. 79% gestiegen war. Der Einfuhrüberschuß erhöhte sich dementsprechend von 595 Mill. Franken auf 1.297 Mill. Franken. Dies entspricht — unter Berücksichtigung der Frankenabwertung — einer Zunahme des Handelsbilanzpassivums von 391 Mill. Dollar auf 485 Mill. Dollar. Das Ergebnis der Frankenabwertung war also eine weitere bedeutende Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation.

Problematischer Erfolg einer Währungsabwertung unter den gegenwärtigen Verhältnissen

Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen der europäischen Staaten sind die Aussichten, durch eine gleichzeitige allgemeine Abwertung die Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu beseitigen und einen Gleichgewichtskurs zu finden, noch geringer als in Frankreich im Jahre 1936. Sowohl auf der Einfuhrseite wie auch auf der Ausfuhrseite wirkt heute eine Reihe handelsbeschränkender Faktoren produktions technischer und administrativer Natur, so daß die von der Theorie vorausgesetzten Bedingungen für den Erfolg einer Abwertung fast durchwegs nicht zutreffen.

Auf der *Einfuhrseite* bestehen heute in den meisten europäischen Ländern strenge quantitative Einfuhrkontrollen, die nur die Einfuhr der wichtigsten Importwaren, und auch diese nur in sehr eingeschränktem Umfang, zulassen. Soweit auch weniger wichtige Waren eingeführt werden, handelt es sich meist um Kompensationen oder andere bilaterale Abkommen, die von einer Wechselkursänderung nur wenig berührt werden. Da die Nachfrage nach Einfuhrgütern, die mit Devisen bezahlt werden müssen, bereits durch Einfuhrgenehmigungen und Devisenbewirtschaftung künstlich gedrosselt ist, erscheint eine weitere Nachfragebeschränkung durch höhere Importpreise weder nötig noch angesichts der Dringlichkeit der schon quantitativ beschränkten Importe in nennenswerten Umfang überhaupt möglich. Die Abwertung wird daher die Einfuhrmenge und damit auch den Devisenbedarf nur sehr schwach beeinflussen.

Da sich demnach von der *Einfuhrseite* her der Druck auf die Zahlungsbilanz nicht verringern wird, müßte der Ausgleich allein durch eine *Ausfuhrsteigerung* herbeigeführt werden. Die Möglichkeiten, die Ausfuhr durch eine Senkung der Exportpreise zu erhöhen, sind jedoch unter den gegenwärtigen Umständen sehr beschränkt.

Die Ausfuhr von lebenswichtigen Gütern und solchen, die für den Wiederaufbau dringend benötigt werden, wird weniger durch den Preis als

vielmehr durch die beschränkten Liefermöglichkeiten begrenzt. Wenn auch die Konkurrenz auf den Weltmärkten zunimmt und die Monopolstellung einzelner, vom Krieg unberührter Staaten nach und nach schwindet, so sind doch in vielen Staaten die noch nicht überwundenen Produktionsschwierigkeiten sowie der erhöhte Eigenbedarf das Haupthindernis für eine Ausweitung des Exportes. Ein typisches Beispiel hierfür ist die englische Kohlausfuhr. Preismäßig könnte die englische Kohle am europäischen Kontinent ohne weiteres mit der durch hohe Transportkosten belasteten amerikanischen Kohle konkurrieren. Die Ausfuhr im Jahre 1947 erreichte jedoch nur 55 Mill. t gegenüber 47 Mill. t im Jahre 1938, da die Produktion im gleichen Zeitraum von 230 Mill. t auf 199 Mill. t zurückgegangen und der Eigenbedarf von 183 Mill. t auf 186 Mill. t gestiegen ist. Bei vielen wichtigen Waren wird daher nur eine Produktionssteigerung oder eine Beschränkung des Eigenbedarfes, nicht aber eine Abwertung eine Erhöhung der Ausfuhrmenge ermöglichen. Eine Abwertung würde in diesen Fällen sogar zu einem Rückgang der Deviseneingänge führen, da das Devisenland nunmehr eine durch andere Umstände (Produktion, Eigenbedarf) begrenzte Ausfuhrmenge zu einem niedrigeren Preis erhält.

Auch die Ausfuhr von Luxusgegenständen und von Waren, denen in der gegenwärtigen Übergangsperiode geringere Bedeutung zugemessen wird, kann durch eine Abwertung kaum entscheidend erhöht werden. Die inländische Produktion sowie die ausländische Nachfrage nach diesen Waren ist zwar in der Regel elastisch; eine Erweiterung des Auslandsabsatzes wird jedoch dadurch verhindert, daß mit Ausnahme der Schweiz und der Vereinigten Staaten fast alle Länder die Einfuhr entbehrlicher Waren durch direkte quantitative Kontrollen beschränken. Wie weit der Absatz auf diesen zwei Märkten ausgedehnt werden kann, hängt von der Exportstruktur des abwertenden Landes und der Elastizität der ausländischen Nachfrage ab. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Mehrerlös an Dollars und Schweizer Franken zumindest zum Teil durch eine Verminderung der Deviseneinnahmen (soweit Devisenzahlungen die Grundlage des Warenverkehrs bilden) aus jenen Ländern kompensiert wird, die nur eine bestimmte Menge einführen und diese nunmehr zu niedrigeren Preisen erhalten.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß eine allgemeine, nicht diskriminierende Wechselkursänderung eines Landes unter den gegenwärtigen Umständen nicht geeignet ist, das Zahlungsbilanzdefizit zu vermindern oder ein Gleichgewicht zwi-

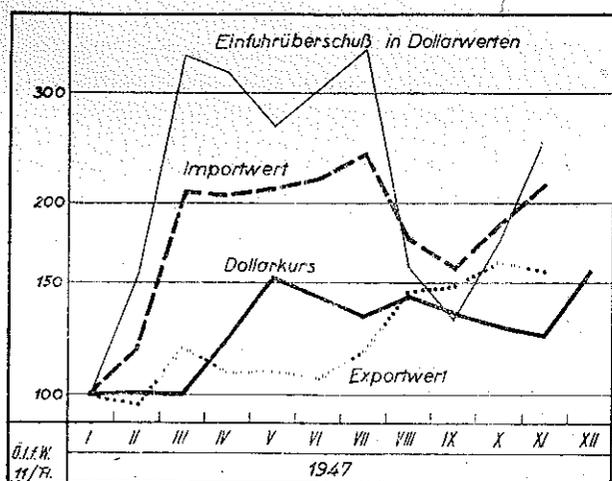
schen Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt wiederherzustellen. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß jede Abwertung eine Reihe schwieriger binnenwirtschaftlicher Probleme aufwirft. Die Gefahr einer inflationistischen Entwicklung wurde bereits erwähnt. Sie ist unter den gegenwärtigen Nachkriegsverhältnissen besonders groß, da das innere Preisniveau vieler Staaten noch äußerst labil ist und auf eine Erhöhung der Importpreise unmittelbar mit einer neuen Preis-Lohn-Spirale reagieren würde. Selbst wenn das Preisniveau durch eine restriktive Kreditpolitik gehalten werden kann, bleibt als dauernder Nachteil die Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse. Für eine bestimmte Menge Einfuhrgüter muß nach der Abwertung eine größere Menge Exportgüter hingegeben werden als vor der Abwertung. Die Verschlechterung der Austauschverhältnisse wird vor allem dann bedeutend sein, wenn gleichzeitig mit der Abwertung der Devisenmarkt freigegeben wird, da dann der freie Wechselkurs infolge spekulativer Einflüsse weit über das auf Grund der Preisparitäten zu erwartende Ausmaß hinausgetrieben wird. Dies gilt insbesondere für den Dollar, der angesichts seiner allgemeinen Verwertbarkeit und des weit verbreiteten Mißtrauens in die Stabilität der europäi-

schen Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse sehr begehrt und daher auf dem freien Markt überbewertet wird.

Die Problematik einer Abwertung und der Einführung eines freien Devisenkurses wird deutlich an dem Beispiel Italien ersichtlich. Italien, das schon seit März 1946 neben seinem offiziellen Wechselkurs einen freien Wechselkurs hat, ist heute einem Gleichgewicht nicht näher als jene Staaten, die an einem „künstlichen“ Kurs festgehalten haben. Der Außenhandel ist zwar gestiegen, die Steigerung ist aber so wie in anderen Ländern vorwiegend durch nicht-monetäre Faktoren verursacht. Ein Zusammenhang zwischen der Bewegung des Außenhandels und dem Dollarkurs ist nicht festzustellen. Auch das Defizit der Handelsbilanz zeigt keine Tendenz zu einer automatischen Abnahme, sondern wird in erster Linie durch die direkte Lenkung der Importe und Exporte bestimmt. So war z. B. der Einfuhrüberschuß im Juni 1947, als der Dollarkurs¹⁾ um 41% höher stand als im Jänner, zum jeweiligen Dollarkurs gemessen, mit 57,4 Mill. Dollar mehr als 200% höher als im Jänner 1947 (18,8 Mill. Dollar). In Lire erreichte die Steigerung sogar mehr als das Vierfache (30,6 Mrd. Lire gegenüber 7,1 Mrd. Lire). Während die erhoffte Erleichterung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten ausgeblieben ist, mußte die italienische Volkswirtschaft durch den freien Devisenmarkt eine bedeutende Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse in Kauf nehmen. Die spekulative Überbewertung des freien Dollars geht deutlich aus einem Preisvergleich mit der Vorkriegszeit hervor. Die italienischen Großhandelspreise standen im Jänner 1948 auf 5,391 (1938 = 100) und der Dollarkursindex auf 2,975. Die italienischen Preise sind daher auf Dollarbasis um 81% gestiegen, die amerikanischen Großhandelspreise aber im gleichen Zeitraum um 111% gestiegen, so daß die Lireabwertung, gemessen an den Preisrelationen, zu hoch erscheint. Auch das Pfund wird auf dem freien Devisenmarkt in Italien

Abb. 10. Der Einfluß der Lire-Abwertung auf die Ein- und Ausfuhr Italiens im Jahre 1947

(Log. Maßstab; Jänner 1947 = 100; Ein- und Ausfuhr in Lire, Einfuhrüberschuß in Dollar)



Die starke Abwertung der Lire im Jahre 1947 hatte keinen merkbaren Einfluß auf die relative Entwicklung der Ein- und Ausfuhr; der Einfuhrüberschuß war nach der Abwertung sogar größer als zuvor. In der gegenwärtigen Periode der Einfuhrbeschränkungen und der Produktionshemmungen in wichtigen Ausfuhrindustrien, werden die Importe und Exporte der europäischen Staaten mehr durch technische und administrative Faktoren als durch Änderungen des Wechselkurses beeinflusst.

¹⁾ Der hier und in Abbildung 10 verwendete Dollarkurs ist der Durchschnitt zwischen dem offiziellen und dem freien Kurs. Zu diesem Durchschnittskurs realisiert der Exporteur seine Deviseneinnahmen, da er 50% zum offiziellen Kurs abliefern muß und den Rest frei verkaufen kann. Auch für den Gesamtimport ist er der maßgebliche Kurs, da die wichtigsten Importe zum offiziellen Kurs, die weniger wichtigen (aber trotzdem lizenzierten) Importe zum freien Kurs eingeführt werden. Seit November 1947 ist der Unterschied zwischen dem freien und dem offiziellen Kurs gering, da letzterer auf dem Durchschnitt der freien Kurse des Vormonats (unter Ausschaltung aller Werte von unter 350 oder über 650 Lire per Dollar) basiert.

gegenüber dem Dollar unterbewertet. Obwohl die britischen Großhandelspreise seit 1937 etwa im gleichen Ausmaß gestiegen sind wie die amerikanischen, wurde das Pfund, dessen offizieller Kurs mit 4.03 Dollar gegenüber 1937 um 19% abgewertet ist, im Februar 1948 auf dem freien Devisenmarkt mit einem Disagio von 20% um 3.21 Dollar gehandelt. Diese spekulative Überbewertung der Hartwährungen ist einer der Hauptgesichtspunkte für die ablehnende Haltung der englischen Regierung gegenüber einer Abwertung oder einer Lockerung der Devisenbewirtschaftung.

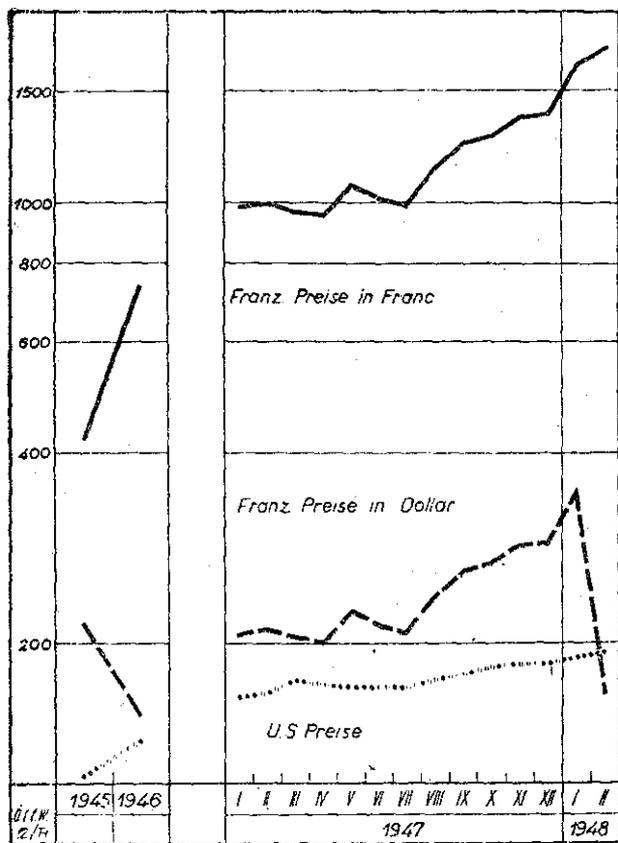
Eine Abwertung scheint allerdings trotz der damit verbundenen Gefahren auf die Dauer dann unvermeidlich, wenn das allgemeine Preisniveau eines Landes gegenüber dem Weltmarktpreisniveau

so stark gestiegen ist, daß selbst die wichtigsten Ausfuhrwaren keinen Absatz mehr finden. In diesem Fall ist eine Abwertung notwendig, um die völlige Ausschaltung aus dem Welthandel zu verhindern. Unter diesem Gesichtspunkt war die 44.44%ige Abwertung des französischen Franken am 26. Jänner 1948 gerechtfertigt, da die französischen Großhandelspreise von Jänner 1947 bis Jänner 1948 um 67%, die englischen und amerikanischen in der gleichen Periode jedoch nur um 17% gestiegen sind. Auch in Österreich würden Preissteigerungen einen solchen Schritt notwendig machen, da die österreichischen Exportpreise bereits jetzt vielfach über den ausländischen Konkurrenzpreisen liegen.

Eine Abwertung zur Beseitigung von Preisniveaudisparitäten muß jedoch streng von einer Abwertung zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Devisenmarktes unterschieden werden. Sie dient lediglich dazu, Länder, deren Preisentwicklung aus dem internationalen Rahmen herausgefallen ist, wieder in den internationalen Handelsverkehr einzureihen, falls eine Deflation nicht möglich oder wünschenswert ist. Der Abwertungsprozentsatz wird daher nur so hoch gewählt werden, daß der Preisniveaunterschied gegenüber dem Weltmarkt ausgeglichen wird.

Abb. 11. Frankreichs Versuche, durch Währungsabwertungen seine internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen

(Log Maßstab; Großhandelspreise, Φ 1937 = 100)



Nach der Abwertung des französischen Franken am 26. Dezember 1945 stiegen die Preise in Frankreich rasch und entfernten sich besonders in der zweiten Hälfte 1947, immer mehr vom Weltmarktpreisniveau. Die neuerliche Abwertung am 26. Jänner 1948 stellt den Versuch dar, die verlorene Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen. Gleichzeitig sollen durch die Einführung diskriminierender Wechselkurse die Zahlungsbilanzschwierigkeiten gemildert werden.

Alternative Lösungen bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten

Da eine allgemeine Abwertung der Währung eines Landes nicht genügt, den Druck auf die Zahlungsbilanz zu beseitigen, müssen andere Wege zur Lösung des internationalen Zahlungsbilanzproblems gefunden werden.

Eine zunächst erfolgversprechende Maßnahme ist eine differenzierte Währungsabwertung, wie sie im Zuge der allgemeinen Frankenabwertung in Frankreich durchgeführt wurde. Das französische System besteht darin, daß neben dem offiziellen Devisenmarkt ein freier Markt für amerikanische Dollars, portugiesische Escudos und Schweizer Franken errichtet wurde, auf dem Exporteure 50% ihrer Einnahmen verkaufen dürfen, während sie 50% zum offiziellen Kurs abgeben müssen. Importeure, die wichtige Waren einführen, erhalten die Devisen zum offiziellen Kurs, während für minder wichtige Waren sofern für ihre Einfuhr eine Lizenz erteilt wurde die Devisen am freien Markt erworben werden müssen. Da sich der freie Devisenmarkt nur auf Dollars und Escudos erstreckt, ist der Abwertungsprozentsatz für diese Währungen bedeutend größer als für alle übrigen, die nur zum offiziellen Kurs

gehandelt werden. Dadurch wurde einseitig gegenüber diesen beiden „harten“ Währungen diskriminiert. Der Export nach Hartwährungsländern wird angeregt, da der effektive Wechselkurs für den Exporteur (Durchschnittskurs zwischen dem offiziellen und dem freien Kurs¹⁾ günstiger ist als der allgemeine Wechselkurs, während die Importe minder wichtiger Güter aus diesen Ländern nebst dem Bewilligungssystem durch den hohen freien Kurs eingeschränkt werden. Der niedrige offizielle Kurs für wichtige Importe verhindert dabei, daß sich die Kursverschlechterung voll auf Kosten der Exportindustrien auswirkt. Schließlich erhofft sich die französische Regierung von dem hohen Dollar- und Goldkurs auf dem freien Markt eine Repatriierung der beträchtlichen Devisenhorte französischer Staatsbürger. Diese Hoffnung scheint allerdings bis jetzt nicht erfüllt worden zu sein, da die spekulative Kapitalflucht zur Zeit selbst durch beträchtliche Kursschwankungen nicht beeinflußt wird.

Das französische Experiment ist zweifellos ein Weg, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten und vor allem die Knappheit an „harten“ Währungen zu mildern. Es birgt jedoch die Gefahr, daß durch die Schaffung neuer Relationen zwischen den Währungen anderer Länder und durch die Ausbreitung von diskriminierenden Währungsmethoden neue Währungskriege und schließlich ein ähnliches Währungschaos entstehen, wie in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg. Gerade diese Entwicklung sollte jedoch der Internationale Währungsfonds verhindern. Er erhob deshalb auch Einspruch gegen die französische Abwertung, und zwar nicht gegen die Abwertung an sich, sondern vielmehr gegen die Methode der differenzierten Abwertung. Die französische Regierung setzte sich aber mit dem Hinweis auf die ernste Devisenlage über diesen Einspruch hinweg und führte die Reform durch.

Wenn man einseitige Währungsdiskriminierungen ablehnt, die für ein Land nur so lange Vorteile bringen, als andere Staaten nicht zu den

¹⁾ Im Februar 1948 stand der offizielle Dollarkurs in Frankreich auf 21471 Frcs. und der freie Kurs auf 30670 Frcs. Der effektive Kurs für den Exporteur betrug daher 26070. Der Franc wurde damit gegenüber den harten Währungen um 54%, gegenüber den übrigen Währungen jedoch nur um 44% abgewertet.

gleichen Methoden greifen, so scheinen *direkte* Außenhandelslenkungsmethoden, wie Devisenbewirtschaftung, Ein- und Ausfuhrbewilligungen und bilaterale Verträge unentbehrliche Instrumente zur Erhaltung des Gleichgewichtes auf den Devisenmärkten der einzelnen Länder. Damit werden freilich die Ziele des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Handelsorganisation, die ein multilaterales, freies Handels- und Zahlungssystem anstreben, noch für längere Zeit nicht verwirklicht werden können. Die Schwäche dieser Abkommen liegt eben darin, daß sie die Umstellungsschwierigkeiten der einzelnen Länder, die ihre Wirtschaftsstruktur vielfach vollkommen neuen Verhältnissen anpassen müssen, unterschätzt haben. Solange die Anpassung der einzelnen Länder an die veränderte Weltwirtschaftsstruktur nicht vollzogen ist, werden ihre Zahlungsbilanzen einem dauernden Druck ausgesetzt sein, der durch die Abwertung einzelner Länder allein nicht beseitigt werden kann und den auch der internationale Währungsfonds mit seinen beschränkten Mitteln nicht wesentlich mildern kann. Damit soll nicht gesagt werden, daß die in Bretton Woods und in Havanna gesteckten Ziele überhaupt nicht erreichbar sind. Es kommt vielmehr darauf an, daß die zur Zeit bestehenden direkten Außenhandelslenkungsmethoden so verfeinert werden, daß durch eine allmähliche Ausbreitung bilateraler Abkommen nach und nach der Übergang zu einem freieren Handels- und Zahlungssystem gefunden werden kann, ohne daß die einzelnen Staaten vor unlösbare Anpassungsprobleme gestellt werden. Dabei wird es sich freilich als notwendig erweisen, daß die einzelnen Staaten in stärkerem Maße, als dies bisher der Fall war, auch in ihrer inneren Wirtschaftspolitik die Gesamtbelange der europäischen Wirtschaft berücksichtigen. Eine vernünftige Beschränkung der nationalen Investitionsprogramme, die bisher den Exportindustrien knappe Produktionsmittel entzogen haben, eine allmähliche Aufsaugung der inländischen Nachfrageüberschüsse und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Rahmen des Marshall-Planes könnten viel zur Wiederbelebung des europäischen Handels beitragen und damit die Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zu einem freien Handelssystem schaffen.

Österreichische Wirtschaftszahlen

Österreichische Nationalbank¹⁾

Zeit	Aktiva						Passiva				Gesamt- umlauf ⁴⁾	
	Gold ²⁾	Devisen und Valuten ³⁾	Teil- münzen	Eskontierte Wechsel	Forde- rungen gegen Hand- pand	Forde- rungen an den Bundes- schatz	Banknotenumlauf		Verbindlichkeiten			
							insgesamt	davon Besatzungs- kosten	frei	gesperrt		
Millionen Schilling												
1929	168 7	564 3	2 3	240	0 4	111	1 034	—	53	4 121 ⁵⁾	1 087	
1937	243 0	121 3	9 0	193	0 7	620 ⁶⁾	909	—	257	—	1 166	
1946	0 1 ⁷⁾	12 8 ⁸⁾	6 0 ⁹⁾	0 02 ⁶⁾	0	12 139 ⁶⁾	4 774	2 208	3 011 ⁶⁾	—	8 452 ²⁾	
1947	IV	47 6	28 0	4 9	1 10	0	12 784	5 896	2 923	2 806	3 866	8 702
	V	47 6	30 0	3 5	0 45	0	12 477	5 797	2 923	3 022	3 820	8 729
	VI	47 6	32 0	3 4	0 49	0	12 422	5 547	2 923	3 179	3 778	8 726
	VII	47 6	33 8	3 0	1 17	0	12 403	5 595	2 973	3 187	3 707	8 782
	VIII	47 6	35 1	3 0	1 90	0	12 384	5 874	3 030	2 955	3 643	8 829
	IX	47 6	35 8	2 7	2 81	0	12 359	6 099	3 030	2 801	3 547	8 900
	X	47 6	41 1	2 6	7 26	0	12 346	6 219	3 030	2 818	3 407	9 037
	XI	47 6	56 7	2 7	7 02	0	12 340	4 809	3 087	4 271	3 373	9 080
1948	I	47 0	55 0	8 0	4 00	0	7 547	3 687	—	2 043	2 034	5 730
	II	47 7	53 6	6 8	4 86	0	7 246	3 874	—	1 395	2 169	5 269
	III	47 7	44 6	6 2	3 73	0	7 211	3 994	—	1 453	1 943	5 447
	IV	47 8	49 9	5 3	4 79	0	7 208	4 137	—	1 157	2 100	5 294

¹⁾ Monatsende. — ²⁾ Bewertung der Goldbestände ab Oktober 1946 zu 10.690 S für 1 kg Feingold (Ende 1937 5.076.30 S für 1 kg Feingold). — ³⁾ Bewertet auf Grund von der Nationalbank verlaublichen Geldkurse. — ⁴⁾ Notenumlauf plus freie Verbindlichkeiten. — ⁵⁾ 31. Oktober bis Dezember. — ⁶⁾ Bundesschuld A, B und C.

Einlagen bei den Kreditinstituten¹⁾

Zeit	Einlagen insgesamt ²⁾					Spareinlagen ³⁾					Scheckeinlagen					
	ins- ge- samt	davon				ins- ge- samt	davon				ins- ge- samt	davon				
		Ban- ken	Spar- kas- sen	Post- spar- kas- se	Kredit- ge- nos- sen- schaf- t.		ge- sperrt	frei	Bun- des- län- der	ge- sperrt		frei	Bun- des- län- der			
Millionen Schilling																
1946	XII	15 987	3 378	5 926	2 700	3 324	9 604	6 247	3 357	1 313	2 044	6 383	2 136	4 247	2 955	1 292
1947	III	15 605	3 340	5 791	2 496	3 237	9 419	6 226	3 193	1 241	1 952	6 186	2 042	4 144	2 852	1 292
	IV	15 680	3 412	5 752	2 536	3 216	9 321	6 175	3 138	1 212	1 927	6 359	1 997	4 361	3 052	1 309
	V	15 716	3 496	5 712	2 563	3 194	9 248	6 176	3 072	1 185	1 887	6 468	1 934	4 534	3 244	1 290
	VI	15 768	3 567	5 653	2 630	3 176	9 179	6 164	3 015	1 159	1 856	6 589	1 926	4 663	3 375	1 288
	VII	15 548	3 594	5 606	2 509	3 073	9 024	6 125	2 899	1 095	1 804	6 524	1 909	4 615	3 288	1 327
	VIII	15 151	3 481	5 526	2 410	3 017	8 902	6 096	2 806	1 057	1 749	6 249	1 895	4 354	3 072	1 282
	IX	15 161	3 560	5 469	2 409	2 990	8 806	6 083	2 723	1 026	1 697	6 354	1 885	4 470	3 174	1 306
	X	15 102	3 614	5 387	2 418	2 956	8 681	6 067	2 614	989	1 625	6 422	1 878	4 544	3 217	1 327
	XI	15 492	3 623	5 340	2 833	2 944	8 628	6 055	2 573	985	1 588	6 864	1 885	4 978	3 676	1 303
	XII	5 288	1 738	1 066	1 709	400	882	—	882	329	552	4 406	—	4 406	3 651	1 045
1948	I	5 394	2 052	1 085	1 465	423	892	—	892	317	575	4 503	—	4 503	3 408	1 095
	II	5 452	2 152	1 150	1 339	497	907	—	907	310	597	4 545	—	4 545	3 412	1 133
	III	5 907	2 408	1 237	1 485	411	999	—	999	375	624	4 968	—	4 968	3 778	1 190

¹⁾ Monatsende, ohne Zwischenbankeinlagen. Nach „Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank“ — ²⁾ Spar- und Scheckeinlagen insgesamt. — ³⁾ Spareinlagen im Jahre 1937 2.348 Mill. Schilling.

Postsparkasse¹⁾

Zeit	Scheckkonten			Sparkonten ²⁾			
	Gut- haben	Zahl	Gut- haben pro Konto	Gut- haben	Zahl	Gut- haben pro Konto	
							Mill. S
1929	185	126 9	1 454	85	212 6	400	
1937	216	125 4	1 724	146	354 9	411	
1946	2 092	186 3	11 224	7 773	12 026 7	723	
1947	II	2 039	188 6	10 808	1 311	1 175 2	1 115
	III	2 099	188 9	11 111	1 298	1 181 0	1 099
	IV	2 200	189 2	11 630	1 288	1 187 2	1 085
	V	2 382	186 1	12 797	1 280	1 191 9	1 074
	VI	2 475	186 3	13 284	1 272	1 198 7	1 061
	VII	2 358	186 6	12 639	1 264	1 188 6	1 063
	VIII	2 002	186 7	10 719	1 254	1 191 5	1 052
	IX	1 954	181 9	10 745	1 244	1 194 1	1 042
	X	2 036	147 7	13 791	1 234	1 199 6	1 028
	XI	2 593	141 0	18 393	1 228	1 206 9	1 017
	XII	2 322	141 4	16 425	72	1 206 8	—
1948	I	2 141	140 6	15 220	62	1 212 6	—
	II	1 951	140 9	13 852	60	—	—
	III	2 000	140 9	14 189	89	—	—
	IV	1 420	140 4	10 113	97	—	—

¹⁾ Monatsende — ²⁾ Bis Ende Oktober 1946 einschl. des deutschen Blocks.

Kapitalmarkt

Zeit	Kurs- index von 23 Indu- stria- aktien ⁴⁾	Börse ¹⁾						Pfund- briefe ²⁾ u. Komm- obl	
		davon							
		Bau-	Brau-	Pa- pier-	Tex- til-	Metall- u. Ma- schin- nen-	Zuk- ker-		
März 1938 = 100									
1947	II	385 4	438 3	561 3	772 8	392 9	193 4	100 5	320 1
	III	358 9	403 4	469 8	720 7	382 2	178 5	98 9	320 1
	IV	388 2	435 1	547 2	766 2	416 7	209 7	108 5	318 0
	V	455 5	498 5	699 2	920 9	477 8	261 7	134 0	316 4
	VI	567 3	599 2	799 0	1 217 8	643 0	307 9	143 6	316 4
	VII	651 3	680 2	965 2	1 353 8	709 0	360 7	166 0	316 4
	VIII	873 1	940 1	1 406 8	1 863 3	869 3	488 5	248 9	316 4
	IX	029 6	158 1	1 871 4	2 152 7	1 100 6	515 4	287 2	308 4
	X	1 909 9	1 976 5	1 561 8	1 970 3	955 6	462 5	288 8	307 6
	XI	766 8	790 5	1 128 8	1 540 3	999 0	389 0	245 7	307 6
	XII	615 0	562 6	621 0	1 257 1	715 3	272 7	124 5	307 8
1948	I	503 0	499 7	705 7	1 096 8	568 7	245 4	124 5	307 8
	II	460 5	401 6	509 6	1 006 9	601 3	216 3	111 7	306 4
	III	361 5	312 3	445 8	790 2	478 9	174 0	79 8	—
	IV	333 0	301 8	416 6	610 7	464 5	166 4	73 4	—
	V	275 6	269 0	342 7	475 1	386 2	130 7	57 4	—

¹⁾ Monatsmitte. Nach den Marktberichten der Wr. Börsekammer. — ²⁾ Umlauf (nicht verlorene Stücke). — ³⁾ Monatsende. — ⁴⁾ Bis einschl. Okt. 1946 18, von Nov. 1946 bis Aug. 1947 19, ab Sept. 1947 23 Aktien.

Umstellung der Indexzahlen auf das Umrechnungsverhältnis: 1 alter österr. Schilling (S-1937) = 1 neuer österr. Schilling (S-1948)

In der Folge werden sämtliche, auf die Zeit vor der Besetzung zurückreichende Indexzahlen auf der Basis 1 alter österreichischer Schilling (vor März 1938) = 1 neuer österreichischer Schilling (seit April 1945) errechnet

Da die Indexzahlen des Institutes bisher auf dem Umrechnungsschlüssel 3 alte Schillinge = 2 neue Schillinge basierten, sind die bisher veröffentlichten und künftig erscheinenden Indexzahlen nicht mehr unmittelbar miteinander vergleichbar. (Die Vergleichbarkeit kann dadurch hergestellt werden, daß die alten Indexzahlen durch 1,5 dividiert werden)

Die Umstellung auf das neue Umrechnungsverhältnis erweist sich als zweckmäßig, weil die Wirtschaftspraxis ständig die gegenwärtigen Wirtschaftsdaten, insbesondere auf dem Gebiete der Währung, Preise und Löhne, mit den entsprechenden Größen vor 1938 vergleicht und dabei durch die bisherige Umrechnungsmethode irritiert wird

Das neue Umrechnungsverhältnis erlaubt nunmehr einen unmittelbaren Vergleich sämtlicher Preis-, Lohn- und Währungsdaten, sowohl absolut als auch in ihren Relationen, mit denen vor März 1938. Die neue Umrechnungsmethode läßt allerdings die Tatsache unberücksichtigt, daß der alte Schilling im Jahre 1938 im Verhältnis 3 : 2 in Reichsmark und die Reichsmark im Jahre 1945 im Verhältnis 1 : 1 in neue Schilling umgerechnet wurde. Die Vernachlässigung dieser tatsächlich erfolgten Umrechnung mag dadurch gerechtfertigt werden, daß die Entwicklung während der deutschen Besetzung bei Vergleichen meist übersprungen und in der Praxis unmittelbar an die Ziffern des Jahres 1938 angeknüpft wird

Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne¹⁾

Zeit	Offizielle Preise					Preise auf dem Schwarzmarkt ⁴⁾			Freie Preise			Arbeiter-Nettoverdienste	
	Großhandelspreise ²⁾		Lebenshaltungskosten ³⁾			Nahrungsmittel	Genußmittel	Devisenkurse ⁶⁾	Versteigerungen	Gold ⁵⁾	Aktienkurse ⁷⁾		
	Nahrungs- u. Genmittel	Industriestoffe	Gesamtindex	Nahrungs- u. Genmittel	Sonstige							Gesamtindex	
	März 1938 = 100												
1946 I.	196,8			107,7 ⁸⁾	105,8 ⁸⁾	106,8 ⁸⁾	8,190	4,170	1,450				
1947 I.	129,9			204,5	219,8	210,8	4,130	1,450	1,850	1,099	1,878	615,3	176,1
II.	130,9			127,3	118,6	123,6	4,020	1,360	1,110	870	1,370	383,0	106,9
III.	131,2			127,7	135,0	131,2	3,750	1,150	1,190	900	1,530	385,4	111,0
IV.	132,6			132,3	152,0	141,2	3,600	1,120	1,400	950	1,680	358,9	113,5
V.	132,6			134,2	155,5	143,4	3,630	1,120	1,510	960	1,680	388,2	120,3
VI.	132,6			139,6	187,1	160,1	3,510	1,120	1,690	970	1,530	455,5	131,6
VII.	190,5			139,8	188,2	160,6	3,810	1,350	1,980	1,050	1,990	507,3	150,4
VIII.	218,3			233,5	205,3	221,4	3,860	1,350	2,040	1,050	1,680	651,3	164,1
IX.	287,8			273,3	232,4	255,7	4,560	1,730	2,410	1,210	2,290	873,1	208,3
X.	280,7	320,9	295,0	283,0	300,6	290,5	4,410	1,860	2,170	1,270	2,600	1.029,6	242,7
XI.	285,1	314,3	295,6	283,2	316,4	297,5	4,440	1,860	1,900	1,420	2,140	909,9	250,9
XII.	289,3	314,3	298,3	288,0	318,7	301,2	4,210	1,440	3,350	1,520	2,600	766,8	254,3
1948 I.	290,9	316,0	299,9	291,7	318,7	303,3	5,710	1,810	1,430	1,020	1,450	615,0	258,1
II.	290,9	316,0	299,9	294,2	320,4	305,5	3,000	1,420	1,370	940	1,830	503,0	241,1
III.	290,1	315,7	299,3	294,4	320,4	305,6	2,350	990	1,100	930	1,530	460,5	251,1
IV.	290,9	318,1	300,7	294,4	321,3	312,3	2,380	1,020	1,020	830	1,530	361,5	255,3
V.	279,2	221,1	294,3	301,4	320,3	309,5	1,840	940	710	730	1,160	333,0	
				317,3	307,4	307,4	1,400	750		620	760	275,6	

1) Sämtliche Indexzahlen wurden auf Basis 1 alter S (S-1937) = 1 neuer S (S-1948) erstellt. — 2) Index des Österreichischen Statistischen Zentralamtes. — 3) Nach einem friedensmäßigen Normalverbrauchschemata zu offiziellen Preisen. — 4) Offizielle Preise (Kurse) März 1938 = 100. — 5) Durchschnitt aus den Kursen für Dollar, Schweizer Franken und engl Pfund — 6) Bruchgold 14 Karat — 7) 23 Industriek Aktien — 8) Durchschnitt April bis Dezember.

Entwicklung der Arbeiternettoverdienste¹⁾²⁾ in Wien

Zeit	Insgesamt	Davon		
		Facharbeiter	Hilfsarbeiter	Arbeiterinnen
		August 1938 = 100 ³⁾		
1946 IV.	80,2	81,9	58,1	86,9
XII.	116,3	130,0	106,6	129,1
1947 I.	106,9	103,7	116,1	104,8
II.	111,0	104,7	117,9	115,6
III.	113,5	112,9	114,4	114,0
IV.	120,3	117,7	123,5	121,8
V.	131,6	127,2	132,0	138,4
VI.	150,4	140,5	152,0	165,0
VII.	164,1	153,6	166,8	178,6
VIII.	203,3	186,5	199,7	249,7
IX.	243,7	218,7	244,5	282,6
X.	250,9	225,3	250,5	291,7
XI.	254,3	228,9	259,8	290,5
XII.	258,1	229,1	254,6	306,9
1948 I.	241,1	214,2	229,8	292,6
II.	251,1	214,6	251,7	308,5
III.	255,3	219,7	252,2	314,2

1) Die Arbeiternettoverdienste sind für 1938 auf Grund der Erhebungen der DAF, für 1940 und 1944 nach der amtlichen Lohnerhebung des Statistischen Reichsamtes, Berlin, für April 1946 nach Erhebungen der Arbeiterkammer, Wien, und ab Oktober 1946 nach eigenen Erhebungen für Verheiratete mit 2 Kindern berechnet und nach der Arbeitsstättenzählung 1939 gewogen. — 2) Ab Juni 1947 erweiterte Basis. Die Werte ab Juni sind mit den vorhergehenden Werten nicht unmittelbar vergleichbar. — 3) S 1938 = S 1948.

Versteigerungen im Wiener Dorotheum¹⁾

Zeit	Gold ²⁾	Silber ³⁾	Diamanten ⁴⁾	Perse- tep- piche	Brief- mar- ken ⁵⁾	Pelze ⁶⁾	Ver- steige- rungen insges.
1946 XI.	12,2	6,7	10,9	7,8	11,3	5,9	8,9
XII.	15,3	6,7	9,1	7,8	11,3	5,5	8,9
1947 I.	13,7	6,7	9,1	7,8	11,3	5,5	8,7
II.	15,3	8,3	8,2	7,8	11,3	5,5	9,0
III.	16,8	8,3	10,9	7,8	11,3	5,9	9,5
IV.	16,8	8,3	11,8	7,8	11,3	5,9	9,6
V.	15,3	10,0	12,7	7,8	11,3	5,9	9,7
VI.	19,9	11,7	13,7	8,9	11,3	5,9	10,5
VII.	16,8	13,3	13,7	9,5	11,3	5,9	10,5
VIII.	22,9	20,0	13,7	9,5	12,5	5,9	12,1
IX.	26,0	20,0	13,7	11,7	12,5	6,3	12,7
X.	21,4	20,0	13,7	15,5	13,9	9,9	14,2
XI.	26,0	21,7	13,7	15,5	13,9	11,2	15,2
XII.	14,5	11,7	12,7	11,1	10,5	6,7	10,2
1948 I.	18,3	10,0	7,3	9,5	9,9	6,4	9,4
II.	15,3	8,3	6,0	7,7	11,9	6,5	9,3
III.	15,3	6,7	5,1	7,5	10,4	5,8	8,3
IV.	11,6	6,7	4,8	6,8	8,7	5,7	7,3

1) Monatsmitte. — 2) 14 Karat. — 3) 800 fein (Bruch). — 4) Karat melé. — 5) Österreich 1908, 2 S graugrün, Winterhilfe IV. — 6) Per- sianer, Naturbisam, Silberfuchs. — 7) S 1938 = S 1948.

Wöchentlicher Mindest-Aufwand für die Lebenshaltung
auf Grund der Zuteilung für Arbeiterfamilien in Wien

Versorgungsperiode	Ohne Kind				Mit 1 Kind				Mit 2 Kindern			
	Ernährung		Gesamt		Ernährung		Gesamt		Ernährung		Gesamt	
	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%
Familie eines Arbeiters												
10. 13 Jänner bis 9. Februar 1946	5'62	100'0	19'45	100'0	8'24	100'0	22'20	100'0	10'77	100'0	25'97	100'0
24. 3. Februar bis 2. März 1947	9'17	163'2	39'09	201'0	15'74	191'0	45'79	206'3	21'43	199'0	52'98	204'0
25. 3. März bis 30. März 1947	13'31	230'8	50'82	261'3	19'64	238'3	57'29	258'1	25'65	238'2	65'31	251'5
31. März bis 27. April 1947	15'27	271'7	47'60	244'7	23'35	283'4	55'77	251'2	31'38	291'4	65'75	253'2
27. 28. April bis 25. Mai 1947	18'67	332'2	60'90	313'1	25'75	312'5	68'19	307'2	32'34	300'3	76'86	296'0
28. 26. Mai bis 22. Juni 1947	11'01	195'9	33'24	170'9	17'04	206'8	39'48	177'8	22'28	206'9	46'80	180'2
29. 23. Juni bis 20. Juli 1947	14'26	253'7	39'15	201'3	23'40	284'0	48'50	218'5	31'61	293'5	58'88	226'7
30. 21. Juli bis 17. August 1947	17'72	315'3	49'74	255'7	27'33	331'7	59'56	268'3	36'57	339'6	71'68	276'0
31. 18. August bis 14. September 1947	25'09	446'4	63'38	351'6	37'41	454'0	80'98	364'8	49'80	462'4	96'77	372'6
32. 15. September bis 12. Oktober 1947	25'12	447'0	66'29	340'8	37'06	449'8	78'50	353'6	48'61	451'3	93'44	359'8
33. 13. Oktober bis 9. November 1947	25'57	455'0	65'70	337'8	36'89	447'7	77'25	348'0	48'39	449'3	92'11	354'7
34. 10. November bis 7. Dezember 1947	23'47	417'6	65'39	336'2	33'81	410'3	75'96	342'2	42'88	398'1	88'39	340'4
35. 8. Dezember 1947 bis 4. Jänner 1948	29'65	527'6	67'78	348'5	45'96	557'8	84'32	379'8	61'82	574'0	93'54	398'7
36. 5. Jänner bis 1. Februar 1948	28'30	501'8	66'33	341'0	39'68	481'2	78'01	351'4	51'52	478'4	93'24	359'0
37. 2. Februar bis 29. Februar 1948	23'47	417'6	65'23	335'4	34'11	414'0	76'10	342'8	44'76	415'6	190'11	347'0
38. 1. März bis 28. März 1948	28'71	510'7	61'00	313'6	46'45	563'7	78'97	355'7	60'70	563'6	96'58	371'9
39. 29. März bis 25. April 1948	27'86	495'7	61'55	316'5	40'31	489'2	74'23	334'4	52'95	491'6	90'22	347'4
Familie eines Schwerearbeiters												
10. 13. Jänner bis 9. Februar 1946	6'69	100'0	20'52	100'0	9'31	100'0	23'27	100'0	11'85	100'0	27'05	100'0
24. 3. Februar bis 2. März 1947	11'16	166'8	41'08	200'2	17'74	190'5	47'79	205'4	23'43	197'7	54'98	203'3
25. 3. März bis 30. März 1947	15'43	230'6	52'94	258'0	21'77	233'8	59'42	255'4	27'77	234'3	67'43	249'3
31. März bis 27. April 1947	15'99	239'0	48'32	235'5	24'08	258'6	56'50	242'8	32'10	270'9	66'47	245'7
27. 28. April bis 25. Mai 1947	19'75	295'2	61'98	302'0	26'82	288'1	69'26	297'6	33'42	282'0	77'94	288'1
28. 26. Mai bis 22. Juni 1947	13'61	203'4	35'84	174'7	19'64	211'0	42'08	180'8	24'88	210'0	49'40	182'6
29. 23. Juni bis 20. Juli 1947	17'19	257'0	42'08	205'1	26'33	282'8	51'43	221'0	34'57	291'7	61'84	228'6
30. 21. Juli bis 17. August 1947	20'23	302'4	52'25	254'6	29'83	320'4	62'06	266'7	39'07	329'7	74'18	274'2
31. 18. August bis 14. September 1947	28'52	426'3	71'81	350'0	40'84	438'7	84'41	362'7	53'23	449'2	90'20	370'4
32. 15. September bis 12. Oktober 1947	28'30	423'0	69'47	338'5	40'24	432'2	81'68	351'0	51'79	437'0	96'62	352'2
33. 13. Oktober bis 9. November 1947	28'42	424'8	68'55	334'1	39'75	427'0	80'11	344'3	51'25	432'5	194'97	351'1
34. 10. November bis 7. Dezember 1947	27'45	410'3	69'37	338'1	37'79	405'9	79'94	343'5	46'86	395'4	92'37	341'5
35. 8. Dezember 1947 bis 4. Jänner 1948	33'16	495'7	71'29	347'4	49'47	531'4	87'83	377'4	65'33	551'3	97'05	395'7
36. 5. Jänner bis 1. Februar 1948	32'25	482'1	70'38	343'0	43'70	469'4	82'06	352'6	55'57	468'9	197'29	359'7
37. 2. Februar bis 29. Februar 1948	27'98	418'2	69'74	339'9	38'62	414'8	80'61	346'4	49'27	415'8	94'62	349'8
38. 1. März bis 28. März 1948	31'41	469'5	63'70	310'4	49'15	527'9	81'67	351'0	63'40	535'0	99'28	367'0
39. 29. März bis 25. April 1948	31'93	477'3	65'62	319'8	44'38	476'7	78'30	336'5	57'02	481'2	94'30	348'6

Die absoluten Lebenshaltungskosten enthalten lediglich die Aufwände für die zugeteilten Nahrungs- und Genußmittel (einschließlich Rauchwaren), ferner die Ausgaben für Wohnung Beheizung und Beleuchtung (nach dem zulässigen Verbrauch), Reinigung und Körperpflege, Bildung, Unterhaltung und für Verkehrsmittel. Dem Ernährungsaufwand sind die vom Marktamt der Stadt Wien festgesetzten Verbrauchspreise für billigere und teurere Sorten zugrunde gelegt. Für die Ermittlung der Aufwände wurden die durchschnittlichen Preise eingesetzt. Die Berechnung wurde angestellt für eine Familie: a) mit Arbeiterzusatzkarte und b) mit Schwerearbeiterzusatzkarte, in beiden Fällen für ein kinderloses Ehepaar sowie für Familien mit einem Kind (3-6 Jahre) und mit zwei Kindern (3-6 und 6-12 Jahre).

Lebenshaltungskostenindex¹⁾ nach dem Normalverbrauchsschema für eine 4köpfige Arbeiterfamilie in Wien
I. Entwicklungsmäßige Darstellung

Zeit	Aufwand in S (1 RM = 1 S) pro Woche für die gesamte Lebens- haltung	Aufwand für die Lebenshaltung nach Bedarfsgruppen (April 1945 = 100)								
		Gesamt ²⁾	Nahrungs- und Genuß- mittel ³⁾	Woh- nung ⁴⁾	Beheizung und Beleuchtung ⁵⁾	Beklei- dung ⁶⁾ 1)	Haushal- tungsgegen- stände ⁷⁾ 1)	Reinigung und Körper- pflege ⁸⁾	Bildung und Unter- haltung ⁹⁾	Verkehrs- mittel ¹⁰⁾
1938 April	62'51	117'7	117'9	150'0	181'4	74'2	141'2	115'2	97'8	152'1
1946 April	60'23	113'4	112'6	100'0	113'4	124'8	188'2	127'0	137'1	119'3
November	75'31	141'8	146'3	100'0	139'0	145'6	216'8	137'0	137'1	119'3
Dezember	76'34	143'7	148'4	100'0	139'0	145'6	238'7	134'8	137'1	119'3
1947 Jänner	77'24	145'4	150'1	100'0	139'0	149'9	238'7	134'8	138'2	119'3
Februar	82'01	154'4	150'5	100'0	233'8	162'4	247'1	134'8	138'2	151'7
März	88'26	166'2	156'0	102'7	253'1	203'3	275'6	134'8	146'2	151'7
April	89'62	168'7	158'2	102'7	253'1	204'6	322'7	134'8	146'2	151'7
Mai	100'05	188'4	164'6	110'4	253'1	288'3	331'1	191'0	154'9	151'7
Juni	100'42	189'1	164'8	110'4	253'1	290'6	331'1	191'0	158'9	151'7
Juli	138'37	260'5	275'3	110'4	253'1	336'0	398'3	191'0	161'1	151'7
August	159'84	301'0	322'2	123'7	363'1	336'0	452'9	221'9	193'1	214'7
September	181'62	342'0	333'6	123'7	398'3	483'6	552'9	334'3	247'6	233'2
Oktober	185'98	350'2	333'9	144'7	398'3	510'4	552'9	401'7	250'2	233'2
November	188'30	354'5	339'5	144'7	398'3	513'3	582'4	401'7	251'6	233'2
Dezember	189'61	357'0	343'9	144'7	398'3	513'3	582'4	401'7	251'6	233'2
1948 Jänner ¹²⁾	190'97	359'6	346'9	157'2	398'3	513'3	582'4	401'7	251'6	233'2
Februar ¹²⁾	191'04	359'7	347'1	157'2	398'3	513'3	582'4	401'7	251'6	233'2
März ¹²⁾	195'23	367'6	360'2	157'2	398'3	516'3	582'4	401'7	251'6	233'2
April	193'49	364'3	355'3	157'2	399'7	516'3	558'0	401'7	250'5	233'2
Mai	192'18	361'9	353'7	157'2	399'7	502'2	590'8	401'7	249'5	233'2

¹⁾ Zusätzliche Erhebungen von Gebrauchsgüterpreisen ermöglichten eine Neuberechnung der Lebenshaltungskosten auf breiterer Basis. — ²⁾ Vom Gesamtaufwand entfielen auf Nahrungs- und Genußmittel im April 1938 56'9%, im Mai 1948 55'5%, auf Wohnung im April 1938 8'8%, im Mai 1948 3'0%, auf Beheizung und Beleuchtung im April 1938 8'4%, im Mai 1948 6'0%, auf Bekleidung im April 1938 9'8%, im Mai 1948 21'6%, auf Haushaltsgegenstände, Reinigung und Körperpflege, Bildung und Unterhaltung, Verkehrsmittel im April 1938 16'1%, im Mai 1948 13'9%. — ³⁾ Ernährung: Dem Aufwand für Nahrungs- und Genußmittel wurden im wesentlichen die Mengenangaben der Haushaltstatistik der Wiener Arbeiterkammer für das Jahr 1935 zu Grunde gelegt. Auf die hier angenommene 4köpfige Familie (Mann, Frau, 9- und 12jähriges Kind) entfielen nach dem Schema Dr. S. Peller 3'22 Verbrauchseinheiten. Der Tagesverbrauch je VE beträgt rund 3000 Kalorien. Die verwendeten Kleinhandelspreise sind Durchschnittspreise aus den vom Marktamt der Stadt Wien um die Monatsmitte festgesetzten Verbrauchspreisen für billige und teure Sorten. — ⁴⁾ Wohnung: Der Aufwand hierfür umfaßt den Zins samt allen Abgaben für eine Mieterschutzwohnung. — ⁵⁾ Beheizung und Beleuchtung: Verbrauchsmengen, siehe II. Teil dieser Übersicht auf der folgenden Seite. — ⁶⁾ Bekleidung: Von dem hierfür aufgewendeten Betrag entfielen rund 50% auf Oberbekleidung, 25% auf Unterbekleidung und 25% auf Schuhe. — ⁷⁾ Haushaltsgegenstände: Ausgaben für Kochtöpfe, Teller, Gläser, Waschbecken, Glühbirnen usw. — ⁸⁾ Reinigung und Körperpflege: Aufwand für Seife, Haarschneiden und Bäder. — ⁹⁾ Bildung und Unterhaltung: Ausgaben für Tageszeitungen, Rundfunk, Fernsprech- und Briefpostgebühren, ferner für Kinokarten und den Schulbedarf der Kinder. — ¹⁰⁾ Verkehrsmittel: Straßenbahn- und Eisenbahnfahrten. — ¹¹⁾ Die Preisangaben stammen von repräsentativen Wiener Firmen. — ¹²⁾ Der Index wurde auf Grund endgültiger Preisfestsetzungen rückwirkend korrigiert.

Die Deckung der Lebensmittelrationen der Nichtselbstversorger in Österreich 1)

Versorgungsperiode	Deckung des Bedarfes	Mehl	Fleisch	Fett	Nährmittel	Hülsenfrüchte	Zucker	Kartoffeln
		Tonnen						
Ø 1946/1947 (t. VII 1946 bis 30. VI 1947)	Bedarf 2)	46 297	7 914	2 991	3 203	3 403	2 732	28 969
	davon: Eigenaufbringung 3)	14 715	4 603	1 318	1 578	469	1 604	25 917
	Ausländ. Lieferungen 4)	31 084	2 905	1 629	1 604	2 493	1 104	1 645
Ø 1947	Bedarf 2)	51 051	6 141	4 065	2 932	2 808	3 741	28 352
	davon: Eigenaufbringung 3)	12 589	4 972	1 445	1 747	361	1 898	24 767
	Ausländ. Lieferungen 4)	38 046	1 070	2 551	1 084	2 287	1 843	1 378
1947 25 Vers. Periode (3. III. — 30. III.)	Bedarf 2)	50 564	6 166	3 778	2 870	2 672	2 786	23 038
	davon: Eigenaufbringung 3)	17 248	5 461	2 058	2 481	77	2 320	23 038
	Ausländ. Lieferungen 4)	33 316	602	1 415	389	1 449	466	—
26 (31. III. — 27. IV.)	Bedarf 2)	50 564	6 166	3 778	2 870	2 672	2 786	23 040
	davon: Eigenaufbringung 3)	14 529	5 356	1 285	2 510	655	2 136	23 040
	Ausländ. Lieferungen 4)	35 878	810	2 460	225	1 456	650	—
27 (28. IV. — 25. V.)	Bedarf 2)	50 816	5 916	3 674	2 861	2 661	2 785	29 926
	davon: Eigenaufbringung 3)	9 021	4 501	1 204	2 356	171	1 680	24 467
	Ausländ. Lieferungen 4)	41 795	1 415	2 474	398	2 483	1 105	5 459
28 (26. V. — 22. VI.)	Bedarf 2)	51 034	5 839	3 646	2 875	2 661	2 789	29 806
	davon: Eigenaufbringung 3)	7 985	4 102	1 442	1 932	457	1 325	25 867
	Ausländ. Lieferungen 4)	41 817	1 482	2 204	943	2 204	1 464	—
29 (23. VI. — 20. VII.)	Bedarf 2)	51 244	5 847	3 642	2 876	2 661	2 792	29 811
	davon: Eigenaufbringung 3)	1 058	3 133	1 421	767	—	621	—
	Ausländ. Lieferungen 4)	50 186	2 299	1 957	2 109	2 661	2 171	11 597
30 (21. VII. — 17. VIII.)	Bedarf 2)	51 613	5 887	3 649	2 887	2 661	2 791	29 836
	davon: Eigenaufbringung 3)	—	3 163	1 349	423	31	658	26 917
	Ausländ. Lieferungen 4)	51 613	2 246	2 300	2 144	2 630	2 133	857
31 (18. VIII. — 14. IX.)	Bedarf 2)	52 111	5 962	3 690	2 993	2 665	5 150	30 078
	davon: Eigenaufbringung 3)	—	3 585	1 363	878	166	—	30 078
	Ausländ. Lieferungen 4)	52 111	2 352	2 277	1 733	2 490	5 150	—
32 (15. IX. — 12. X.)	Bedarf 2)	50 928	6 203	3 812	3 038	3 071	5 158	30 817
	davon: Eigenaufbringung 3)	14 675	6 133	1 413	730	99	1 244	30 817
	Ausländ. Lieferungen 4)	36 253	70	2 221	2 106	2 667	3 914	—
33 (13. X. — 9. XI.)	Bedarf 2)	51 462	6 499	3 897	3 068	3 182	5 208	31 824
	davon: Eigenaufbringung 3)	19 493	6 499	1 661	2 102	853	—	31 824
	Ausländ. Lieferungen 4)	31 577	—	2 209	966	2 324	5 208	—
34 (10. XI. — 7. XII.)	Bedarf 2)	51 001	6 454	5 298	3 090	3 115	5 380	31 889
	davon: Eigenaufbringung 3)	19 495	6 454	2 003	2 137	194	4 207	31 889
	Ausländ. Lieferungen 4)	31 506	—	3 295	950	2 921	1 173	—
35 (8. XII. 1947 — 4. I. 1948)	Bedarf 2)	51 213	6 410	5 327	3 089	3 160	5 401	32 059
	davon: Eigenaufbringung 3)	19 071	6 410	1 928	2 014	117	5 401	32 059
	Ausländ. Lieferungen 4)	31 328	—	3 399	984	2 990	—	—
1948 36 (5. I. — 1. II.)	Bedarf 2)	52 148	6 693	5 453	3 077	3 159	5 444	32 799
	davon: Eigenaufbringung 3)	14 687	6 693	3 100	1 413	310	5 444	32 799
	Ausländ. Lieferungen 4)	35 058	—	2 353	1 664	2 849	—	—
37 (2. II. — 29. II.)	Bedarf 2)	52 176	6 560	5 409	3 079	3 159	5 443	32 804
	davon: Eigenaufbringung 3)	17 091	5 545	3 179	1 408	635	4 221	32 804
	Ausländ. Lieferungen 4)	35 085	—	1 839	1 671	2 524	1 222	—
38 (1. III. — 28. III.)	Bedarf 2)	52 176	6 560	5 409	3 079	3 159	5 443	32 804
	davon: Eigenaufbringung 3)	18 757	5 935	2 836	1 456	964	3 232	32 804
	Ausländ. Lieferungen 4)	33 419	620	2 573	1 623	2 195	2 211	—
39 (29. III. — 25. IV.)	Bedarf 2)	52 673	6 280	5 230	3 123	3 218	5 446	32 095
	davon: Eigenaufbringung 3)	17 091	4 713	1 171	1 573	1 010	1 366	32 095
	Ausländ. Lieferungen 4)	35 582	10	3 336	1 550	2 208	4 150	—
40 (26. IV. — 23. V.)	Bedarf 2)	52 873	6 188	5 166	3 129	3 218	5 447	31 755
	davon: Eigenaufbringung 3)	12 255	3 823	980	1 554	801	1 296	21 248
	Ausländ. Lieferungen 4)	40 618	657	4 186	1 575	2 417	4 151	10 507

1) Zusammengestellt nach den Lebensmittelverteilungsplänen des Bundesministeriums für Volksernährung. Die Deckung des Bedarfes erfolgte je nach der Versorgungslage vielfach in anderen als den vorgesehenen Standardnahrungsmitteln. Diese Nahrungsmittel erscheinen in den ihrem Kalorienwert entsprechenden Mengen der Hauptnahrungsmittel auf — 2) Die zwischen Bedarf und der Summe von Eigenaufbringung und anderen Lieferungen sich ergebende Fehlmenge blieb ungedeckt. — 3) Einschließlich Aufbringung der österreichischen Nahrungsmittelindustrie. — 4) UNRRA-Lieferungen, Lieferungen aus der USA-Hilfe, Canada-Hilfe, kommerzielle Einfuhren (einschließlich Lieferungen aus der 10-Millionen-Pfund-Hilfe), Zuschüsse der Besatzungsmächte.

Entwicklung der Verbrauchergruppen in Wien 1)

Zeit	Alt-Wien 2)								Groß-Wien 3)					
	Verbrauchergruppe								Darunter					
	bis 1 1/2 Jahre	1 1/2 bis 3 Jahre	3 bis 6 Jahre	6 bis 12 Jahre	12 bis 18 Jahre	über 18 Jahre	Ins-gesamt	darunter männl.	Ins-gesamt	männl.	An-gestellte	Ar-beiter	Schwer- arb. 4)	Mütter
1947 5. I.	20 517	27 398	59 140	77 301	74 864	1,238 590	1 497 810	633 223	1,691 519	717 887	230 740	384 981	156 602	25 209
2. II.	20 603	27 178	58 980	77 896	74 305	1,238 677	1 497 639	634 562	1,691 380	719 438	230 482	386 448	158 843	26 691
2. III.	21 100	26 630	59 324	77 934	73 621	1,234 213	1 492 822	631 466	1,686 713	716 477	231 634	383 351	158 640	26 832
30. III.	21 144	26 004	59 370	78 987	74 975	1,235 973	1 495 553	633 364	1,680 549	718 468	232 907	381 151	159 021	26 325
27. IV.	21 592	25 378	59 358	79 869	73 839	1,237 987	1 498 023	637 645	1,692 671	721 818	233 292	388 325	161 719	25 922
25. V.	22 110	24 266	58 478	80 335	73 959	1,232 589	1 490 837	635 262	1,686 783	719 919	235 217	391 149	163 409	25 783
22. VI.	22 544	22 897	56 473	79 650	71 491	1,213 866	1 466 921	626 179	1,662 726	710 823	236 883	390 960	163 722	25 980
20. VII.	22 730	20 722	52 690	68 996	61 538	1,157 458	1 384 194	589 952	1,576 655	673 547	237 907	292 470	165 367	25 720
17. VIII.	23 607	20 165	52 520	69 494	60 611	1,145 834	1 372 231	583 536	1 565 067	667 421	237 392	390 477	166 801	24 524
14. XI.	25 361	20 818	55 062	81 552	68 856	1,210 519	1 463 168	619 836	1 659 116	704 695	221 677	391 585	169 437	24 927
12. X.	26 467	20 680	58 075	87 738	72 651	1 247 130	1 513 047	644 533	1 711 966	731 291	218 859	396 039	170 909	25 278
9. IX.	27 218	20 433	58 586	90 088	73 045	1 259 418	1 528 788	651 546	1 728 600	738 763	238 415	400 137	172 688	25 035
7. XII.	27 449	19 915	58 549	91 415	73 166	1 266 543	1 537 031	656 760	1 737 257	743 484	240 715	404 409	173 425	24 471
1948 4. I.	27 709	19 830	58 459	91 424	73 302	1 260 863	1 530 587	653 911	1 730 613	741 715	243 170	407 220	171 816	24 512
1. II.	27 506	19 679	58 387	92 148	71 459	1 265 592	1 534 771	660 181	1 734 617	748 347	243 446	395 722	171 853	23 952
12. X.	26 804	19 685	58 087	93 173	70 461	1 264 398	1 532 608	659 179	1 732 795	747 216	208 532	444 067	166 548	23 276
28. III.	26 563	19 843	57 711	93 802	70 197	1 263 147	1 531 263	658 521	1 731 897	746 857	201 857	444 926	177 432	22 830
25. IV.	45 843	—	57 209	93 675	69 740	1 266 333	1 532 800	660 071	1 734 089	748 636	216 443	423 916	181 753	22 387

1) Nach Angaben des Haupternährungsamtes. Einschließlich Gemeinschaftsverspflegte und Kranke — 2) 21 Bezirke. — 3) Groß-Wien: Alt-Wien, Neu-Wien (Teile der Bezirke 14a, 22, 23, 25) und von Niederösterreich versorgte Randgebiete (Teile der Bezirke 14a, 22, 23, 25 und Bezirke 24 und 26). — 4) Schwerarbeiter und Schwerstarbeiter

Die österreichische Milchwirtschaft¹⁾

Zeit	Milcherzeugung ²⁾		Verwendung der Milcherzeugung ²⁾				Trinkmilchabsatz ²⁾		Belieferung Wiens		
			Marktleistung		in % des vorgegebenen Kontingentes	Selbstverbrauch im Haushalt des Erzeugers		Vollmilch ³⁾	Magermilch	Vollmilch	Magermilch
	insg in Tonnen	je Kuh täglich in kg	insg in Tonnen	je Kuh täglich in kg		Verfütterung	Frischmilchverbrauch				
1937	196 043	5 32	115 446	3 23		32 316	48 309	50 298		19 405	4 935
1943	160 938	4 09	96 124	2 52		19 683	45 357	18 841			
1946	105 814	3 17	42 445	1 24	73,22	18 583	27 370	11 840	13 631	9 626	2 898
1947									16 159	7 349	3 348
1948 XII			37 287	1 09				17 202	17 768	2 135	1 629
I	100 828	3 00	39 608	1 18	89,64	20 060	25 009	10 571	16 365	18 367	3 568
II	91 857	3 03	35 109	1 16	82,21	18 054	23 066	9 576	15 281	6 865	2 744
III	98 417	2 93	38 203	1 14	84,29	20 134	24 283	10 482	16 385	7 591	3 211
IV	95 432	2 94	34 249	1 05	77,90	19 683	24 887	10 074	15 373	5 962	2 892
V	104 017	3 11	40 300	1 20	66,59	20 349	26 664	12 170	16 281	7 602	3 632
VI	105 446	3 30	40 123	1 23	69,66	20 826	27 261	12 635	15 888	6 863	3 315
VII	105 587	3 20	38 670	1 15	68,45	20 314	27 684	13 157	15 973	6 283	2 885
VIII	102 838	3 11	39 972	1 19	74,07	19 466	27 259	12 716	16 476	6 061	3 147
IX	98 454	3 09	37 816	1 16	67,68	17 931	26 183	12 070	16 310	6 408	3 369
X	98 230	2 99	38 318	1 14	63,25	17 659	26 423	11 680	16 851	6 361	3 979
XI	89 769	2 85	32 689	1 00	65,19	17 584	24 475	10 699	16 096	5 170	3 953
XII			31 366	0 93	69,42				16 628	4 652	3 582
1948 I			34 236	1 09	96,81				16 390	5 982	3 706
II			33 065	1 12	106,65				15 980	5 468	3 552
III			33 073	1 05	102,21				16 859	5 158	3 733

¹⁾ Nach den Angaben des Statistischen Zentralamtes und des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes — ²⁾ Ohne Vorarlberg. — ³⁾ Absatz ab Hof und durch die Milchgenossenschaften und Molkereien. — ⁴⁾ Werkmilch.

Ernte und Ablieferung wichtiger Feldfrüchte¹⁾

Wirtschaftsjahr	Brotgetreide ¹⁾	Gerste	Hafer	Mais	Kartoffeln
Ernteertrag in 1000 q					
1939/40	9 463	2 865	3 603	1 183	27 648
1940/41	9 977	2 798	3 436	1 345	26 053
1941/42	7 301	2 338	2 855	1 248	26 021
1942/43	5 460	2 218	2 714	1 158	22 515
1943/44	6 991	2 147	3 024	975	17 728
1946/47	4 720	1 124	1 881	853	15 328
1947/48	3 857	943	1 731	605	11 283
Ablieferung in % der Ernte					
1939/40	37 1	28 8	11 3		
1940/41	25 9	32 3	21 2		
1941/42	40 6	21 6	21 2		24 6
1942/43	49 3	47 0	19 8		24 6
1943/44	51 2	30 5	20 1	33 0	25 6
1946/47	39 7	23 8	11 6	17 4	34 6
1947/48	62 2	47 9	20 2	38 3	53 2
Ablieferung je ha Anbaufläche in q					
1939/40	6 0	5 1	1 6		
1940/41	3 2	5 0	2 9		
1941/42	5 8	3 4	2 7		31 6
1942/43	5 9	6 9	2 5		26 9
1943/44	7 9	5 0	2 9	6 0	
1946/47	4 4	2 3	1 1	2 8	34 0
1947/48	5 9	4 4	1 8	4 7	43 2
Vorgeschriebene Ablieferungskontingente in 1000 q					
1946/47	1 867	297	337	200	5 800
1947/48	2 400	452	349	232	6 000
Ablieferungsstand in % der Kontingente					
31 XII 1947	76 4	66 3	29 2	6 7	86 0
31 I	86 1	77 4	41 6	17 6	87 6
28 II	89 9	79 9	44 1	34 9	88 3
31 III	93 6	83 8	49 3	41 6	88 8
30 IV	97 1	87 1	51 5	45 6	90 0
31 V	99 6	89 3	52 9	51 4	90 9
31 X	34 1	34 0	18 1	24 7	45 6
30 XI	49 5	47 8	34 9	47 0	59 5
31 XII	56 7	53 8	44 5	60 0	62 0
31 I 1948	62 1	58 3	52 6	67 8	63 6
29 II	63 4	59 9	55 5	70 1	64 1
31 III	64 2	61 0	57 4	71 1	64 7
30 IV	64 8	62 1	58 1	71 6	65 4

¹⁾ Nach den Angaben des Statistischen Zentralamtes sowie des Getreide- und des Kartoffelwirtschaftsverbandes. — ²⁾ Weizen und Roggen. — ³⁾ Schätzung — ⁴⁾ Einschließlich des Notopters. — ⁵⁾ Vorläufige Ziffern.

Ablieferung sonstiger wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse¹⁾

Zeit	Butter	Käse	Topfen	Eier	Rindertalg	Ölsaaten
	Tonnen			1000 St.	Tonnen	
1946 ²⁾	1 311	405	187	5 938	108	443
1947	1 020	184	181		106	103
1948 ²⁾						
I	1 379	418	254	162	108	438
II	1 238	389	215	1 389	92	414
III	1 264	484	184	7 598	97	409
IV	1 102	474	150	11 682	95	234
V	1 395	571	231	15 249	106	168
VI	1 370	281	226	10 685	92	162
VII	1 338	265	158	8 646	100	702
VIII	1 408	238	157	8 727	99	119
IX	1 410	243	181	4 119	94	476
X	1 624	296	209	2 190	145	260
XI	1 204	176	151	503	141	527
XII	994	179	125	309	127	249
1947 I	1 049	203	174	197	115	139
II	894	210	131	602	92	97
III	980	231	139	7 121	105	58
IV	803	142	102	18 183	102	80
V	1 046	254	178	23 967	105	39
VI	1 017	208	194	12 494	64	69
VII	973	236	218	9 991	74	49
VIII	1 003	165	238		77	368
IX	1 989	201	282		105	191
X	1 012	153	225		140	196
XI	782	99	169		158	147
XII	694	109	118		133	76
1948 ²⁾						
I	805	136	157	716	128	131
II	797	147	134	4 233	93	108
dav : Wien				20	15	
N.-Ö	165	1	55	1 117	27	38
Bgl	9		1	210	1	5
O.-Ö	320	44	71	1 110	16	2
Slzbg	43	47	1	235	3	
Stmk	144		6	1 230	20	45
Kärnt.	21	0		172	9	18
Tirol	95	55		138	2	
III	749	158	125	11 749	110	114
dav : Wien				159	19	
N.-Ö	151	1	60	4 399	36	32
Bgl	10		1	782	2	8
O.-Ö	284	40	57	3 040	11	3
Slzbg	47	50	1	356	2	
Stmk	122	0	7	2 067	24	53
Kärnt.	24		0	598	13	19
Tirol	112	67		347	3	

¹⁾ Nach Angaben des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes — ²⁾ Einschließlich Vorarlberg. — ³⁾ Ohne Vorarlberg.

Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr und Verbrauch elektrischen Stromes 1)

Zeit, Gebiet	Laufwasser ²⁾		Speicher ²⁾		Dampf ²⁾		Erzeugung ⁴⁾		Einfuhr		Ausfuhr		Umsatz ⁵⁾		Verbrauch ⁶⁾	
	Mill. kWh	%	Mill. kWh	%	Mill. kWh	%	Mill. kWh	%	Mill. kWh	%	Mill. kWh	%	Mill. kWh	%	Mill. kWh	%
a) Seit Jänner 1946																
1946 I	137 52	100 00	81 46	100 00	28 82	100 00	247 81	100 00	12 86	100 00	63 28	100 00	197 40	100 00	193 90	100 00
1947 I	138 29	100 56	72 28	88 72	41 66	144 56	252 24	101 79	24 33	189 14	53 71	84 88	222 86	112 90	216 52	111 67
1946 II	106 48	77 43	57 19	70 20	31 94	110 82	195 61	78 94	26 76	208 03	24 15	38 16	198 22	100 42	194 61	100 37
1946 III	143 73	104 51	63 51	77 96	19 94	69 19	227 19	91 68	18 27	141 99	36 05	56 07	209 40	106 08	207 55	107 04
1946 IV	161 67	117 56	63 64	78 12	8 55	29 05	233 86	94 37	7 92	7 17	46 04	72 75	188 74	95 62	180 74	93 21
1946 V	176 53	128 36	91 15	111 89	7 34	25 45	275 01	110 98	0 27	2 11	90 91	143 66	184 38	93 40	177 44	91 51
1946 VI	149 09	108 85	104 87	128 73	6 86	23 80	261 42	105 49	0 92	7 16	95 20	150 44	167 14	84 67	165 86	85 54
1946 VII	159 30	115 83	163 66	200 89	4 75	16 47	327 70	132 24	1 28	9 96	142 01	224 41	186 98	94 72	182 89	94 32
1946 VIII	156 66	113 92	117 65	144 42	15 71	54 51	290 03	117 04	0 76	5 89	97 01	153 31	193 77	98 16	189 71	97 84
1946 IX	151 75	110 34	91 33	112 11	26 38	91 54	269 46	108 74	6 52	50 65	82 49	130 36	193 48	98 02	190 09	98 04
1946 X	114 00	82 89	62 40	76 60	55 15	191 35	231 55	93 44	5 16	40 09	37 33	59 00	199 37	101 00	207 93	107 24
1946 XI	117 29	85 28	56 93	69 88	46 38	160 93	220 59	89 02	28 06	218 12	44 47	70 28	204 18	103 44	200 44	103 37
1946 XII	96 81	70 40	64 63	79 34	64 26	222 98	225 71	91 08	29 59	230 01	44 47	70 27	210 83	106 81	205 56	106 01
1947 I	80 68	58 66	45 54	55 90	66 63	231 20	192 84	77 82	30 71	238 73	27 44	43 36	196 12	99 35	191 21	98 61
1947 II	72 95	53 04	37 44	45 96	63 82	221 44	174 20	70 30	26 94	209 38	20 96	33 12	180 18	91 28	174 65	90 07
1947 III	141 82	113 12	49 45	60 70	32 46	112 63	223 73	90 28	18 09	140 60	18 38	29 04	223 44	113 19	217 31	112 07
1947 IV	180 04	130 91	70 19	86 16	10 83	37 56	261 05	105 34	9 05	75 03	40 62	64 19	230 01	116 56	223 20	115 11
1947 V	191 81	139 47	99 76	122 46	12 11	42 01	303 67	122 54	14 24	110 65	77 16	121 94	240 75	121 96	232 78	120 05
1947 VI	178 75	129 98	113 95	139 88	10 86	37 68	303 56	122 50	19 43	151 06	95 34	150 67	227 65	115 33	219 84	113 38
1947 VII	193 27	140 54	119 73	146 97	6 67	23 13	319 68	129 00	14 16	110 03	94 03	148 58	239 80	121 48	230 34	118 79
1947 VIII	158 25	115 07	126 29	155 03	29 61	102 75	314 16	126 77	24 51	190 54	116 84	184 64	221 83	112 38	218 32	112 56
1947 IX	120 68	87 75	59 94	73 58	58 20	201 90	238 82	96 37	23 08	185 13	58 00	91 65	203 90	103 29	198 08	102 19
1947 X	93 45	67 95	52 90	64 93	83 02	288 07	229 37	92 56	40 99	318 62	44 64	70 85	225 72	114 35	220 88	113 92
1947 XI	117 00	85 08	41 94	51 48	58 12	201 66	217 05	87 59	34 76	270 18	22 66	35 80	229 16	116 09	223 06	115 04
1947 XII	130 84	95 14	50 23	61 65	67 61	234 61	248 68	100 35	35 44	275 44	28 44	44 95	255 68	129 53	248 62	128 22
1948 I	150 88	109 71	60 65	74 45	33 71	116 97	245 24	98 96	45 74	355 52	30 74	48 58	260 23	131 83	252 58	130 26
1948 II	143 57	104 40	92 80	114 03	31 35	108 79	267 82	108 08	44 10	342 77	58 06	91 76	253 85	128 60	246 88	127 32
1948 III	177 10	128 78	78 58	96 22	32 17	111 61	287 65	116 09	50 89	395 56	61 32	96 91	277 22	140 44	270 82	140 32
1948 IV	203 76	148 16	73 45	90 16	22 12	76 74	299 33	120 77	44 10	342 79	69 55	109 91	273 88	138 75	266 90	137 65

b) Im März 1948 nach Bundesländern

Ort	Laufwasser ²⁾	Speicher ²⁾	Dampf ²⁾	Erzeugung ⁴⁾	Einfuhr	Ausfuhr	Umsatz ⁵⁾	Verbrauch ⁶⁾
Wien	10 64	6 01	—	13 52	42 03	24 16	8 40	—
N.-Ö. 1)	9 45	5 34	3 72	4 75	0 33	1 03	13 50	4 69
O.-Ö.	40 33	22 77	19 69	25 12	9 80	69 82	24 27	48 83
Salzburg	4 13	2 33	7 82	9 98	—	11 95	4 16	0 69
Stmk. 1)	34 10	19 26	2 49	3 18	8 52	26 48	15 69	—
Kärnten 1)	29 33	16 56	0 71	0 90	—	30 04	10 44	—
V.-Netze 1)	127 98	72 27	34 43	43 93	32 17	100 00	194 59	67 65
Tirol	38 80	21 91	13 20	16 84	—	52 00	18 08	0 27
Vorarlbg.	10 31	5 82	30 75	39 23	—	41 06	14 27	1 10
Summe	177 10	100 00	78 38	100 00	32 17	100 00	287 65	100 00
1947	141 82	80 08	49 45	63 09	32 46	100 90	223 73	77 78
1946	143 73	81 16	63 51	81 02	19 94	61 98	227 19	78 98

1) Nach der Statistik des Bundeslastverteilers. (Nur öffentliche Elektrizitätsversorgungsunternehmen, ohne Bahnkraftwerke und industrielle Eigenanlagen.) Die den einzelnen Landeslastverteilern unterstellten Gebiete decken sich nicht immer mit den Bundesländern: Niederösterreich umfaßt hier auch das nördliche Steiermark das südliche Burgenland, zu Kärnten rechnet Osttirol. — 2) bzw. 3) Strom aus 2) Wasserkraftwerken (Laufwasser- bzw. Speicher-Werke) und aus 3) kalorischen Werken. — 4) Gesamte Stromerzeugung der Laufwasser-, Speicher- und Dampfkraftwerke. — 5) Erzeugung plus Einfuhr minus Ausfuhr — 6) Einschließlich Verluste — 7) Zum Verbundnetz (V-Netz) zählen nicht Tirol und Vorarlberg. — 8) Gleicher Monat des Jahres 1947 bzw. 1946.

Kohlenförderung nach Bundesländern 1)

Zeit	Steinkohle			Braunkohle						Steinkohle		Braunkohle		Insgesamt 2)		
	N.-Ö.	O.-Ö.	Tirol	N.-Ö.	Bgl.	O.-Ö.	Stmk.	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	insgesamt	% 3)	insgesamt	% 3)	i	% 3)
	Tonnen															
1929	17 335	—	—	28 682	28 494	50 609	169 582	12 942	3 425	—	17 335	90 36	293 733	108 73	164 201	106 45
1937	19 185	—	—	19 787	8 101	49 789	175 150	13 617	3 703	—	19 185	100 00	270 147	100 00	154 259	100 00
1946	8 362	335	330	1 991	2 755	51 050	129 657	12 571	1 825	329	9 028	47 06	200 177	74 10	109 116	70 74
1947	13 671	651	524	2 719	4 274	57 339	156 471	12 877	1 885	763	14 846	77 38	236 327	87 48	133 010	86 23
1946 XI	11 479	469	356	2 574	2 808	52 868	128 497	12 774	2 677	392	12 284	64 03	202 680	75 03	113 624	73 66
1946 XII	11 415	435	351	2 572	2 726	52 054	128 253	12 951	2 048	419	12 201	63 60	201 023	74 41	112 712 5	73 07
1947 I	12 678	572	518	3 025	3 640	58 505	152 650	12 916	2 455	751	13 768	71 76	233 942	86 60	130 739	84 75
1947 II	11 849	768	511	2 569	3 532	54 934	146 166	11 660	1 792	757	13 128	68 43	221 450	81 96	123 853	80 29
1947 III	14 300	751	619	2 720	4 245	62 862	170 079	14 987	2 050	884	15 670	81 68	257 827	95 44	144 589 5	93 73
1947 IV	13 194	548	577	2 650	4 208	55 078	158 849	13 078	2 006	775	14 319	74 64	232 644	82 79	146 141	81 77
1947 V	13 331	633	386	2 354	4 658	51 926	137 894	11 589	1 676	668	14 350	74 80	210 765	78 02	119 732 5	77 62
1947 VI	13 528	344	330	2 536	4 495	53 066	146 813	12 730	2 190	601	14 502	75 59	222 431	82 34	125 717 5	81 50
1947 VII	14 786	748	692	2 599	4 035	58 447	157 058	13 859	2 023	736	16 026	83 53	238 760	88 38	135 406	87 78
1947 VIII	13 848	586	512	2 700	4 497	56 079	149 208	11 710	1 612	736	14 582	76 01	226 542	83 86	127 853	82 88
1947 IX	14 166	481	517	2 507	3 507	59 360	158 075	12 404	1 538	865	15 104	78 73	238 306	88 21	134 257	87 03
1947 X	15 343	690	502	3 071	4 210	61 157	162 419	12 824	2 030	859	16 535	86 19	246 570	91 27	139 820	90 64
1947 XI	13 693	1 011	528	2 936	5 213	58 085	175 783	13 457	1 690	774	15 232	79 40	257 938	95 48	144 201	93 48
1947 XII	13 756	675	501	2 958	5 043	58 533	175 653	13 311	1 508	741	14 932	77 83	257 747	95 41	143 805 5	93 22
1948 I	13 962	718	516	3 487	6 502	60 259	190 673	15 961	1 575	817	15 196	79 21	279 274	103 38	154 833	100 37
1948 II	13 090	853	512	3 067	5 207	57 279	188 211	15 615	1 459	675	14 455	75 35	271 513	100 51	150 212	97 38

Kohleneinfuhr Österreichs nach Herkunftsländern¹⁾

Table with columns for Year, Coal Type (Steinkohle, Braunkohle, Koks), and Origin (Insgesamt, D R, CSR, Polen, Übrige). Rows include years 1929-1947 and 1948 I-IV.

1) Statistik der Obersten Bergbehörde (im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau) — 2) Umgerechnet auf Steinkohlenbasis (1 t Steinkohle = 1 t Koks = 2 t Braunkohle oder Braunkohlenbriketts). — 3) Einschließlich Saar.

Versorgung Österreichs mit Kohle

Table showing coal supply distribution by consumer groups (Verkehr, Strom-erzeugung, Gas-erzeugung, Industrie, Koks, Haus-brand, Besatzung) and origin (Inland, Ausland). Rows include years 1929-1947 and 1948 I-IV.

1) Statistik der Obersten Bergbehörde (im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau). Die Angaben erfolgen auf Steinkohlenbasis (1 t Steinkohle = 1 t Koks = 2 t Braunkohle oder Braunkohlenbriketts). — 2) Statistik der Österr. Kohlenstelle. Unter Berücksichtigung des (aus ausländischer Kohle erzeugten) Gas- bzw. Hüttenkoks. — 3) Aus der österreichischen Förderung gelieferte Menge, ohne Eigenbedarf des Kohlenbergbaues und ohne inländischen Gas- und Hüttenkoks. — 4) Siehe Fußnote 1). — 5) Einschließlich Kleingewerbe.

Kohlenbelieferung wichtiger Industriezweige¹⁾²⁾
[auf Steinkohlen-Basis³⁾ umgerechnet]

Table showing coal supply for key industrial sectors (Baustoff-Ind, Glas-Industrie, Eisen- u Metall-Industrie, Leder-Ind, Textil-Ind, Papier-Ind, Chem. Ind, Nahrungsmittel-Industrie). Rows include years 1929-1947 and 1948 I-IV.

1) Nach den Ausweisen der Bewirtschaftungsstelle für Brennstoffe (im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau). — 2) Einschließlich der Belieferung mit Gas- und Hüttenkoks, der im Inland aus eingeführter Steinkohle erzeugt wurde. — 3) 1 t Steinkohle = 1 t Koks = 2 t Braunkohle oder Braunkohlenbriketts. — 4) Einschließlich Elektroindustrie — 5) Ledererzeugung und Lederverarbeitung. — 6) Textil- und Bekleidungsindustrie. — 7) Papiererzeugung und Papierverarbeitung. — 8) Einschließlich Zellwollerzeugung und Stickstoffwerke — 9) Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Bergbau und Salinen¹⁾

Zeit	Eisenerz		Blei- zinkerz	Kupfer- erz	Anti- monerz	Graphit	Salzsole	Sudsalz	Stein- salz	Schwe- felerz	Ülschie- fer	Schwer- spat	Kaolin	Tal- kum	Farb- erde	Eisen- glimmer	
	t	o/o															Tonnen
1929	157 615	100 35	9 585	11 260	941	2 108	46 261	6 775	253	—	51	25	—	—	—	89	134
1937	157 058	100 00	9 396	602	170	1 513	44 786	6 674	76	—	55	71	—	—	—	94	199
1946	38 342	24 41	1 599	460	67	21	43 307	6 547	46	319	220	68	3 934	1 786	—	53	11
1947	73 738	46 95	4 042	1 414	224	370	48 218	6 701	362	521	144	161	6 356	2 101	319	34	—
1946 XI	74 230	47 26	3 203	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII	48 571	30 93	2 442	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1947 I	53 097	33 80	1 899	912	317	113	9 620	4 774	92	538	247	153	—	—	930	113	37
II	24 025	15 30	964	1 218	42	120	14 227	5 118	444	542	72	195	2 016	674	189	28	—
III	29 903	19 04	3 943	1 423	75	170	8 300	5 768	434	560	220	178	6 589	1 283	91	27	—
IV	58 910	37 51	3 747	1 400	37	149	18 530	6 110	476	457	113	178	7 245	1 784	98	33	—
V	78 168	49 77	5 231	1 546	—	102	50 525	6 808	683	520	134	192	6 852	2 436	297	41	—
VI	91 925	58 53	5 202	1 628	90	384	85 473	7 360	664	451	233	180	6 389	2 488	499	26	—
VII	99 393	63 28	2 631	1 415	394	450	38 864	9 197	754	607	74	8	8 593	2 994	425	45	—
VIII	90 841	57 84	4 184	2 004	281	720	87 840	7 814	413	397	64	70	10 061	2 457	546	37	—
IX	91 121	58 02	4 091	1 008	390	541	34 602	7 760	175	425	65	141	9 145	1 684	482	26	—
X	104 916	66 80	5 251	1 584	408	481	49 314	6 060	70	498	71	213	7 608	2 683	449	40	—
XI	87 816	55 91	4 526	1 511	300	567	88 116	6 488	110	615	220	210	4 707	3 139	510	39	—
XII	74 741	47 59	6 240	1 313	349	640	93 198	6 978	28	639	219	217	7 065	2 661	282	30	—
1948 I	102 291	65 13	8 021	1 453	394	935	56 350	8 564	29	680	115	333	7 965	3 891	150	82	—
II	86 715	55 21	6 758	1 673	400	917	20 129	7 794	98	306	74	213	7 123	3 042	167	38	—
III	108 089	68 82	6 220	3 526	399	842	34 967	7 957	74	563	57	139	8 698	3 575	129	48	—
IV	108 538	69 11	8 077	4 018	442	937	52 376	8 580	73	595	58	293	15 173	3 658	104	65	—

1) Statistik der Obersten Bergbehörde (im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau).

Hüttenwerke¹⁾

Zeit	Roheisen		Rohstahl		Walzwaren insges.		Form- stahl	Stab- stahl	Band- stahl	Walz- draht	Bleche	Bahn- Ober- bau ²⁾	Sonstige Walz- waren	Stahl- form- guß ³⁾	Preß u Ham- mer ⁴⁾	
	t	o/o	t	o/o	t	o/o										Tonnen
1929	38 520	118 79	52 661	97 26	37 422	105 11	—	5 314	—	—	4 426	4 491	—	—	969	608
1937	32 427	100 00	54 143	100 00	35 604	100 00	—	7 375	—	—	3 975	7 133	—	—	619	558
1946	4 822	14 87	15 584	28 78	10 181	28 60	—	—	—	—	—	—	—	160	460	
1947	23 209	71 57	29 717	54 89	19 854	55 76	1 108	6 569	1 282	3 630	5 890	1 023	215	715	616	
1946 XI	15 130	46 66	25 173	46 49	13 248	37 21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
XII	10 211	31 49	16 826	31 08	9 727	27 32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1947 I	11 713	36 12	13 180	24 34	8 136	22 85	464	3 103	484	1 850	2 070	126	127	169	136	
II	745	2 30	13 601	25 29	12 002	33 71	1 069	4 665	144	1 490	3 484	1 123	—	176	144	
III	598	1 57	20 576	38 01	18 425	51 75	849	6 131	794	3 720	5 203	1 338	294	534	346	
IV	12 147	37 61	31 196	57 62	21 320	59 88	887	6 636	1 287	3 495	6 527	1 699	666	837	649	
V	16 140	49 77	29 357	54 22	19 784	55 56	1 167	5 981	2 326	3 291	5 462	1 368	133	854	634	
VI	19 168	59 11	28 612	52 84	17 483	49 11	1 167	5 325	898	4 021	5 015	929	72	847	756	
VII	33 599	104 02	38 396	70 92	23 973	67 33	1 033	7 205	1 822	3 910	7 353	2 317	238	959	874	
VIII	35 471	109 82	34 355	63 45	20 473	57 50	773	7 577	1 189	4 203	4 901	1 269	101	715	723	
IX	39 339	121 32	34 157	63 09	24 315	68 29	1 158	8 217	1 214	4 588	7 728	802	470	699	669	
X	40 084	124 10	36 826	68 01	24 945	70 06	2 310	8 102	1 690	4 691	8 127	274	122	853	864	
XI	36 468	112 90	35 779	66 08	24 101	67 69	1 537	7 709	1 555	4 338	7 451	387	246	958	935	
XII	33 123	102 55	40 484	72 93	23 292	65 42	879	8 179	1 984	3 966	7 266	648	117	982	667	
1948 I	40 835	125 93	47 039	86 88	29 096	81 72	1 272	8 651	1 256	6 151	8 933	2 185	462	917	1 195	
II	42 527	131 66	46 766	86 37	27 129	76 20	888	9 835	1 174	5 794	7 106	2 011	217	881	1 111	
III	44 725	138 47	49 426	91 29	27 584	77 47	995	8 820	1 594	6 063	8 478	1 183	359	1 101	1 173	
IV	45 891	142 08	49 551	91 52	31 476	88 41	1 709	11 468	1 100	5 881	9 102	1 907	109	1 183	1 289	

1) Statistik des Verbandes der eisenerzeugenden Industrie. — 2) Eisenbahnoberbaustoffe — 3) Zum Teil bereits in der Rohstahlerzeugung enthalten. — 4) Preß- und Hammerwerks-Erzeugnisse.

Metallhütten¹⁾

Zeit	Blei		Aluminium		Blei- konzentrate		Zink- konzentrate	
	t	o/o	t	o/o	t	o/o	t	o/o
1929	547	60 62	333	100 00	—	—	—	—
1937	903	100 00	333	100 00	740	100 00	431	100 00
1946	373	41 29	86	25 83	121	16 35	125	29 00
1947	316 25	35 02	379	113 81	179 75	24 29	204 83	47 52
1946 X	603	66 78	410	123 12	260	35 14	250	55 00
XI	644	71 32	—	—	300	40 55	275	63 87
XII	511	56 59	—	—	190	25 68	155	35 96
1947 I	190	21 04	—	—	—	—	—	—
II	—	—	—	—	—	—	—	—
III	2	9 22	—	—	90	12 16	40	9 28
IV	753	83 39	460	138 14	510	68 92	600	139 21
V	326	36 10	1 059	318 02	440	59 46	530	122 97
VI	328	36 32	888	266 67	140	18 92	230	53 36
VII	286	31 07	951	285 59	50	6 76	120	27 84
VIII	446	49 39	887	266 37	180	24 32	230	53 36
IX	557	61 68	98	29 43	180	24 32	220	51 04
X	294	32 56	98	29 43	380	51 35	180	41 76
XI	186	20 60	50	15 02	70	9 46	132	30 63
XII	427	47 29	53	15 92	117	15 81	176	40 84
1948 I	464	51 38	54	16 22	—	—	—	—
II	501	62 13	51	15 32	21	2 84	195	45 24
III	665	73 64	291	87 39	121	16 35	102	23 67

1) Angaben der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Magnesitindustrie¹⁾

Zeit	Rohmagnesit		Sintermagnesit		Kautsch. gebr. Magnesit		Magnesit- steine	
	t	o/o	t	o/o	t	o/o	t	o/o
1930	26 715	80 58	10 352	113 39	2 886	73 43	3 423	67 90
1937	33 154 8	100 00	9 128 3	100 00	3 930 1	100 00	5 042 0	100 00
1946	7 637 3	23 04	2 052 6	22 49	2 003 6	50 98	2 263 1	44 88
1947	18 482 7	55 75	6 318 9	69 23	2 578 0	65 60	4 814 3	95 48
1946 XI	16 569	49 97	5 004	54 82	1 998	48 57	4 053	80 38
XII	10 423	31 44	1 417	15 52	1 761	44 81	4 240	84 10
1947 I	15 321	46 21	2 518	27 59	403	10 25	3 549	70 39
II	10 015	30 21	2 115	23 18	844	21 48	3 828	75 92
III	16 263	49 05	5 617	61 54	1 078	27 44	4 415	87 56
IV	21 955	66 22	4 284	46 93	1 580	40 20	4 558	90 40
V								

Leder- und Schuhindustrie¹⁾

Zeit	Sohlenleder		Oberleder		Lederschuhe		Hilfsstrabschuhe	Arb.schuhe	Haus-schuhe	freie Schuhe ²⁾
	t	0/0	m ²	Paar	0/0	Paar				
1937	508	100 00		458 000	100 00					
1946	200	39 37	73 204	125 000	27 29					
1947	319	62 80	88 696	147 839	32 28	6 664	2 423	3 294	88 633	
1947 II	282	55 51	74 140	123 445	26 95	213	3 070	1 860	38 299	
III	317	62 40	86 521	160 333	35 01	3 044	1 731	3 603	81 281	
IV	370	72 83	105 444	171 102	37 36	10 787	1 916	5 091	80 561	
V	358	70 47	94 743	160 069	34 95	11 590	2 299	3 065	114 173	
VI	320	62 99	91 495	159 144	34 75	22 920	1 373	1 946	137 942	
VII	330	64 96	90 123	110 178	24 06	6 306	923	1 749	90 261	
VIII	362	71 26	78 914	137 529	30 03	7 835	1 685	2 052	85 203	
IX	324	63 78	112 160	187 834	41 01	6 925	4 456	3 511	128 150	
X	326	64 17	99 957	168 268	36 74	823	4 011	6 513	83 327	
XI	312	61 42	91 012	162 853	35 56	3 374	1 496	3 857	97 607	
XII	352	69 29	87 921	144 673	31 59	5 793	2 803	4 868	89 334	
1948 I	449	88 39	124 589	190 102	41 51	4 987	4 991	4 239	93 917	
II	426	83 86	131 607	179 324	39 15	3 635	8 405	4 012	101 839	
III	441	86 81	112 941							
IV	404	79 53	117 416							

1) Angaben der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. —
2) Bezugscheinfreie Schuhe.

Papierindustrie¹⁾

Zeit	Holzschliff		Zellulose		Papier		Pappe	
	t	0/0	t	0/0	t	0/0	t	0/0
1929	8 684	94 77	18 704	73 82	19 129	99 88	4 553	85 24
1937	9 163	100 00	25 337	100 00	19 345	100 00	5 342	100 00
1946	2 667	29 11	3 333	13 15	7 917	40 93	1 746	32 68
1947	3 654	39 88	5 490	21 07	9 433	48 76	2 359	44 16
1948 XI	3 267	34 65	3 881	15 32	8 102	41 88	2 117	37 76
XII	2 174	23 73	2 553	10 08	5 778	29 87	1 400	26 21
1947 I	1 683	18 37	1 398	5 52	5 129	26 51	1 276	23 89
II	1 320	14 41	1 383	5 46	4 171	21 56	1 122	21 00
III	3 474	37 91	3 943	15 56	7 265	37 56	2 050	38 38
IV	4 504	49 16	4 758	18 78	10 174	52 59	2 860	53 54
V	4 588	50 07	5 323	21 01	10 103	52 23	3 149	58 95
VI	4 248	46 36	5 508	21 74	10 587	54 73	3 050	57 09
VII	4 045	44 14	6 661	26 29	10 936	56 53	3 284	61 48
VIII	3 927	42 86	6 040	23 84	9 741	50 35	2 582	48 33
IX	3 545	38 69	5 849	23 08	10 735	55 49	2 396	44 85
X	3 445	37 60	8 390	33 11	11 427	59 07	2 059	38 54
XI	4 374	47 74	8 520	33 63	11 335	58 59	2 422	45 34
XII	4 693	51 32	8 107	32 00	11 593	59 93	2 059	38 55
1948 I	5 560	60 68	7 200	28 42	13 072	67 57	3 271	61 23
II	5 415	59 10	8 335	32 90	13 559	70 09	3 335	62 43
III	6 041	65 93	10 688	42 18	15 142	78 27	3 472	64 99

1) Angaben des Fachverbandes der papiererzeugenden Industrie.

Brauindustrie¹⁾²⁾

Zeit ²⁾	Österr. insges.	davon in						
		Wien	N.-Öst.	Steiermark	Kärnten	Ob.-Öst.	Salzburg	Tirol
Bierzeugung in 1000 hl								
Industrielle Brauereien								
1945/46	148 6	75 9	8 3	19 0	5 7	30 9	3 4	3 8
1946/47	116 1	51 7	5 6	12 1	9 0	24 8	6 3	5 1
1946	147 9	70 2	7 8	20 4	6 7	32 2	4 3	4 6
1947	103 2	44 5	5 0	9 7	7 1	23 4	6 7	4 9
1948 XII	54 6	31 4	3 3	8 9	1 3	6 5	2 1	0 7
1948 I	127 1	78 8	5 2	14 9	2 8	22 1	1 8	0 8
II	123 5	66 2	6 0	16 5	4 4	26 4	1 5	2 2
III	186 5	116 6	12 0	21 5	4 4	32 1	2 7	1 8
IV	187 2	98 0	11 4	26 8	8 7	35 2	4 0	2 6
V	167 2	62 9	11 4	25 6	6 2	41 4	5 2	11 4
VI	167 5	74 0	11 2	19 4	7 8	39 9	4 7	7 6
VII	218 4	90 2	13 5	31 4	6 6	58 5	6 6	7 5
VIII	191 9	71 0	10 1	29 4	7 3	56 6	5 7	7 9
IX	133 5	62 6	4 0	23 3	9 2	21 9	5 8	4 5
X	95 3	48 6	0 5	16 2	4 0	17 3	3 5	4 2
XI	87 4	38 7	4 7	10 4	9 4	17 1	5 2	1 8
XII	87 8	39 2	3 7	8 7	9 9	17 6	5 1	2 7
1947 I	62 3	28 8	2 2	3 9	6 8	12 8	6 0	1 8
II	41 4	11 1	0 5	2 1	6 2	10 3	5 3	5 1
III	97 6	47 9	6 6	3 0	6 0	22 1	3 7	4 8
IV	122 8	61 1	6 1	6 7	8 3	31 0	2 8	3 5
V	186 5	76 9	8 9	28 8	13 5	38 9	9 4	7 1
VI	186 4	95 9	8 2	18 3	10 1	35 5	8 1	8 5
VII	179 5	75 3	12 5	15 0	10 9	44 4	10 2	9 3
VIII	112 8	34 0	8 7	8 4	13 1	28 8	10 1	8 2
IX	52 5	16 7	0 7	7 1	2 9	14 4	6 3	3 0
X	59 6	23 0	2 6	6 3	2 5	13 4	7 7	2 0
XI	63 7	29 5	1 8	8 7	2 4	11 0	7 0	3 2
XII	72 7	34 3	1 7	7 5	2 8	18 1	4 1	2 8
1948 I	84 4	39 7	2 9	20 6	—	14 5	3 9	2 8
II	97 7	42 5	3 8	19 7	2 1	18 8	6 6	4 2
III	121 9	60 3	4 9	23 1	6 2	16 9	5 2	5 3

b) Ergebnisse des Braujahres 1946/47³⁾⁴⁾

Zeit	Ind. Br. 4)		Übr. Br. 4)		Zus.		Ind. Br. 4)	Übr. Br. 4)	Zus.
	t	0/0	t	0/0	t	0/0			
1946/47	1 393 3	620 1	66 6	144 8	107 4	297 5	75 2	61 5	
1947	86 0	—	14 9	—	4 4	51 9	9 5	1 1	
Zus.	1 479 3	620 1	81 5	144 8	111 8	349 4	84 7	62 6	
1948 I	116 1	51 7	5 6	12 1	9 0	24 8	6 3	5 1	
II	7 2	—	1 2	—	4 0	4 3	0 8	0 1	
Zus.	123 3	51 7	6 8	12 1	9 4	29 1	7 1	5 2	

c) Ergebnisse der Braujahre 1929/30, 1936/37 und 1945/46³⁾⁴⁾

Zeit	Sa.		0/0		Sa.		0/0		Sa.		0/0	
	t	0/0	t	0/0	t	0/0	t	0/0	t	0/0	t	0/0
1929/30	5 384 7	805 8	1 795 8	645 3	167 8	890 6	410 4	244 2				
1936/37	448 7	67 1	149 7	78 8	14 0	75 0	34 2	20 3				
1945/46	2 136 4	137 9	692 1	424 4	75 7	409 1	219 5	113 9				
1948 I	178 0	11 5	57 7	35 3	6 3	34 1	18 3	9 5				
II	1 893 4	910 9	132 5	229 1	71 9	432 0	47 7	46 6				
III	157 8	75 9	11 0	19 1	6 0	36 0	4 0	3 9				

1) Statistik des Verbandes der Brauereien (und — für die Jahre vor 1938 — Ausweise des Bundesministeriums für Finanzen). —
2) Monatsergebnisse. Die in der Zeile 1946 ausgewiesenen Werte gelten für das Kalenderjahr 1946, während die für die einzelnen Braujahre eingesetzten Zahlen für das jeweilige Braujahr (1. September bis 31. August des folgenden Jahres) gelten. — 3) Das Braujahr läuft vom 1. September bis zum 31. August des folgenden Jahres. —
4) Ind. Br. = Industrielle Brauereien (deren Erzeugung im Tabellen- teil a) monatsweise ausgewiesen wird), Übr. Br. = Kleinbrauereien (Einteilung des Verbandes der Brauereien). Die im Tabellenteil c) enthaltenen Zahlen gelten für alle industriellen und kleinen Brauereien.

Indizes der Produktion, der Beschäftigung und der Produktivität¹⁾

Monat	Produktion			Beschäftigung			Produktivität		
	1946	1947	1948	1946	1947	1948	1946	1947	1948
1937 = 100 00									
I	47 82	46 28	83 97	117 93	152 08	178 13	40 54	30 43	47 14
II	47 21	45 31	82 76	120 22	153 99	182 92	39 26	29 42	45 24
III	52 77	61 81	90 21	124 47	153 94	183 45	42 39	40 15	49 17
IV	51 45	69 67		126 30	153 59	186 05	40 73	45 36	
V	56 45	74 38		129 04	157 55		43 74	47 21	
VI	56 99	77 30		134 32	160 24		42 42	48 24	
VII	68 33	83 85		137 58	162 91		49 66	51 47	
VIII	66 67	78 31		140 97	165 83		47 29	47 22	
IX	65 26	73 24		143 63	168 18		45 43	43 55	
X	67 33	75 27		148 37	170 89		45 37	44 05	
XI	63 38	75 91		151 02	174 12		41 96	43 60	
XII	56 21	79 05		151 69	176 99		37 05	44 66	
1948 I	58 32	70 73		135 46	162 53		43 05	43 52	

1) Der Produktionsindex enthält die Förderung bzw. Erzeugung von: Steinkohle, Braunkohle, elektrischer Energie, Eisenerz, Blei-Zinkerz, Kupfererz, Graphit, Salzsäure, Natriumsulfat, Rohmagnesium, Sintermagnesium, kaustisch gebranntem Magnesium, Magnesitsteinen, Roh-eisen, Rohstahl, Walzwaren, Blei, Kupfer, Ziegel, Zement, Bauglas, Holzschliff, Zellulose, Papier und Pappe. Die in diesen Produktionen Beschäftigten umfaßten im Jahre 1937 ungefähr 10% des Arbeiterstandes der gewerblichen Wirtschaft. Die einzelnen Produktionsreihen wurden innerhalb des Index entsprechend ihrem Arbeiterstand gewogen. Die Berechnungsmethode des neuen Produktionsindex ist die gleiche geblieben wie die vom Österreichischen Institut für Konjunkturforschung bis 1937 angewandte. Siehe A. Wald, „Grund-sätzliches zur Berechnung des Produktionsindex“, Beilage 6 zu „Monats-berichte des Österr. Institutes für Konjunkturforschung“, Jg. XI (1937), Heft 2. Der Beschäftigungsindex wurde auf Grund der Beschäftigungsstatistik der Wiener Arbeiterkammer für die im Produk-tionsindex enthaltenen Industriezweige berechnet. Der Produktivitätsindex wurde durch Division des Produktions- durch den Beschäftigungsindex gewonnen.

Beschäftigung in Bergbau und Industrie¹⁾²⁾

Entwicklung des Beschäftigtenstandes in 1678 repräsentativen Betrieben Österreichs¹⁾

Zeit ²⁾	Bergbau, Sahn.	Ind. in Stein, Erd., Glas	Baugew.	Elektrizität-Werke	Eisen- und Metall-ind.	Holz-ind.	Leder-ind.	Textil-ind.	Beleid-ind.	Papier-ind.	Graph Ind.	Chem Ind. 3)	Nahr-Ind. 4)	Hotel-, Gast-gew usw.	Handel	Insgesamt ⁵⁾
März 1934 = 100																
1934 III	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0
1945 III	233 6	138 6	215 4	212 2	481 8	209 8	149 3	84 7	115 2	101 9	102 9	228 7	106 6	121 0	92 7	238 9
VI	120 3	70 4	63 2	182 9	86 3	96 9	91 9	48 9	65 6	61 9	81 3	84 5	73 0	81 2	72 7	78 6
IX	131 1	96 6	70 3	213 7	107 4	120 8	101 3	50 4	65 5	71 7	83 3	93 0	77 3	106 7	74 9	90 4
XII	139 7	109 0	80 6	226 5	121 0	129 7	102 7	57 7	69 8	80 4	93 1	99 6	84 0	119 9	90 3	100 3
1946 III	145 2	123 2	86 6	235 5	130 7	136 6	107 7	62 3	79 6	82 3	101 8	107 9	82 1	116 1	91 3	106 4
VI	152 0	151 4	106 9	242 1	140 8	145 8	114 9	67 3	84 2	89 8	113 5	119 1	86 4	124 5	91 9	115 2
IX	158 4	176 6	123 2	246 7	155 8	156 1	121 1	73 7	89 8	97 9	124 7	132 9	89 3	125 4	93 5	125 3
XII	163 2	179 3	131 8	252 9	170 4	166 2	123 6	80 8	90 4	102 2	130 3	140 8	101 8	133 2	99 2	134 6
1947 III	174 7	164 0	122 1	253 8	171 2	164 2	123 6	83 5	90 3	99 7	131 9	141 1	88 5	131 2	95 5	133 1
VI	178 1	187 7	134 1	256 9	177 6	174 6	127 7	88 9	93 5	103 2	130 1	148 5	87 4	130 5	96 0	138 7
IX	184 9	199 6	138 0	260 4	187 0	176 4	127 0	93 3	94 0	108 4	135 1	154 4	93 8	124 6	98 9	144 5
X	188 2	201 0	141 4	263 0	190 6	178 6	128 7	94 4	94 4	109 5	136 3	156 3	95 0	123 4	98 7	146 6
XI	191 0	199 5	140 1	267 0	194 0	181 0	128 1	96 0	95 7	111 0	134 9	159 8	100 6	126 8	97 7	149 0
XII	195 8	195 1	140 0	261 9	197 2	181 0	130 3	97 3	96 2	112 7	134 7	156 7	109 5	127 8	98 9	151 3
1948 I	193 6	192 2	133 7	262 5	199 4	180 0	129 2	98 3	96 1	113 9	133 8	155 2	93 2	127 7	99 3	149 5
II	199 2	190 8	128 7	264 2	203 7	183 1	131 8	99 4	99 4	116 1	133 4	154 3	92 9	124 6	100 1	151 3
III	200 6	194 6	123 3	265 0	204 1	182 9	132 6	100 4	100 9	119 0	134 6	157 7	91 1	125 1	101 4	151 8
IV	201 6	198 1	126 3	264 6	206 1	185 8	133 6	101 4	100 3	121 3	135 6	160 9	90 6	124 2	102 1	153 2

1) Statistik der Wiener Arbeiterkammer nach eigenen Erhebungen. — 2) Erste Lohnwoche des Monats. — 3) Chemische und Gummi-industrie. — 4) Nahrungs- und Genussmittelindustrie. — 5) Gewogener Gesamt-Durchschnitt. — 6) Der Beschäftigtenstand der 7 Zuckerfabriken ist von Dezember 1947 bis Jänner 1948 um 63,31 % zurückgegangen (Beendigung der „Kampagne“)

Stand der Krankenversicherten in Österreich nach Wirtschaftszweigen¹⁾²⁾

Zeit	Land- und Forstwirtschaft			Bergbau, Industrie, Gewerbe, Handel			davon Bergbau			Bundesbahnen			Bundesangestellte ³⁾	Stadt Wien ⁴⁾	Meister ⁵⁾	Insgesamt
	Arb.	Ang.	Insg.	Arb.	Ang.	Insg.	Arb.	Ang.	Insg.	Arb.	Ang.	Insg.				
1000 Personen																
1929				1 074 9			18 4					146 5 ⁶⁾	172 4 ⁶⁾	31 3 ⁶⁾		
1937	275 6	10 0	285 6	704 9	192 2	897 1	18 9					146 5	172 4	31 3	144 6	1 874 8
1946	261 0	11 0	271 9	928 0	297 5	1 225 4	21 2	2 3	23 5	54 0	43 6	97 6	114 6	20 7	144 6	1 855 3
1947 I	259 9	11 1	271 0	1 071 2	322 0	1 393 2	26 4	2 6	29 0	52 8	37 6	90 4	90 6	22 3	147 5	1 964 3
II	253 2	10 7	263 9	1 035 1	323 6	1 358 7	23 7	2 4	26 1	54 0	39 6	92 5	84 6	22 3	142 3	1 964 3
III	251 9	10 7	262 6	1 027 1	323 4	1 350 5	25 1	2 4	27 5	53 9	38 0	92 1	83 4	22 3	142 9	1 953 8
IV	251 7	10 9	262 6	1 037 7	325 0	1 362 7	25 5	2 5	28 0	54 0	38 5	92 0	83 1	22 3	144 5	1 959 2
V	256 9	11 0	267 9	1 059 1	322 1	1 381 2	25 3	2 5	27 8	57 3	38 2	96 3	86 6	22 2	145 5	1 999 7
VI	264 1	11 1	275 2	1 078 0	319 0	1 397 0	25 4	2 5	27 9	56 0	38 0	95 1	88 9	22 2	146 2	2 024 6
VII	271 7	11 2	282 9	1 082 4	319 1	1 401 5	25 9	2 6	28 5	55 0	39 0	93 9	89 3	22 2	146 3	2 043 1
VIII	275 4	11 1	286 5	1 091 2	317 4	1 408 6	26 3	2 6	28 9	52 7	39 1	95 0	90 5	22 2	147 5	2 050 3
IX	273 2	11 2	284 4	1 094 6	318 0	1 412 6	26 8	2 7	29 5	52 1	38 9	96 2	92 9	22 2	148 4	2 056 7
X	265 2	11 3	276 5	1 083 0	321 5	1 404 5	27 5	2 8	30 3	52 3	42 3	95 5	94 2	22 2	149 5	2 042 4
XI	257 2	11 2	268 4	1 092 7	323 6	1 416 3	27 9	2 8	30 7	50 8	44 1	95 1	96 4	22 3	150 9	2 049 4
XII	251 2	11 2	262 4	1 095 2	326 0	1 422 2	28 4	2 7	31 1	48 8	44 8	93 6	97 2	22 1	152 4	2 049 9
1948 I	246 7	11 4	258 1	1 076 6	325 6	1 402 2	28 7	2 8	31 5	46 8	43 4	90 2	97 5	22 5	153 9	2 024 4
II	239 8	11 3	251 1	1 061 2	320 6	1 381 8	29 3	2 8	32 1	50 5	45 9	96 4	97 7	22 6	154 5	2 004 1
III	236 2	11 4	247 6	1 066 1	323 5	1 389 6	29 5	2 8	32 3	51 0	46 9	97 9	97 3	22 5	154 9	2 009 8
IV	236 2	11 4	247 6	1 074 9	325 0	1 399 9	29 5	2 8	32 3	52 2	46 3	98 5	97 7	22 7	155 3	2 021 7

1) Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Krankenkassen. — 2) Monatsende. — 3) Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten. — 4) Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien. — 5) Meisterkrankenkassen (krankenversicherte selbständige Erwerbstätige). — 6) Jahresende.

Mitgliederstand der Wiener Gebietskrankenkasse¹⁾²⁾³⁾

Zeit	Arbeiter ³⁾			Angestellte ³⁾			Arb. u. Angest. zus. ³⁾			Hausgehilfen			Hausbesorger			Insgesamt ⁴⁾		
	M. ⁵⁾	F. ⁵⁾	Z. ⁵⁾	M. ⁵⁾	F. ⁵⁾	Z. ⁵⁾	M. ⁵⁾	F. ⁵⁾	Z. ⁵⁾	M. ⁵⁾	F. ⁵⁾	Z. ⁵⁾	M. ⁵⁾	F. ⁵⁾	Z. ⁵⁾	M. ⁵⁾	F. ⁵⁾	Z. ⁵⁾
1000 Personen																		
1937	126 0	68 2	194 1			118 6			312 8	0 51	43 1	43 6	2 3	18 4	20 7			377 1
1946	193 1	86 3	279 4	67 4	60 5	127 9	260 5	146 7	497 2	0 07	14 5	14 6	1 3	23 5	24 9	261 9	184 8	446 7
1947 I	225 6	102 4	328 0	72 2	64 4	136 6	297 9	166 7	464 6	0 13	14 6	14 7	1 5	23 8	25 3	299 5	205 2	504 6
II	226 6	96 9	323 6	76 8	65 7	142 5	303 5	162 6	466 1	0 09	14 8	14 9	1 4	23 6	25 0	305 0	201 1	506 0
III	230 4	98 7	329 1	77 2	65 5	142 7	307 7	164 1	471 8	0 12	14 6	14 7	1 6	23 7	25 3	309 3	202 5	511 8
IV	232 4	100 5	332 8	75 4	65 0	140 4	307 8	165 5	473 2	0 12	14 5	14 6	1 6	23 8	25 3	309 4	203 8	513 2
V	231 3	104 5	335 9	71 7	63 8	135 5	303 1	168 3	471 4	0 14	14 3	14 5	1 6	23 5	25 1	304 8	206 2	511 0
VI	227 9	104 5	332 4	69 8	63 8	133 6	297 7	168 3	466 0	0 14	14 2	14 3	1 6	23 6	25 2	299 4	206 1	505 5
VII	228 7	103 8	332 5	67 5	63 3	130 8	296 2	167 1	463 3	0 14	14 2	14 3	1 6	23 7	25 3	298 0	205 0	503 0
VIII	230 9	104 0	334 9	68 1	63 3	131 7	299 0	167 5	466 5	0 14	14 0	14 2	1 4	24 1	25 5	300 6	205 7	506 2
IX	217 2	104 7	321 9	69 1	63 9	133 0	286 3	168 6	454 9	0 14	14 7	14 8	1 4	24 1	25 5	287 8	207 4	495 2
X	218 6	105 5	324 1	69 7	63 9	133 7	288 4	169 4	457 8	0 14	14 8	14 9	1 4	24 1	25 5	289 9	208 4	498 3
XI	219 1	105 0	324 1	71 1	64 4	135 6	290 2	169 5	459 7	0 14	15 0	15 1	1 4	24 2	25 6	291 7	208 6	500 4
XII	217 6	103 6	321 2	72 6	64 9	137 5	290 2	168 5	458 7	0 12	15 1	15 2	1 4	24 2	25 6	290 7	207 8	499 6
1948 I	222 5	103 7	326 2	73 7	68 0	141 7	296 2	171 7	467 9	0 13	15 5	15 6	1 4	24 2	25 6	297 7	211 3	509 1
II	223 8	104 1	327 9	74 7	68 7	143 4	298 4	172 8	471 3	0 13	15 8	16 0	1 4	24 1	25 5	299 9	212 8	512 8
III	224 3	102 9	327 3	75 4	69 2	144 6	299 8	172 1	471 9	0 13	16 8	16 9	1 4	24 1	25 5	301 2	213 0	514 2
IV	224 6	102 2	326 9	76 7	70 0	146 7	301 3	172 3	473 6	0 13	16 8	17 0	1 3	24 1	25 4	302 8	213 2	515 9

Vorgemerkte Stellensuchende (Arbeiter und Angestellte) in Österreich¹⁾²⁾

Zeit	Arbeiter			Angestellte			Arbeiter und Angestellte zusammen		
	1) M.	1) F.	1) Z.	1) M.	1) F.	1) Z.	1) M.	1) F.	1) Z.
	1000 Personen								
1929	121,3	51,0	172,4	11,1	7,3	18,4	133,3 ⁴⁾	58,7 ⁴⁾	192,0 ⁴⁾
1937	212,6	72,5	285,1	20,2	12,3	32,4	234,8 ⁵⁾	86,1 ⁵⁾	321,0 ⁵⁾
1946	32,9	12,9	45,8	20,0	8,3	28,3	52,9	21,2	74,1
1947	25,3	8,3	33,6	14,4	4,8	19,2	39,7	13,1	52,8
1947 I.	35,0	11,1	46,0	20,1	7,4	27,5	55,1	18,5	73,6
II.	35,9	10,4	46,3	20,3	6,7	27,0	56,2	17,1	73,3
III.	32,4	10,3	42,7	18,3	6,4	24,7	50,6	16,7	67,4
IV.	28,1	9,1	37,2	15,3	5,7	21,0	43,4	14,8	58,2
V.	24,1	7,5	31,6	13,5	4,2	17,7	37,6	11,7	49,3
VI.	20,6	6,7	27,3	12,0	3,3	15,3	32,6	10,0	42,6
VII.	18,9	6,6	25,5	11,6	3,3	14,9	30,4	9,9	40,3
VIII.	18,6	6,8	25,4	11,0	3,3	14,3	29,6	10,1	39,7
IX.	19,6	6,7	26,3	11,0	3,5	14,5	30,7	10,2	40,9
X.	19,2	7,0	26,2	10,4	3,4	13,8	29,6	10,5	40,1
XI.	20,2	6,5	26,7	10,5	3,2	13,7	30,7	9,7	40,4
XII.	27,4	8,1	35,5	11,2	3,4	14,6	38,6	11,5	50,1
1948 I.	26,9	8,0	34,9	10,3	3,2	13,5	37,2	11,2	48,4
II.	25,7	8,1	33,8	9,8	3,1	12,9	35,5	11,2	46,7
III.	23,8	9,3	33,1	9,2	3,6	12,8	33,0	12,9	45,9

1) Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Landesarbeitsämter. — 2) Monatsende. — 3) M = Männer, F = Frauen, Z = Männer und Frauen zusammen. — 4) Ein schließlich 1.197 (856 männl. und 342 weibl.) Lehrlinge. — 5) Ein schließlich 3.414 (2.072 männl. und 1.343 weibl.) Lehrlinge.

Offene Stellen (für Arbeiter und Angestellte) in Österreich¹⁾²⁾

Zeit	Arbeiter			Angestellte			Arbeiter und Angestellte zusammen		
	1) M.	1) F.	1) Z.	1) M.	1) F.	1) Z.	1) M.	1) F.	1) Z.
	1000 Personen								
1929	98,1	39,4	137,5	1,7	0,9	2,6	99,7	40,3	140,1
1937	68,3	32,4	100,7	1,4	0,7	2,1	69,7	33,1	102,8
1946	61,7	30,4	92,1	1,6	0,8	2,3	63,3	31,1	94,4
1947	60,9	32,4	93,2	1,5	0,7	2,1	62,3	33,0	95,4
1947 I.	75,8	38,4	114,2	1,5	0,7	2,2	77,3	39,0	116,3
II.	87,6	43,2	130,8	1,6	0,8	2,4	89,2	44,1	133,3
III.	85,9	42,9	128,7	1,4	0,9	2,4	87,3	43,8	131,1
IV.	84,5	41,3	125,7	1,5	0,9	2,4	86,0	42,2	128,2
V.	79,4	38,0	117,4	1,5	0,9	2,4	80,9	38,9	119,8
VI.	73,7	34,2	107,9	1,5	0,8	2,3	75,2	35,0	110,2
VII.	68,4	28,5	96,9	1,5	0,6	2,1	69,9	29,1	99,0
VIII.	59,8	23,7	83,6	1,3	0,5	1,8	61,1	24,2	85,4
IX.	46,1	18,8	64,9	1,2	0,6	1,7	47,3	19,4	66,7
X.	35,5	16,8	52,3	1,1	0,5	1,6	36,6	17,3	53,9
XI.	33,3	16,8	50,1	1,0	0,5	1,5	34,3	17,3	51,7
XII.	34,7	18,5	53,2	1,0	0,5	1,5	35,7	19,0	54,8
1948 I.	39,2	21,6	60,7	0,8	0,5	1,3	40,0	22,0	62,0
II.	37,9	21,7	59,6	0,8	0,4	1,2	38,7	22,2	60,9

1) Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Landesarbeitsämter. — 2) Monatsende. — 3) M = Männer, F = Frauen, Z = Männer und Frauen zusammen.

Vorgemerkte Stellensuchende — nach Berufsgruppen — in Österreich¹⁾²⁾

Zeit ²⁾	Land-wirt-schaft ³⁾	Berg-bau	Ind. in Steinen ⁴⁾	Bauge-berbe	Eisen-ind ⁵⁾	Holz-ind	Leder-ind	Textil-ind	Beklei-dungs-ind.	Papier-ind	Graph Gew.	Chem. Ind ⁶⁾	Nahr.-Ind ⁷⁾	Gast-gew ⁸⁾	Hilfs-arb.	Ver-kehr	Haus-geh.
1937	7.420	2.536	11.313	71.476	39.565	18.249	3.002	17.670	19.826	7.439	6.932	6.268	19.381	17.307	9)	10.243	2.769
1946	6.782	248	416	2.333	5.709	1.355	269	809	1.686	186	207	301	2.295	3.051	10.856	5.074	3.044
1947	4.135	166	319	1.124	4.149	970	187	495	1.096	121	162	185	1.500	2.497	8.786	3.884	1.899
1947 I.	4.753	166	395	2.690	5.076	1.087	237	728	1.280	151	176	348	1.979	2.753	1.352	5.036	2.424
II.	4.983	161	547	3.441	5.757	1.243	256	665	1.347	162	188	360	2.079	2.879	12.780	5.609	2.221
III.	5.127	179	559	3.742	6.087	1.272	256	673	1.355	169	190	351	2.184	2.957	12.258	5.459	2.208
IV.	5.294	265	480	2.918	5.601	1.218	261	638	1.289	157	164	312	1.910	2.868	11.087	4.784	2.242
V.	4.816	172	325	2.192	4.922	1.063	223	499	1.143	141	150	174	1.624	2.564	19.861	4.293	2.045
VI.	4.338	152	258	1.672	4.232	937	154	434	1.029	89	132	129	1.361	2.451	7.800	3.718	1.825
VII.	4.032	163	219	1.448	3.531	811	141	407	942	83	106	117	1.161	2.250	6.707	3.063	1.599
VIII.	3.502	146	190	1.322	2.958	763	125	362	943	64	101	97	1.105	2.043	6.516	2.869	1.689
IX.	3.323	187	174	1.259	2.924	738	133	391	1.031	84	98	104	1.095	2.172	6.408	2.807	1.651
X.	3.386	167	174	1.314	2.954	841	157	406	980	88	133	106	1.170	2.301	6.632	2.962	1.681
XI.	3.072	122	225	1.443	2.880	832	147	389	926	110	223	76	1.131	2.398	6.657	2.969	1.767
XII.	2.998	112	281	2.047	2.869	833	159	347	892	144	279	69	1.212	2.298	6.874	3.036	1.443
1948 I.	3.051	124	566	4.023	3.884	1.038	185	444	1.172	134	266	98	1.499	2.605	9.888	3.799	1.740
II.	2.853	123	626	4.089	3.785	940	191	390	1.058	139	247	99	1.549	2.483	10.015	3.687	1.669
III.	3.031	148	483	3.591	3.713	944	192	435	989	95	228	93	1.430	2.433	9.782	3.661	1.592
IV.	2.616	132	301	3.709	3.709	946	251	497	1.078	206	248	127	1.272	2.608	10.297	3.909	1.719

1) Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Landesarbeitsämter. — 2) Monatsende. — 3) Land- und Forstwirtschaft. — 4) Industrie in Steinen, Erden, Ton und Glas. — 5) Eisen-, Metall- und Elektroindustrie. — 6) Chemische und Gummi-industrie. — 7) Nahrungs- und Genußmittelindustrie. — 8) Hotel-, Gast- und Schankgewerbe. — 9) Die Hilfsarbeiter sind bei den einzelnen Industrien mitgezählt, vor allem im Baugewerbe.

Offene Stellen — nach Berufsgruppen — in Österreich¹⁾²⁾

Zeit ²⁾	Land-wirt-schaft ³⁾	Berg-bau	Ind. in Steinen ⁴⁾	Bauge-berbe	Eisen-ind ⁵⁾	Holz-ind	Leder-ind	Textil-ind	Beklei-dungs-ind.	Papier-ind	Graph Gew.	Chem. Ind ⁶⁾	Nahr.-Ind ⁷⁾	Gast-gew ⁸⁾	Hilfs-arb.	Ver-kehr	Haus-geh.
1946	44.023	1.084	1.079	15.585	7.898	4.351	515	2.429	7.120	633	277	553	481	1.714	37.503	3.336	6.719
1947	43.207	1.342	1.031	8.602	4.668	2.562	284	1.791	3.914	202	170	201	263	1.732	21.905	1.781	5.945
1947 I.	35.204	1.344	806	8.591	3.726	2.956	238	1.859	5.022	168	131	173	246	1.289	21.640	1.614	6.359
II.	44.505	840	756	6.890	3.520	2.518	210	1.831	4.570	145	122	84	221	1.353	17.596	1.248	6.063
III.	56.155	1.544	1.312	9.217	4.158	2.440	251	1.779	3.858	234	180	141	197	1.644	22.577	1.436	6.174
IV.	62.173	1.761	1.646	9.659	5.507	2.698	354	1.904	4.181	286	238	236	251	2.185	28.250	1.894	6.452
V.	58.800	1.523	1.638	9.713	5.590	2.755	389	1.960	4.645	387	269	325	246	2.300	28.073	1.966	6.927
VI.	54.742	1.347	1.438	9.647	6.056	2.857	426	2.096	4.930	343	261	326	297	2.432	28.287	2.100	6.759
VII.	48.873	1.410	1.235	9.721	6.129	2.922	343	2.029	4.476	289	276	331	403	2.327	26.416	2.241	6.468
VIII.	43.751	1.400	1.142	9.578	5.684	2.714	279	1.922	3.998	212	250	261	343	2.174	24.267	2.222	6.442
IX.	38.548	1.329	957	9.211	5.057	2.536	281	1.662	3.422	149	133	256	239	1.595	22.592	1.893	6.005
X.	32.380	1.353	652	8.842	4.457	2.355	272	1.561	3.058	83	97	146	316	1.233	18.691	1.873	5.258
XI.	23.416	1.130	450	7.457	3.363	2.103	193	1.542	2.512	59	69	80	237	1.169	14.903	1.663	4.391
XII.	19.877	1.126	343	4.997	2.767	1.884	175	1.349	2.298	64	57	48	161	1.080	10.288	1.223	4.039
1948 I.	19.648	386	385	4.856	2.898	1.780	131	1.138	2.264	88	73	75	156	1.065	9.592	890	4.217
II.	24.567	496	537	4.602	2.499	1.538	149	962	2.254	81	127	37	118	1.169	8.618	788	4.300
III.	32.838	602	755	4.987	1.976	1.320	121	773	1.912	57	104	51	110	1.356	8.250	793	4.308</

Österreichische Bundesbahnen

Verkehrsübersicht														Personenverkehr							
Zeit	Betriebs-einnahmen			Be-triebs-aus-gaben ¹⁾	Ausgab-f. d. Be-hebung von Kriegs-schäden	Betriebs-ausgaben in 0/0 der Ein-nahmen ¹⁾	Nutzlasterlasten (Kilometer ²⁾)			Ein-nahmen je Nutzlaster-kilometer	Aus-gaben je Nutzlaster-kilometer	Wagengestell, d. vollsp. Güterwagen				Direktionsbezirk				Ins-gesamt	
	ins-ge-samt	davon					ins-ge-samt	davon				ins-gesamt	davon			Wien	Linz	Inns-bruck	Vill		Ins-gesamt
		Personen- u. Gepäck-verkehr	Güter-verkehr					Pers- Züge	Güter-				Ge-deckte	Offene	Sche-mel						
	in Millionen Schilling						in Millionen			in Groschen		in 1000				1000 Stück verkaufte Fahrkarten					
1937	39.6	11.6	26.4	39.3	—	99.1	391.3	35.8	355.5	10.12	10.03	139.2	77.1	61.3	0.8	5.5	2.708	2.330	1.341	1.561	7.940
1946	36.9	22.6	12.3	48.9	10.5	132.6	278.4	39.8	238.6	13.25	17.57	62.3	24.6 ³⁾	3.7 ³⁾	2.5	2.5	1.973	1.655	1.145	973	5.746
1947	59.2	26.7	30.1	88.2	19.2	165.0	400.8	34.7	366.0	14.78	22.02	69.8	26.5	39.6	3.7	2.8					
1947 X	43.4	25.8	15.1	56.1	15.7	129.3	339.9	44.4	295.5	12.77	16.51	78.9	27.8	46.2	5.0	2.9					
1947 XI	30.2	15.1	12.4	64.5	16.9	213.8	317.4	26.6	290.8	9.50	20.32	71.1	28.8	38.5	3.8	2.8					
1947 XII	41.4	16.2	22.9	69.7	19.8	168.3	286.6	26.3	260.1	14.44	24.35	56.8	23.6	29.5	3.7	2.4					
1947 I	20.6	12.0	5.8	63.8	12.5	308.9	227.0	19.2	207.8	9.09	28.09	37.7	16.0	20.1	1.6	1.5	547	896	751	373	2.567
1947 II	32.7	11.1	20.5	62.4	10.8	190.6	224.8	16.9	207.9	14.57	27.76	38.5	16.7	19.7	2.0	1.7	606	910	864	342	2.722
1947 III	28.9	15.0	12.1	57.2	12.1	198.0	357.7	22.4	335.6	8.08	15.99	50.9	20.2	28.4	2.3	2.0	958	1.306	730	444	3.438
1947 IV	34.9	16.9	16.4	65.0	21.0	186.3	384.0	25.0	359.0	9.08	16.93	65.8	23.5	39.0	3.2	2.6	1.216	1.435	1.214	468	4.333
1947 V	38.4	18.3	18.7	64.5	13.3	167.9	423.2	36.5	387.7	9.94	15.17	72.3	26.9	41.7	3.7	3.0	1.865	1.795	1.301	948	5.909
1947 VI	57.4	24.9	30.7	74.5	20.9	129.8	419.4	38.3	381.1	13.69	17.77	79.6	31.8	44.2	3.6	3.3	2.370	1.899	1.188	1.140	6.597
1947 VII	70.8	32.5	36.4	75.6	13.0	106.9	442.9	44.8	398.1	15.98	17.08	72.2	26.2	42.3	3.6	2.7	2.639	2.256	1.405	1.402	7.702
1947 VIII	73.2	36.6	34.0	86.8	18.3	118.6	455.8	48.0	407.8	16.07	19.05	74.6	26.4	42.4	5.8	3.0	3.541	2.399	1.585	1.612	9.137
1947 IX	89.1	43.7	43.0	107.5	18.8	120.7	462.8	46.4	416.4	19.24	23.24	85.0	31.3	49.1	4.6	3.3	2.709	2.056	1.396	1.516	7.737
1947 X	84.2	40.7	40.4	127.8	24.1	151.9	482.7	45.0	437.7	17.44	26.48	93.5	34.3	54.0	5.1	3.8	2.538	1.860	1.283	1.218	6.890
1947 XI	86.0	36.5	46.1	105.9	28.7	123.2	473.5	37.8	435.7	18.17	22.37	99.7	32.7	53.4	4.6	3.8	2.324	1.539	1.037	1.085	5.985
1947 XII	94.6	32.2	57.2	167.7	37.5	177.4	453.4	36.9	416.5	20.85	36.99	76.6	31.6	40.7	4.3	3.1	2.305	1.506	986	1.126	5.923
1948 I	90.2	32.5	54.1	114.8	7.4	127.2	492.2	35.2	456.1	18.32	23.32	78.6	32.2	42.4	4.0	3.0	2.052	1.450	961	984	5.447
1948 II	79.9	30.0	48.7	114.8	11.9	143.6	464.0	35.3	428.7	17.23	24.73	79.6	31.5	43.6	4.5	3.3	1.973	1.330	887	929	5.119
1948 III	91.2	40.7	48.9	124.9	22.3	136.9	505.1	43.4	461.7	18.06	24.72	96.8	32.2	56.9	7.7	3.7	2.616	1.625	1.103	1.215	6.559

1) Ohne die Ausgaben zur Behebung von Kriegsschäden. — 2) Ab Jänner 1946 einschließlich des Militärverkehrs. — 3) 1. März bis Dezember.

Zeit	Reisegepäckverkehr						Expressgutverkehr						Eilstückgutverkehr						Fahrräder 1.000 Stück
	Direktionsbezirk				Insgesamt		Direktionsbezirk				Insgesamt		Direktionsbezirk				Insgesamt		
	Wien	Linz	Inns-bruck	Vill.	An-zahl	Gew.-Ø in kg	Wien	Linz	Inns-bruck	Vill.	An-zahl	Gew.-Ø in kg	Wien	Linz	Inns-bruck	Vill.	An-zahl	Gew.-Ø in kg	
1946	25	24	10	21	80	34.5	41	28	18	22	109	19.2	6.7	13.4	5.2	7.6	32.9	168.7	83.6
1947	26	14	11	15	66	38.4	40	25	18	16	99	20.3	9.6	13.0	6.0	6.8	35.4	165.1	115.8
1947 I	5	7	10	5	27	39.3	19	16	12	8	55	27.5	8.2	9.2	3.9	2.7	24.0	132.2	18.3
1947 II	6	6	5	4	21	47.0	22	19	7	8	56	20.4	5.5	8.7	4.1	3.2	21.5	207.4	13.3
1947 III	9	10	5	8	32	41.0	27	22	7	14	70	20.4	7.1	9.2	4.6	4.2	25.1	180.1	32.8
1947 IV	15	13	10	8	46	46.0	30	25	27	13	95	16.8	9.3	13.7	5.6	4.8	33.4	142.5	80.6
1947 V	23	15	9	12	59	39.0	27	22	17	13	79	21.0	9.2	13.8	6.1	7.2	36.3	173.7	128.2
1947 VI	30	15	7	17	69	31.5	32	24	16	15	87	17.6	8.2	13.0	5.0	7.0	33.2	150.6	155.6
1947 VII	32	19	9	19	79	38.7	36	27	16	18	97	18.2	10.4	12.9	5.3	7.1	35.7	179.6	198.3
1947 VIII	55	22	10	23	110	38.4	63	28	18	21	130	19.6	9.3	13.6	5.9	8.4	37.2	180.0	217.5
1947 IX	44	20	23	26	113	34.3	57	28	25	25	135	21.2	12.7	14.8	6.7	9.2	43.4	139.4	185.0
1947 X	38	20	20	23	101	37.3	59	31	25	25	140	20.7	11.1	16.8	10.1	10.5	48.5	171.6	155.7
1947 XI	31	13	11	15	70	40.4	47	27	17	18	109	22.8	11.7	15.3	7.2	8.4	42.6	166.1	118.6
1947 XII	24	12	11	14	61	42.1	54	30	26	20	130	19.8	12.3	15.2	7.4	9.1	44.0	162.5	89.8
1948 I	18	10	7	11	46	44.0	44	25	19	10	98	19.4	10.6	13.6	7.2	7.8	39.2	143.1	57.2
1948 II	17	9	7	9	42	40.8	42	24	14	11	91	22.4	13.9	12.9	6.2	6.9	39.9	160.7	53.0
1948 III	25	12	9	13	59	42.7	44	28	18	15	105	23.5	15.5	15.1	6.1	9.4	46.1	152.0	95.3

Zeit	Frachtstückgutverkehr						Wagenladungen ohne Kohle						Wagenladungen mit Kohle						Tierverskehr Abgel. Sendung
	Direktionsbezirk				Insgesamt		Direktionsbezirk				Insgesamt		Direktionsbezirk				Insgesamt		
	Wien	Linz	Inns-bruck	Vill.	An-zahl	Gew.-Ø in kg	Wien	Linz	Inns-bruck	Vill.	An-zahl	Gew.-Ø in t	Wien	Linz	Inns-bruck	Vill.	An-zahl	Gew.-Ø in t	
1946	15.4	29.9	12.9	22.4	80.6	198.4	16.8	15.4	3.9	10.2	46.3	14.9	3.7	7.6	0.1	2.0	13.4	18.6	1.834
1947	25.1	37.0	16.6	28.4	107.1	253.9	27.4	17.2	5.6	12.8	63.0	14.5	11.0	9.4	0.6	3.2	24.2	19.2	1.724
1947 I	7.4	12.2	10.1	10.2	39.9	222.5	12.7	8.0	3.7	4.8	29.2	13.1	7.8	7.1	0.2	1.9	17.0	18.4	1.039
1947 II	5.3	21.2	11.3	12.1	49.9	228.7	11.7	11.1	3.6	5.2	31.6	13.6	7.2	7.5	0.1	2.2	17.0	20.8	1.095
1947 III	10.1	31.5	13.9	20.4	75.9	202.9	18.3	10.3	6.8	7.6	43.0	13.8	10.2	9.7	0.2	3.6	23.7	18.8	1.440
1947 IV	23.6	40.4	15.8	27.6	107.4	202.2	22.0	14.6	6.3	11.3	54.2	15.6	6.3	7.3	0.2	3.8	17.6	17.9	1.339
1947 V	28.3	44.5	17.2	31.2	121.2	241.1	39.0	21.1	5.5	14.7	80.3	11.4	13.8	9.5	0.4	4.8	28.5	18.7	2.684
1947 VI	28.0	43.0	15.8	33.9	121.3	241.4	32.5	18.3	6.0	14.7	71.5	13.9	8.5	9.8	0.4	3.2	21.9	19.4	1.381
1947 VII	32.9	41.8	17.7	32.7	125.1	300.6	28.6	17.1	5.4	13.3	64.4	16.6	12.8	8.0	0.5	2.5	23.8	19.6	894
1947 VIII	30.6	43.3	16.8	34.0	124.7	263.0	30.5	16.0	4.4	16.1	67.0	15.8	15.5	11.1	2.0	3.2	31.8	19.0	1.076
1947 IX	34.3	43.0	20.9	33.8	132.0	274.7	35.4	20.8	8.0	16.4	80.6	14.2	16.0	14.0	0.9	3.4	34.3	19.0	2.712
1947 X	39.8	47.2	24.9	39.6	151.5	265.4	36.4	22.4	7.0	18.2	84.0	15.0	8.4	9.3	0.7	2.8	21.2	21.3	2.999
1947 XI	31.8	43.5	18.1	34.9	128.3	258.7	35.2	26.1	5.1	15.7	82.1	15.2	15.1	9.4	0.6	2.5	27.6	19.2	2.455
1947 XII	29.2	31.5	16.7	30.7	108.1	280.7	27.1	20.8	5.2	15.5									

Außenhandel nach den wichtigsten Warengruppen 1)
(ausschließlich des Verkehrs mit Edelmetallen und Münzen)
M = Menge in 1000 q; W = Wert in Mill. Schilling

Zeit	Einfuhr										Ausfuhr																						
	Insgesamt		Nahrungsmittel u. Getränke				Rohstoffe u. halbfertige Waren						Fertige Waren		Nahrungsmittel, Getränke, Rohstoffe u. halbfertige Waren						Fertige Waren												
							insgesamt		davon						insgesamt		davon		insgesamt		davon		insgesamt		davon								
	Brennstoffe		Textilstoffe ²⁾		insgesamt				Magnesit		Holz		insgesamt														davon						
M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W								
1937	5.150	121	966	26	3.987	51	2.827	8	60	12	122	1	35	7	174	101	2	757	33	5	102	2	1	416	10	9	408	66	8	24	17	18	9
1946	2.006	20	9	26	1.886	14	1.824	5	8	1	24	0	7	9	408	30	9	292	7	6	51	0	2	34	0	7	112	22	3	3	34	5	3
1947	3.285	99	79	16	3.150	59	2.886	26	16	14	55	5	22	3	724	70	2	545	18	1	32	4	1	91	3	6	178	51	7	6	50	14	2
1948	1.928	24	2	21	1.886	14	1.824	5	8	1	24	0	7	9	408	30	9	292	7	6	51	0	2	34	0	7	112	22	3	3	34	5	3
1947	2.197	89	82	8	2.009	17	1.927	7	6	6	18	0	5	6	383	39	2	250	6	0	27	1	2	61	2	0	132	23	7	3	44	3	8
1947	1.731	41	37	5	1.667	27	1.602	12	9	9	24	9	7	161	3	6	161	3	6	16	1	6	26	0	7	92	19	8	3	25	4	7	
1947	1.872	43	26	9	1.824	31	1.758	14	3	8	20	8	8	253	27	9	145	3	5	18	5	7	37	0	9	105	24	3	3	97	5	3	
1947	2.395	74	55	15	2.315	46	2.186	17	12	11	24	2	12	495	45	5	355	8	3	17	7	10	101	2	3	139	37	1	6	80	10	0	
1947	2.197	89	82	8	2.009	17	1.927	7	6	6	18	0	5	6	383	39	2	250	6	0	27	1	2	61	2	0	132	23	7	3	44	3	8
1947	3.333	95	109	28	3.136	49	2.898	22	4	8	88	2	17	815	64	2	539	13	4	48	0	2	117	4	1	175	50	7	6	99	13	4	
1947	2.836	100	82	8	2.686	53	2.513	19	8	17	66	4	26	799	74	7	609	15	6	58	1	2	126	4	9	190	59	0	6	36	13	4	
1947	3.062	114	153	31	2.842	57	2.630	21	7	21	66	4	25	825	71	7	622	16	2	43	4	2	107	4	0	204	55	5	5	88	14	4	
1947	4.150	111	95	7	3.969	71	3.714	35	0	18	85	0	25	622	15	7	482	15	7	20	7	1	62	2	7	189	53	0	6	60	14	0	
1947	4.760	121	5	2	4.642	82	4.323	45	1	15	79	4	30	771	75	5	569	19	7	26	5	1	77	3	9	201	55	2	5	23	12	5	
1947	3.955	131	90	5	3.800	79	3.493	35	3	15	54	1	32	660	102	9	743	34	4	31	1	1	91	4	9	214	66	8	8	33	19	7	
1947	4.501	125	51	5	4.396	81	4.093	38	5	15	54	1	32	1.135	116	7	903	49	0	35	7	1	111	5	5	230	75	7	8	76	24	3	
1947	4.630	143	83	2	4.492	92	4.192	43	3	22	55	1	30	1.060	125	2	788	36	2	51	7	2	118	6	2	272	88	7	11	99	29	0	
1948	5.753	167	60	9	5.635	113	5.302	73	1	17	56	8	38	884	87	3	581	25	9	43	9	2	62	3	4	204	61	4	6	02	16	7	
1948	5.701	169	73	4	5.559	118	5.304	74	6	18	68	6	35	838	106	9	610	27	5	39	5	2	71	3	9	227	79	3	7	57	22	8	
1948	5.361	202	3								1	146	141	9																			

1) Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes - 2) Baumwolle, -abfälle, Flachs, Hanf, Jute und Abfälle davon Wolle, Wollabfälle. - 3) Baumwollgarne, -waren, Flachs-, Hanf-, Jutegarne, -waren, Seidengespinste, -waren, Kunstblumen Schmuckfedern, Hüte, Hutstumpen, Fächer, Schirme, Herren- und Damenkleider, Wäsche, Putzwaren und andere genähte Gegenstände.

Außenhandel nach den wichtigsten Handelspartnern 1)
(ausschließlich des Verkehrs mit Edelmetallen und Münzen)
E = Einfuhr, A = Ausfuhr (in Mill. Schilling)

Zeit	Belgien		Bulgarien		Dänemark		Deutschland		Frankreich		Griechenland		Großbritannien		Italien		Jugoslawien		Niederlande		Norwegen	
	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A
1937	23	16	11	08	05	02	19	15	34	44	12	14	55	54	67	144	96	55	24	18	07	06
1946	01	03	01	—	01	00	50	04	04	08	00	01	02	02	17	32	03	06	04	01	00	00
1947	19	18	12	05	21	05	17	31	38	30	17	14	91	38	73	112	22	15	25	25	14	01
1948	01	09	01	—	02	00	42	12	17	45	—	05	06	02	26	52	04	34	10	00	—	01
1947	03	04	00	—	00	01	41	06	06	25	—	04	01	21	22	34	06	16	25	05	—	01
1947	03	06	01	—	02	01	10	3	04	21	13	09	01	16	10	21	14	04	03	11	07	01
1947	06	10	—	—	04	04	12	1	37	25	03	04	24	09	17	29	07	05	13	13	—	01
1947	11	10	09	01	01	03	14	02	8	20	09	14	34	25	35	56	13	11	71	09	01	01
1947	06	08	29	05	17	02	12	1	5	2	17	15	18	55	11	53	114	14	14	58	14	01
1947	25	31	02	03	16	05	16	8	07	6	2	33	16	85	23	56	102	20	14	22	17	56
1947	26	15	02	02	16	05	16	1	1	3	0	45	34	16	16	2	42	71	88	11	14	28
1947	18	18	—	07	03	03	11	6	08	17	32	26	14	95	41	117	109	08	13	17	25	05
1947	35	17	13	00	05	09	21	8	07	31	33	27	13	111	11	119	36	22	14	29	04	02
1947	21	12	14	10	16	03	30	6	06	5	6	1	133	44	107	17	158	33	10	26	01	01
1947	32	25	03	08	08	12	23	8	97	35	41	11	25	189	45	98	175	38	23	24	40	08
1947	24	26	16	07	07	05	19	11	0	15	45	05	26	96	34	101	189	19	18	22	39	05
1948	23	34	54	11	12	07	21	11	15	51	18	19	94	83	122	195	33	09	13	57	05	01
1948	22	21	49	06	09	08	32	5	26	37	15	05	143	47	105	141	51	14	18	32	21	00
1948	23	29	28	18	39	09	33	6	73	35	08	13	140	64	114	166	72	23	23	48	03	04
1948	15	39	41	12	28	12	31	5	45	76	42	04	36	116	115	202	305	82	26	122	63	07
1947	56	44	73	57	09	16	39	52	134	73	110	93	10	06	14	07	15	13	08	03	73	26
1946	05	02	00	00	02	04	64	67	35	35	07	04	02	00	00	00	00	—	02	—	07	12
1947	52	19	02	03	14	26	134	177	130	65	29	30	08	07	11	02	01	07	20	01	33	57
1948	13	—	—	—	01	03	85	58	31	36	04	11	00	01	—	—	—	—	01	—	00	29
1947	28	04	01	—	04	04	77	95	42	57	07	03	02	01	—	03	—	—	02	—	08	15
1947	23	—	—	—	08	04	80	61	38	63	22	12	02	—	—	05	—	00	25	00	03	26
1947	17	00	01	00	09	11	82	82	38	29	09	08	—	06	—	02	—	00	12	02	16	18
1947	19	11	00	02	10	12	113	146	87	53	41	22	01	21	02	03	03	01	09	01	08	22
1947	06	02	01	01	18	14	148	131	82	40	41	22	01	06	08	02	01	01	11	00	19	17
1947	33	46	03	07	19	13	91	155	73	92	58	25	09	06	13	04	00	01	21	00	17	24
1947	40	48	01	14	08	15	123	170	79	86	30	34	18	09	21	03	00	02	23	01	18	66
1947	61	66	09	04	10	31	176	161	308	57	28	26	22	09	08	02	02	09	25	00	21	37
1947	92	106	06	02	09	18	134	170	145	61	21	33	13	05	10	00	01	11	14	01	21	42
1947	54	11	00	03	12	19	132	200	125	69	29	33	01	04	03	01	04	15	08	01	22	39
1947	82	11	00	02	20	47	196	252	180	77	26	35	06	07	23	02	02	20	20	02	57	37
1947	100	15	00	03	24	65	157	291	178	64	22	49	08	07	22	02	01	11	23	02	00	53
1948	21	4	03	00	16	46	167	203	202	76	30	44	08	09	16							

Außenhandel nach den wichtigsten Handelspartnern und Waren im Februar 1948¹⁾

Warenbenennung	Ins- gesamt	davon										
		Schweiz	CSR	Italien	USA	Frank- reich	Schwe- den	Ungarn	Groß- brit.	Deutsch- land	Jugo- slawien	Polen
Einfuhr (in Mill. Schilling)												
I. Lebende Tiere	0 0	—	—	—	—	—	—	—	—	0 0	—	—
II Nahrungsmittel u. Getränke	15 5	0 7	2 1	5 4	0 1	0 1	0 4	0 3	—	0 0	0 1	1 4
davon: Kaffee, Tee, Kakao	0 0	0 0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Süßfrüchte	1 3	0 0	—	1 3	—	—	—	—	—	—	—	—
Zucker	2 4	0 1	2 3	—	—	—	—	0 0	—	—	—	—
Getreide	1 6	—	—	—	—	—	—	0 0	—	0 0	—	—
Hülsenfrüchte	0 1	—	—	—	—	0 1	—	0 0	—	—	—	—
Reis	0 1	0 0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Obst	0 8	0 2	—	0 5	—	—	—	0 0	—	0 0	—	—
Gemüse	3 2	—	—	2 6	—	—	—	—	—	—	0 1	—
Speisefette und öle	1 4	0 0	0 0	—	—	—	—	0 0	—	0 0	—	—
Wein	1 0	—	—	0 9	—	—	—	0 1	—	0 0	—	—
Fleisch, frisch	0 0	0 0	—	—	—	—	—	0 0	—	—	—	—
Fisch- und Fleischkonserven	0 1	—	—	0 1	—	—	—	—	—	—	—	—
III Rohstoffe und halbfertige	118 1	6 2	7 0	1 9	11 3	5 5	0 3	3 2	6 9	33 0	7 1	16 8
Waren	74 6	—	6 1	—	6 6	0 7	—	2 8	—	32 9	6 5	16 8
davon: Mineralische Brennstoffe	4 9	—	—	0 0	2 3	—	—	0 0	—	—	—	—
Rohtabak	6 0	0 1	—	—	—	4 7	—	0 1	—	—	—	—
Sämereien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hopfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Technische Fette und Öle	0 4	0 0	—	—	0 0	—	—	0 3	—	—	—	—
Erze	1 5	0 6	—	0 3	—	—	0 1	0 0	—	—	0 2	—
Gerbstöcker, -rinden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erdöle	3 0	0 0	—	—	1 7	—	—	0 1	0 0	—	0 2	—
Baumwolle, -abfälle	8 7	1 6	—	0 5	0 1	—	—	—	0 6	—	—	—
Flachs, Hanf, Jute	0 2	0 0	—	—	—	—	—	—	0 1	—	—	—
Wolle, -abfälle	0 6	3 3	—	—	0 0	0 1	—	—	4 9	0 0	—	—
Kautschuk, Hartgummi	2 3	0 0	0 0	0 0	—	—	0 0	0 0	0 4	—	—	—
Roheisen, Altheisen	0 6	0 1	—	—	0 2	—	0 2	—	0 0	—	0 1	—
Andere Rohmetalle	0 5	0 0	0 1	0 0	—	—	0 0	0 0	—	—	—	—
Chemische Rohstoffe	0 5	0 0	—	0 5	0 0	—	—	—	—	—	—	—
Künstliche Düngemittel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV Fertige Waren	35 9	9 2	6 6	4 1	2 2	1 6	0 6	0 7	7 0	0 4	0 0	0 0
davon: Baumwollgarne	0 2	0 2	—	—	—	—	—	—	0 0	—	—	—
Baumwollwaren	0 5	0 2	0 2	0 1	0 0	—	—	0 0	—	—	—	—
Wollgarne	1 5	0 1	0 1	—	0 6	—	—	0 1	0 5	—	—	—
Wollwaren	0 4	0 1	0 2	0 0	0 0	—	—	—	0 1	—	—	—
Seidengespinste	1 0	0 5	—	0 2	—	—	—	—	0 1	—	—	—
Kautschukwaren	2 4	0 8	0 1	0 1	0 3	0 0	—	—	0 0	0 0	—	—
Holzwaren	0 4	0 0	0 1	—	—	0 0	—	—	0 1	—	—	—
Glaswaren	0 5	0 0	0 3	—	—	0 1	0 0	0 0	0 0	—	—	—
Eisenwaren	3 0	0 6	1 5	0 1	0 1	0 1	0 1	0 0	0 3	0 0	0 0	0 0
Metallwaren	1 1	0 3	0 4	0 1	0 0	0 0	0 1	0 1	0 2	0 0	—	—
Elektr. Maschinen Apparate	2 0	0 4	0 2	0 4	0 1	0 1	0 0	0 0	0 5	0 0	—	—
Andere Maschinen u. Apparate	3 5	0 7	1 1	0 6	0 4	0 1	0 2	—	0 5	0 0	—	—
Kraftfahrzeuge und Motoren	3 6	0 7	0 4	1 4	0 2	0 4	—	—	0 5	0 0	—	—
Andere Fahrzeuge	0 3	0 0	—	0 1	—	—	—	—	—	0 2	—	—
Chemikalien	3 8	0 9	0 8	0 2	0 1	0 6	0 1	0 0	0 7	0 1	—	—
Chemische Erzeugnisse	3 4	0 6	0 0	0 4	0 0	0 0	0 1	0 3	1 4	0 0	—	—
Farben	1 0	0 7	0 0	—	0 1	0 0	—	—	0 2	0 0	—	—
Arznei- und Parfümeriewaren	0 8	0 6	—	—	—	—	—	—	—	0 0	—	—
Einfuhr insgesamt	169 5	16 2	16 0	11 4	13 6	7 3	1 3	4 2	14 0	33 4	7 2	18 2
Ausfuhr (in Mill. Schilling)												
I Lebende Tiere	0 1	—	—	0 1	—	—	—	—	—	—	—	—
II Nahrungsmittel u. Getränke	1 6	1 4	0 1	—	—	—	—	0 1	—	0 0	—	—
III Rohstoffe und halbfertige	25 8	5 1	6 3	9 9	0 1	1 0	0 2	3 4	0 0	4 7	0 2	0 3
Waren	0 0	—	0 0	—	—	—	—	0 0	—	—	—	—
davon: Erze	0 8	0 1	0 1	0 1	0 0	—	—	0 1	—	0 1	0 0	0 1
And. Mineralien Erden Steine	1 7	0 7	—	1 0	—	—	—	—	—	—	—	—
Papierzeug	3 9	0 6	0 0	2 1	—	0 1	—	0 8	—	0 0	—	—
Holz	2 2	0 1	0 0	0 1	—	0 9	0 2	0 0	—	0 4	0 1	1 2
Magnesit	9 3	2 2	—	5 7	—	—	—	1 4	—	—	—	—
Roheisen, Altheisen	1 1	0 0	0 0	0 9	—	0 1	—	—	—	0 1	—	—
Andere Rohmetalle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV Fertige Waren	79 3	16 7	6 5	6 7	5 0	2 5	5 0	1 3	6 4	1 3	2 2	1 4
davon: Baumwollgarne	4 1	2 3	—	—	—	—	0 4	—	0 7	—	—	—
Baumwollwaren	7 0	2 8	0 1	0 1	0 3	0 8	0 0	—	2 2	—	—	—
Wollgarne	5 3	2 8	—	—	0 1	—	1 0	—	1 1	—	—	—
Wollwaren	3 8	0 3	0 9	—	0 2	0 0	0 1	0 2	0 6	0 0	—	—
Seidengespinste	0 8	0 0	0 6	—	—	—	—	—	0 1	—	—	—
Seidenwaren	0 7	0 3	0 1	—	0 0	—	—	—	0 2	0 0	—	—
Hüte, Hutstumpen	0 5	0 0	—	—	—	—	0 2	—	—	—	—	—
Herren- und Damenkleider	0 2	0 1	—	—	0 0	—	—	—	0 0	—	—	—
Wäsche	0 2	0 0	—	—	—	0 2	—	—	—	—	—	—
Pappen, Papierwaren	10 3	2 4	0 2	1 3	0 1	—	—	0 0	0 9	0 0	0 7	—
Schuhe und andere Lederwaren	0 1	0 1	0 0	—	—	—	0 0	—	—	—	—	—
Holzwaren (außer Möbel)	3 5	0 2	0 0	0 9	—	0 5	—	—	0 1	0 0	—	—
Glaswaren	4 5	0 0	0 0	—	4 0	0 0	—	0 0	0 1	—	—	0 0
Feuerfeste Ziegel	5 8	0 2	0 1	1 2	—	0 6	0 5	0 0	—	0 8	0 9	0 1
Eisenwaren	19 1	3 1	2 3	3 6	0 2	0 2	2 4	0 6	0 1	0 0	0 0	0 2
Maschinen und Apparate	2 5	0 3	0 5	0 1	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 1	0 4
Kraftfahrzeuge u. and.	1 9	0 4	0 1	—	0 0	0 0	0 0	0 0	—	0 1	—	—
Chemikalien	3 1	0 2	1 2	0 1	—	—	0 1	0 4	0 0	0 2	0 1	0 0
Farben	0 4	0 1	0 0	0 2	—	0 0	—	—	—	—	—	—
Arznei- u. Parfümeriewaren	0 5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0 2	—
Bücher, Zeitungen	0 8	0 2	0 2	0 1	0 0	0 0	0 0	0 0	—	0 1	0 1	—
Ausfuhr insgesamt	106 9	23 3	6 9	16 6	5 1	3 5	5 2	4 9	6 4	6 0	2 3	1 7

1) Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes